

AIB

D7426E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 4 / April 1986

17. Jahrgang

3 DM

NIKARAGUA

Die Entsolidarisierungs - Kampagne



Angola • Südafrika
Philippinen
Kuba

Geißlers Schützenhilfe für Contras

Inhalt

Kommentar	
Zunächst nur siegte Pyrrhus in Manila	3
Philippinen	
Bleibt der Geist von Marcos?	4
Namibia	
Aufdeckung eines Agentenringes in der SWAPO	7
Wer steckt hinter der Menschenrechtskampagne gegen die SWAPO?	8
Südafrika	
Keine Ruhepause für das Apartheidregime	10
Bonner „Staatsbesucher“ Buthelezi	11
BRD-Rundreise des PAC	12
Angola	
Die MPLA-PT auf Erneuerungskurs	14
Vorposten Angola. Südafrika Paroli bieten!	16
Zimbabwe	
Dem Frontstaat droht eine südafrikanische Invasion	20
Nikaragua	
Die Entsolidarisierungskampagne. Die CDU-Menschenrechtsoffensive und der Kurswechsel der SPD	22
Originalton Geißler (CDU)	23
Originalton Klose und Rosen (SPD)	24
Originalton Lateinamerika Nachrichten	27
Brasilien	
Ein Jahr „Neue Republik“	29
Kuba	
Aufschlüsse des 3. PCC-Parteitag: Die Schlacht der ganzen Nation	32
Sowjetunion und Dritte Welt	
Nikaragua und das sozialistische Lager (III)	35
Fidel Castro zu Kubas Hilfe für Nikaragua	36
Verschuldungskrise	
Der Baker-Plan – ein Versuch, Zeit zu gewinnen	39
Kultur	
Gespräch mit dem palästinensischen Dichter Samih Al-Kassem: Strömung der Wüste	42
Türkei	
Ein Folterer paktet aus	44
BRD-Infodienst	
Asylrecht, 10. BUKO, Menschenrechtsbericht zu Jordanien, AAB-Nachrichten, Südafrika-Aktionen, Buchtips	45
Kurzinformationen	
El Salvador, Grenada, Haiti, Somalia-Äthiopien, Tschad, Ägypten, Nahost, Libanon, Irak-Iran, Indien, Südkorea	46



Philippinen

S. 4

Diktator Ferdinand Marcos mußte nach seinem Wahlbetrug den Hut nehmen. Seine bürgerlichen Gegenspieler Aquino/Laurel traten die Nachfolge an.

Werden sie mit Marcos' Apparat gründlich aufräumen? Lassen sie echte Reformen erwarten? Was meint die „Schutzmacht“ USA, was die schlagkräftige philippinische Linke?

Angola

S.16

Jonas Savimbi, Chef der von Pretoria aufgepäppelten UNITA, wurde in Washington wie ein Staatsoberhaupt empfangen. Reagan nahm offiziell die Hilfe für die angolanische Contra wieder auf.

Kann Angolas regierende MPLA-PT dennoch standhalten, trotz der immensen Kriegsschäden und -Lasten? Baut sie weiter auf sozialrevolutionäre Veränderungen? Wie hält sie es mit der Befreiung Namibias und Südafrikas?

Nikaragua

S. 22

Unter H. Geißlers Regie hat die Regierungspartei CDU zum Menschenrechtskreuzzug gegen Nicaragua geblasen. Adressaten ihrer Entsolidarisierungskampagne sind u.a. SPD, SI und EG, die den Sandinistas bislang eher unterstützend begegnet waren.

Das wollen die Konservativen umbiegen. Erste Wirkungen deuten sich mit antisandinistischen Distanzerklärungen von Sozialdemokraten wie Klose, Wischniewski oder Kriele an. Geht auch die SPD auf Contra-Kurs?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebte-haj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. Ahmed, A. Armgort, A.J. Arndt, G. Grahl, M. Jost, T. Maier, I. Rein

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluß: 6. 3. 1986

Anzeigen: IMSF, ISSA, Pahl-Rugenstein Verlag, Sozialismus, Team-Reisen

Fotonachweis: Afrique-Asie, Kommentar, Bundesbildstelle, Time, Granma, Rose, SWAPO, AIB-Archiv

Kommentar: Zunächst nur siegte Pyrrhus in Manila



Selten zuvor stieß eine Wahl in einem Land der sog. Dritten Welt auf ein solch lebhaftes Echo, wie das bei der vorgezogenen Präsidentschaftswahl auf den Philippinen vom 7. Februar d.J. der Fall war.

Ein internationaler Medientroß schlug kurzzeitig seine Zelte in Manila auf. An dessen Fersen heftete sich gar eine eigens von Präsident Reagan benannte „Wahl“-beobachter-Delegation unter Vorsitz des republikanischen Senators Richard Lugar:

Beileibe kein Nobody – dieser Lugar. Er ist Vorsitzender des US-Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und gefiel sich einige Tage lang als demokratiebewußter Biedermann. Nach Washington zurückgekehrt, frönte dieser famose Falke der Reagan-Administration wieder seiner eigentlichen Beschäftigung. Breitmäulig legte er sich für die massive Aufstockung US-amerikanischer Militärhilfen an die Contras in und um Nicaragua ins Zeug.

Der Lehrling wurde zur Last

Was machte diese letzte Wahl unter dem Marcos-Regime so interessant?

Der Archipel war Washingtons einstige und einzige Kolonie in Asien. Dort sind nicht nur die größten US-Basen außerhalb des nordamerikanischen Festlandes installiert. Ferdinand E. Marcos, seit 1966 im Amt, galt zwei Jahrzehnte lang als die gelehrigste Stimme seines Herrn. Immerhin in einer Region, die gegenwärtig als die wirtschaftlich dynamischste gilt.

Doch unter Marcos' Ägide durchliefen die Inseln eine Entwicklung, die sie zum Schlußlicht in ganz Südost- und Ostasien werden ließen. Staatsterror, auswuchernde Korruption und Klügelwirtschaft waren einige der Punkte, die sich gegenüber den Verwertungsinteressen ausländischen (vornehmlich nordamerikanischen) Kapitals und „sicherheits“-politischen Aspekten als dysfunktional erwiesen. Armut und Elend – nirgendwo sonst in der Region sind sie so offenkundig wie in diesem vormaligen

„Schaufenster der Demokratie“.

Das erzeugte Massenprotest und Widerstand. Die Speerspitze dieses Widerstandes war seit 1973 das revolutionäre Bündnis der Nationalen Demokratischen Front (NDF). Und die ihr angegliederte, genuin national orientierte Neue Volksarmee (NPD) gilt weltweit als die am schnellsten wachsende Guerilla.

Die tödlichen Schüsse auf Benigno Aquino im August 1983, einer Galionsfigur der bürgerlichen Opposition, trieb nunmehr die Mittelschichten und selbst Teile der Oberschicht auf die Barrikaden. Die Polarisierung der Gesellschaft vertiefte die politische, ökonomische und soziale Krise des Regimes. Es begann die Hochzeit eines intensiven US-amerikanischen Krisenmanagements.

Dessen konkreter Ausdruck war die Schaffung der Inter-agency Task Force on the Philippines. Dieser behördenübergreifenden Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Vertretern des amerikanischen Außen- und Verteidigungsministeriums, des CIA, des Weißen Hauses und des Schatzamtes, oblag die Aufgabe, eine stromlinienförmige Politik vis-à-vis dem Inselstaat zu entwerfen.

Im Herbst 1984 lag mit der Nationalen Sicherheitsstudie-Direktive (NSSD) deren Ergebnis auf dem Tisch. Im Januar 1985 unterzeichnete Reagan die darin ausgesprochenen Empfehlungen als verbindliche Nationale Sicherheitsdirektive (NSD).

Haupttenor dieses delikaten Dokuments: „Marcos ist Teil des Problems, ebenso aber auch Teil dessen Lösung.“ Diese sybillinische Formel bedeutete im Klartext: Marcos war „out“, nur noch taktisch von Interesse. Strategisch, d.h. im Sinne eines geordneten Nach-Marcos-Szenarios, war etwas anvisiert, was sich ein „magisches Quadrat“ nennen ließe.

Das „magische Quadrat“

Unter Federführung des State Department wurden vier Lager systematisch gestärkt: die bürgerlich-reformistischen Oppositionellen um „Doy“ Laurel; die auf Effizienz und erhöhte Feuerkraft erpichten Militärs um den jetzigen Generalstabschef Fidel Ramos; die taktisch nicht ungeschickt lavierende Kirchenhierarchie um den Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin und die technokratische Elite.

Das geschah durch ein Wechselspiel aus politischem, militärischem und wirtschaftlichem Druck. Kredittranchen der IMF-Weltbank-Gruppe wurden zurückgehalten. Auf den Stützpunkten Subic

und Clark wurden die Eliteneinheiten (die sog. Special Operations Forces) aufgestockt. Und politisch-diplomatischen Druck übten CIA-Chef William Casey und Reagans Sonderbotschafter, Senator Paul Laxalt, im Mai bzw. Oktober 1985 anlässlich ihres Philippinen-Besuchs aus. „Snap election“, das Vorziehen der Präsidentschaftswahl also, wurde zur Zauberformel.



„Ich ernte, was ich rechts gesät habe“

In einem parallel orchestrierten Schachzug wurde alles getan, um eine die Aura persönlicher Integrität und den Mythos der Märtyrerwitwe ausstrahlende „Cory“ Aquino mit dem gefuchsten Bürgerlichen Laurel zusammenzubringen.

Seitens des State Department war das brillant inszeniert. Philip Habib, dieser geschmeidige Levantiner und ein Relikt der im Gegensatz zum Weißen Haus nuancierter operierenden Kissinger-Ära, war gerade als Reagans Sonderemissär aus Manila abgereist, als Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile ihren Show-Coup inszenierten. Mit geschultertem Maschinengewehr stellte sich dieses Alchimistenduo des Staatsterrors urplötzlich in Macho-Pose gegen seinen Boß. Ohne die absegnende Geste aus Washington wäre das niemals möglich gewesen.

Fazit: Der Mülleimer mit geschafften Diktatoren füllte sich. Dieser Sieg des Volkes, von der neuen Regierung eifertig als Wiederherstellung der Demokratie reklamiert, leidet an einem Stigma. Im neuen Aquino/Laurel-Kabinett sitzen zu viele Figuren des alten Regimes, als daß die Filipinos in ungetrübter Freude zur Tagesordnung übergehen könnten.

Rainer Werning



Präsidentin Aquino (r.) und ihr Vize Laurel (m.) vor der monumentalen Büste des gestürzten Marcos

Rainer Werning

Bleibt der Geist von Marcos?

Gleich zwei Diktatoren landeten im Februar d.J. im Müllhaufen der Geschichte. Rascher als erwartet folgte Ferdinand E. Marcos seinem haitianischen Gesinnungskumpanen „Baby Doc“ Duvalier.

Die Präsidentschaftswahl auf den Philippinen vom 7. Februar 1986 lieferte den internationalen Medien-Marketendern ein gefundenes Fressen, um idealistische Geschichtsschreibung par excellence zu betreiben. Hier der schwarze, finstere Bösewicht, die Schattenseite irdischen Daseins – Marcos. Dort die gütige Hausfrau, leidende Märtyrerwitwe, das Symbol der stahlenden Welt des Lichts – Cory Aquino.

Und im Endeffekt siegte gar das Gute über das Böse. Wäre Ronald Reagan nicht schon ein enthusiastischer Fan der „Rambo“-Filme, dieser Streifen hätte sein Entzücken finden können.

Kaum hatte sich Marcos in einer US-Militärmaschine über Guam nach Hawaii abgesetzt, prägten Freudentaumel das Stadtbild Manilas.

An den in Stellung gebrachten Panzern baumelten gelbe Luftballons – gelb ist die Farbe Aquinos. Bischöfe und Priester zelebrierten Messen für das Militär. Nonnen schüttelten scharenweise Soldaten die Hände. Ein spektakuläres Novum

also, wo sozusagen über Nacht die zu sanften Miezten avancierten Militärs in die Felle nationaler Erlöser schlüpfen? Eine Revolution ohne Blutvergießen?

Die Verquickung von feudaler und Kompradorenherrschaft blieb für ausländische (vorwiegend nordamerikanisches) Kapital lukrativ, solange sie sich durch

politische Stabilität legitimierte. Das Marcos-Regime war durch mafiotische Züge charakterisiert. Zeitweilig inszenierte es eine fast meisterhafte „Teile und herrsche“-Politik.

Regionalistische Unterschiede wußte Marcos geschickt für seine Herrschaftssicherung zu instrumentalisieren. Beste-

Alle politischen Gefangenen sind frei; CPP-Gründer Sison (r.) und der erste Kommandant der NPA, Buscayano (l.), bei Präsidentin Aquino



chung und Mord, diplomatisches Lavieren und das Plazieren von Günstlingen in hohe und niedere Gefilde der Macht knüpften – nicht zuletzt durch ein quasi Blockwart-System in Gestalt der KBL, der präsidentialen „Bewegung der Neuen Gesellschaft“, verfeinert – ein engmaschiges Netz gegenseitiger Leistungen und Gefälligkeiten, das durch das im philippinischen Kontext so überaus bedeutsame *utang na loob* (Schulddankbarkeit) intakt blieb. Dieses System des *utang na loob* stand und fiel mit Marcos, je stärker sich Protest und – auch bewaffneter – Widerstand formierten.

Massiver Druck aus Washington

Die jahrelange Verkettung von Verharmlosung, Ignoranz und Fehleinschätzung im Ausland gestattete dem Diktator, in altbewährter Manier weiterzuregieren. Bedeuteten die Parlamentswahlen im Mai 1984 noch einen nach dem Aquino-Mord (21.8.1983) notwendigen Legitimationstest für das Regime, so bildete die Februarwahl das vorläufig letzte Kettenglied US-amerikanischer Intervention.

Es begann die Hochzeit eines intensiven Krisenmanagements Washingtons, da Manilas einsetzende Machterosion die Fundamente gesicherter reproduktiver Bedingungen des internationalen Kapitals und westlicher militärstrategischer Interessen zu durchlöchern begann.

Manila zeigte die Tendenz, sich gegenüber diesen Zielsetzungen dysfunktional zu verhalten. Eine gesellschaftliche Polarisierung, ja Isolierung des Regimes wurden von den Herrschenden in den USA mit der potentiellen Gefährdung ihrer „Sicherheitsinteressen“ im Pazifik und in Ostasien gleichgesetzt.

Marcos war „out“. Anvisiert wurde das, was ich im Kommentar ein „magisches Quadrat“ nannte. Dieses wurde mittels eines Wechselspiels aus politischem, militärischem und wirtschaftlichem Druck erreicht.

Noch betrieb der alternde Diktator eine nachgerade diletantische „Sieges“arithmetik, die – so schien es zeitweilig – durch Äußerungen Reagans („Beide Parteien verübten Wahlbetrug“) Nahrung erhielt¹, da landete mit Philip Habib ein hochkarätiger US-Geheimdiplomate in Manila. Generalleutnant Fidel Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile kündigten just nach Habibs Abreise dem Mann im Malacañang-Palast ihre Gefolgschaft auf.

Die seit wenigen Jahren gültige Militärstrategie **Oplan Katagan** (Operationsplan Stabilität) zielt gerade und zuvorderst auf die Vernichtung der „kommunistischen Infrastruktur“. Deren weiche Option ist die Taktik, „Hirne und Her-

zen der Bevölkerung zu gewinnen“. Nicht weniger als das ist dem Militär in den bewegten Februartagen teilweise geglückt. Für die Zukunft ein schlechtes Omen: Allein mit Enrile verbleibt ein neuer Verteidigungsminister in exponierter Position, der immerhin für das seit Beginn der 80er Jahre verfolgte Hamletting (Aufbau von Wehrdörfern) verantwortlich zeichnete.

Nationale Aus- und Versöhnung war das langjährige Hauptanliegen der Kirchenhierarchie unter Kardinal Jaime Sin, dem Erzbischof von Manila.

Als die unmittelbaren Interessen der Kirche berührt wurden, wachsende Teile des unteren Klerus dem Regime versteckt und offen den Rücken kehrten, Priester gar in den Untergrund gingen und von der Kirche unterhaltene soziale Aktionszentren in die Schußlinie des Regime-terrors gerieten, signalisierte die Hierarchie vorsichtige Distanz. So fand Kardinal Sin nichts dabei, morgens dem Diktator die Hostie zu geben, um ihn abends milde zu tadeln. Beunruhigten ihn die „Auswüchse“ des Regimes, so zeigte er sich mehr noch besorgt darüber, daß Priester und Nonnen in Basisgemeinden zur Fundamentalkritik übergingen.

Das am 14. Februar d.J. von der katholischen Bischofskonferenz gegen Marcos ausgesprochene Verdikt, seinem Regime fehle jede „moralische Basis“, ist heute, da auch und gerade Ramos und Enrile von der Kirchenhierarchie gefeiert werden, eher als opportunistischer Schwenk zu deuten. Kardinal Sin hat bereits mehrfach betont, daß die neue Machtkonstellation in Manila geeignet sei, die unter Marcos „verlorenen Söhne und Töchter“ zurückzugewinnen.

Der Kirchenhierarchie scheint es um eine nationale Aus- und Versöhnung um jeden Preis zu gehen. Ohne demokratische Prozesse und soziale Gerechtigkeit kann ihr Kalkül rasch als Seifenblase zerplatzen.

Marcos-Diktatur ohne Marcos?

Aquino und Laurel sollten gemäß der Partitur Washingtons aller Welt demonstrieren, daß trotz festgeklopfter diktatorischer Verhältnisse dennoch ein „demokratischer Wandel durch Wahlen“ möglich ist.

Gewiß, in diesem Szenario wurde die höchste Figur gekippt. Daraus aber zu schlußfolgern, die Ära eines demokratischen Neubeginns sei eingeleitet, wäre maßlos überstürzt.

Der Machtwechsel in Manila was alles andere – nur keine Revolution. Er war ein politischer Elitentausch, ergänzt durch eine Palastrevolte diskreditierter Haudegen, die sich durch rechtzeitiges Absetzen vor dem Untergang bewahrten.

Beide Oppositionskandidaten entstammen den einflußreichsten Insel-Clans und mächtigsten Großgrundbesitzern und Kompradoren. Die Laurels waren gefuchst genug, nicht einseitig nur auf die amerikanische Karte zu setzen. Sie verfügen auch über eine gute Japan-Connection, wo mehrere der Laurels ihre Hochschulausbildung genossen.

Klassenmäßig also unterscheiden sich diese Oppositionellen um keinen Deut von dem einst Marcos stützenden



Nach der Abreise von Reagans Sonderbotschafter Habib (o. l.) stellten sich Verteidigungsminister Enrile (u. mit Mikrophon) und General Ramos (r. neben Enrile) gegen Marcos



Nach Marcos — Jetzt Freiheit auf den Philippinen?



Philippinen heute nach den Millionenmeetings auf den Boulevards bleiben Slums und Not, Großgrundbesitzer und Korruption

Dr. Rainer Werning, ein ausgewiesener Philippinen-Kenner, beleuchtet die gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe der aktuellen Situation. Gegenbewegungen, der Widerstand und der Aufbau sowie die Selbstorganisation in den befreiten Gebieten kommen hier — am Beispiel des Gesundheitswesens — in den Blick.

Ein ungewöhnlicher, informativer »Reisebericht«. Mit Analysen und Beiträgen der Opposition sowie einer Einschätzung der Lage nach den Wahlen.

187 Seiten — 19,00 DM. ISBN 3 88948 077 X

Sendler

E d i t i o n F D C L 8

Manfred Ernst / Sönke Schmidt Hrg.

Demokratie in Costa Rica

ein
zentralamerikanischer
Anachronismus?



Costa Rica — vorgeblich neutrale »Musterdemokratie« Zentralamerikas — wird in die Destabilisierungspolitik der USA gegen Nicaragua einbezogen. Strenge Austeritätspolitik polarisiert die Gesellschaft in arm und reich. 70% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Oppositionelle Forderungen werden zunehmend mit repressiver, autoritärer Politik beantwortet.

Januar 1986, 224 Seiten und 16 Bildseiten DM 19,80
ISBN 3 923020 07 4

In Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

Klüngel. Wirtschaftspolitisch halten sie an der Entwicklungsstrategie exportorientierten Zuschnitts fest.² Der Antikommunismus bleibt Programm, wie denn auch das Konzept der Blockfreiheit abgelehnt und die Präsenz der US-Basen — bis mindestens 1991 — strikt garantiert wird.

Dennoch wäre es kurzfristig und falsch, nicht die andere Seite der Medaille zu sehen. Marcos wurde durch massiven, organisch gewachsenen Protest und Widerstand „von unten“ gestürzt.

Druck der Straße

In diesem Sinne hat das in den Februar- tagen geprägte Wort „People's Power“ (Volksmacht) tatsächlich seine Berechtigung. Dem Druck der Straße ist es zuzuschreiben, daß im Zuge hochgespannter Erwartungshaltung und Euphorie die neue Regierung zu raschen Konzessionen genötigt wurde. Die Freilassung aller ca. 500 politischen Gefangenen ist von hervorragender Bedeutung. Doch ist „von oben“ eine Alternative aufgezwungen worden, was die eigentliche Bedeutung von „People's Power“ schmälert und unterminiert.

Schließlich war Marcos' Fall weitgehend eine städtische Angelegenheit. Die im Hinterland existierenden Strukturen von Gewalt und Erniedrigung sind dadurch nicht aus den Fugen geraten. Auch sind die von der Guerilla in den „roten Zonen“ erwirkten sozialen Umwälzungen (z.B. Senkung bzw. Abschaffung exorbitanter Pachtabgaben, Beseitigung des Wuchers, Landkonfiszierung und Übergang zu genossenschaftlichen Produktionsformen) erst noch von der neuen Regierung unter Beweis zu stellen. Die Land- und Agrarfrage war und bleibt der Prüfstein einer jeden Zentralregierung. Gleich der seit 13 Jahren im Untergrund operierenden Nationalen Demokratischen Front (NDF) optierte das größte legale, im Frühjahr 1985 entstandene Oppositionsbündnis Neue Patriotische Allianz (BAYAN, Plattform in: AIB 3/1986, S.9) zusammen mit etlichen anderen Gruppen und namhaften Persönlichkeiten für einen Boykott der Präsidentschaftswahl.

Im Januar 1986 schrieb beispielsweise die Nationale Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD) in ihrer Wahlstellungnahme: „Obgleich Marcos die Übel des gegenwärtigen sozialen Systems verkörpert, bedeutet sein Niedergang noch keineswegs eine Lösung der grundlegenden Probleme des Landes. Solange der US-imperialistische Einfluß bestimmend ist, feudale Verhältnisse auf dem Lande vorherrschen und bürokratische Kapitalisten die entscheidenden öffentlichen Ämter bekleiden,

wird ein Wandel von Grund auf ausbleiben und die Leiden der Menschen werden sich verlängern.“

Seit November haben BAYAN und NAJFD mit Aquino und Laurel intensive Gespräche geführt. Dabei sahen sie in deren Haltung gegenüber Menschenrechtsfragen „antifaschistische Hiebe gegen die Diktatur“. Aquino und Laurel hatten indes für antif feudale und anti-imperialistische Positionen wenig übrig. Dazu zählen eine umfassende Agrarreform, die Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten, Nationalisierung sämtlicher Schlüsselindustrien und die Auflösung der US-Basen. Dennoch signalisierte BAYAN die Bereitschaft, die von den beiden Politikern geführte Opposition bei außerparlamentarischen Aktionen (Protestmärschen, Streiks und Kaufboykotts usw.) zu unterstützen. Eine Massenbeachtung des Wahlboykotts aber blieb aus. Ein Flop also für die Boykottbewegung? Tagespolitisch gesehen — ja. Doch mit vorübergehenden Euphorien und exaltierten Konfettiparaden sind demokratische Verhältnisse und nationale Selbstbestimmung nicht herbeizuführen.

Die strategische Stärke aller in der Boykottbewegung vereinten sozialen Bewegungen ist es, diesen demokratischen Neubeginn als Prozeß zu begreifen, der vom Volk selbst getragen und nicht eilfertig über dessen Köpfe hinweg reklamiert wird. In diesem Sinne war der Februar 1986 ein Fanal für die nächste Etappe des Befreiungskampfes.³

Anmerkungen:

- 1) Der Nationale Sicherheitsberater, John Poindexter, der Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, und Präsident Ronald Reagan selbst hielten dem Diktator noch am längsten die Stange, was Steven Solarz, Demokrat aus Brooklyn und Vorsitzender des US-Kongreßunterausschusses für Asiatische und Pazifische Angelegenheiten, zu der süffisanten Bemerkung hinriß, im Weißen Haus sei man „bekifft“! Solarz wörtlich: „They are smoking hashish in the White House. They appear to have lost touch with (Philippine) reality.“ Siehe: Time, New York, 24.2.1986
- 2) Programmatisch festgelegt ist dies in den beiden folgenden Dokumenten: a) Building From The Ruins, by Cory C. Aquino. Dieses 20seitige Wirtschaftsprogramm erläuterte sie am 6.1.1986 in Manilas Hotel Intercontinental vor der Management Association of the Philippines, dem Makati Business Club und der Bishops-Businessmen's Conference for Human Development; b) Toward A Just Society, UNIDO (United Nationalist Democratic Organization), National Conference, 12.6.1985, Araneta Coliseum, Quezon City, 22 S. Laurel ist Chef der UNIDO, die sich, als sie 1980 entstand, zunächst Vereinigte Demokratische Opposition nannte.
- 3) Ausführlich in: R. Werning, Berstender Bambus — Befreiungskampf und Gesundheitswesen auf den Philippinen, hg. von medico international, Frankfurt/M. (März) 1986, 190 S.

Auf einer Pressekonferenz in London gaben im Februar d.J. Repräsentanten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) erstmals Details über eine breitgefächerte Spionageoperation bekannt, mit der der südafrikanische Geheimdienst tief in die Reihen der namibischen Befreiungskämpfer vorgedrungen war. Theo Ben-Gurirab, außenpolitischer Sprecher der SWAPO, merkte an, daß unter den enttarnten Agenten u.a. vier Mitglieder des Zentralkomitees und der – bis zu seinem Selbstmord im Januar 1984 – stellvertretende Militärkommandierende der SWAPO-Guerilla, Tauno Hatwikipili, gewesen seien. Bei der Untersuchung der 1983 wahrgenommenen Infiltration, so Ben-Gurirab weiter, sei es allerdings gut möglich, daß man noch nicht bis zum Grund vorgestoßen sei. Immerhin, der geständige Agent Andries Basson, als SWAPO-Offizier in Angola tätig, war mit dem Mordanschlag auf SWAPO-Präsident Sam Nujoma beauftragt worden, aber nicht mehr dazu gekommen.

Alexia Ahmed

Agentenring in der SWAPO aufgedeckt

Ein besonders bösartiger, verdeckter Bereich der Strategie der USA und Südafrikas, ihre Politik im Südlichen Afrika durchzusetzen, wurde mit der Bekanntgabe der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) aufgedeckt, als sie einen großen, imperialistischen Spionagering, der bis in ihre Führungsreihen reichte, aufgebrochen hat.

„Unserer Organisation ist schwerer Schaden zugefügt worden – Destabilisierung und Spannungen wurden in der SWAPO auf ideologischer und regionaler Linie geschaffen“, sagte Informationssekretär Hidipo Hamutenya, als er die vorläufigen Ergebnisse einer einjährigen Untersuchung bekanntgab.

Mehrere Mitglieder des Zentralkomitees und der militärischen Führung wurden nach Angaben Hamutenyas und des Sekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Theo-Ben Gurirab, zusammen mit etwa 100 Kadern, von denen einige weit ab von der Front stationiert waren, festgenommen.

Infiltration bis ins SWAPO-ZK

Die beiden sind Mitglieder des Politbüros sowie des Zentralkomitees und wurden von der gesäuberten SWAPO-Führung ausgewählt, eine ausgedehnte Europa-Tour zu unternehmen, um über das aufgedeckte Spionagenetz zu informieren. „Es ist ein Problem, aber keine Krise, ein Problem, das die SWAPO lösen wird“, sagte Ben Gurirab. Er fügte hinzu: „Jede Revolution, die ihren Namen verdient, muß solche Dinge durchstehen.“



SWAPO-Sekretär Theo-Ben Gurirab

Karten für SWAPO-Operationen, Informationen über Waffenlieferungen, Zeit- und Ortsangaben über Führungstreffen, Entscheidungsprozesse sowie militärische und diplomatische Strategien wurden in den vergangenen Jahren regelmäßig an die Südafrikaner weitergegeben, was eine unbekannte Zahl von Toten und ein langsames Ausbluten der Wirksamkeit der SWAPO im militärischen wie im diplomatischen Bereich hervorrief.

Die andauernde Untersuchung bedurfte enormer Opfer an Kräften, die von der Front abgezogen werden mußten. „Einheiten, die auf dem Schlachtfeld sein sollten, müssen zum Schutz dieser Leute eingesetzt werden.“

„Vor einigen Jahren, als die Südafrikaner das Ausmaß der Unterstützung für die SWAPO in Namibia erkannten, gingen sie in die Schulen, um diese als Rekrutierungszentren zu nutzen. Sie haben eine Reihe jugendlicher korrumpiert, kluge Kinder. Sie wurden mit Hubschraubern

abgeholt und weggebracht, verführt und auf verschiedene Art erpreßt, und so wurden sie dem Feind verpflichtet“, sagte Hamutenya, die Anfänge des Netzwerkes erläuternd.

Die auf Video aufgezeichneten Geständnisse einiger führender Leute des Spionageringes geben die schäbige Geschichte von Männern wider, die zunächst einmal unter den harten, ärmlichen Bedingungen und der von Terror gefüllten Atmosphäre im von Südafrika besetzt gehaltenen Namibia litten. Ihnen wurden eine Farm, ein Geschäft, ein Einkommen für ihre Eltern, eine sichere Zukunft in einem Namibia versprochen, das zu einer „Unabhängigkeit“ nach südafrikanischen Vorstellungen gebracht würde.

Auch durch Drohungen und Furcht gingen sie oft in die Falle. „Sie sagten mir, daß, wenn ich mich zurückziehen würde, meine Mutter getötet würde.“ „Meine schwangere Frau und mein Kind würden ganz unauffällig verschwinden, und niemand außer mir würde wissen, wie und warum.“ „Sie würden Fotos von mir, die während meiner Ausbildung aufgenommen wurden, an die SWAPO weitergeben, und die würden sich dann schon mit mir befassen.“ „Dort seien schon führende SWAPO-Kader, die für Südafrika arbeiteten und alles über mich wußten und es arrangieren könnten, daß ich ausgeschaltet würde.“ Das erklärten die Veräter pathetisch in diesen aufgezeichneten Geständnissen.

„Unsere Leute wurden Opfer dieser Kampagne, weil Südafrika ihre Geschichte genau studiert hat und genau wußte, wie es die einzelnen erreichen konnte, um sie zu erpressen“, sagte Ben Gurirab.

Ein Mann beschrieb, wie er in einer internationalen Organisation rekrutiert worden war, daß er mehrfach durch Europa gereist sei und ganz offen jedes Mal 500



Gefallene SWAPO-Guerilleros, die den südafrikanischen Besatzungstruppen oft genug ins offene Messer liefen

Menschenrechtskampagne gegen die SWAPO

Seit nunmehr einem Jahr läuft eine Kampagne, die die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) durch den Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen diskreditieren soll. Sie stützt sich vornehmlich auf Aussagen namibischer Kollaborateure Südafrikas.

Damit soll vor allem in der Bundesrepublik Unterstützung für die von Südafrika im Juni 1985 eingesetzte „Interimsregierung“ in Namibia mobilisiert und versucht werden, die Anerkennung der SWAPO als „alleinige, rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Namibia durch die UNO rückgängig zu machen. Ziel ist es weiterhin, die Hilfsprogramme der UNO und verschiedener Staaten für Namibia-Flüchtlinge und für die SWAPO zu beenden, und um Namibier davon abzuhalten, sich der SWAPO anzuschließen.

IGFM/Lützenkirchens „Entdeckungen“

Die offenen Hauptakteure dieses Menschenrechtskreuzzuges sind die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit Sitz in Frankfurt, der für seine südafrikafreundliche Berichterstattung bekannte bundesdeutsche Journalist Willy Lützenkirchen und ein in Namibia ansässiges „Komitee der Eltern und Angehörigen“ von namibischen Flüchtlingen.

Den Startschuß zu der Kampagne gab fristgerecht zur Ankündigung der südafrikanischen Regierung, in Namibia eine „Interimsregierung“ einzusetzen, W. Lützenkirchen am 9. April 1985. In einer Sendung des Bayerischen Rundfunks berichtete er anhand der Aussagen von angeblichen Zeugen über Menschenrechtsverletzungen in den Lagern der SWAPO in Sambia und Angola. Dabei ist die Rede von Mord und Folter an Flüchtlingen und SWAPO-Mitgliedern, von der systematischen Vergewaltigung von Frauen, von mehreren hundert Gefangenen, die in Erdlöchern eingekerkert sind, von Kindern die den Müttern weggenommen werden u.ä.

Seine Anschuldigungen wiederholte Lützenkirchen anschließend in Artikeln in einigen bundesdeutschen Regionalblättern und in namibischen Zeitungen. Seine „Entdeckungen“ und „Zeugenaussagen“ fanden schließlich Eingang in eine Dokumentation der IGFM „Menschenrechte im Konflikt in Südwestafrika/Namibia“, die am 25.5.1985 auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Parallel dazu machte das ominöse „Elternkomitee“ von sich reden, bei dem es sich vor allem um Angehörige von südafrikanischen Spionen in der SWAPO handelt, die kurz zuvor entdeckt wurden. In Briefen an Kirchen, Solidaritätskomitees, an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, den sambischen Staatschef Kaunda, SWAPO-Generalsekretär Sam Nujoma u.a. wiederholte es die erhobenen Anschuldigungen.

Charakteristisch dabei ist, daß man allseits bemüht ist, auf Distanz zur südafrikanischen Besatzungspolitik in Namibia zu gehen. Der Schlußteil der IGFM-Dokumentation enthält durchaus kritische Worte zu Menschenrechtsverletzungen der südafrikanischen Armee.

Das „Elternkomitee“ erklärt gar, daß es mit seinen Enthüllungen gewartet habe, damit

„der Hauptfeind, das südafrikanische Regime, keinen Vorteil“ daraus ziehen könne. Es erklärt die Menschenrechtsverletzungen der SWAPO u.a. damit, daß die führenden SWAPO-Mitglieder Hidipo Hamutenya und Moses Garoeb südafrikanische Agenten seien.

Etikettenschwindel ist bei den meisten Beteiligten an der Tagesordnung.

So benutzt das Elternkomitee die Adresse des Namibischen Kirchenrats im Briefkopf, obwohl dieser dagegen protestiert hat. Eine der angeführten Zeuginnen, behauptet die Schwester des SWAPO-Sprechers in Namibia zu sein. In Wirklichkeit ist sie nur eine Base dritten Grades.

Die IGFM betreibt zudem nicht nur Etikettenschwindel, indem sie vorgibt sich für Menschenrechte einzusetzen, sondern sie führt in ihrem Briefkopf das UNO-Emblem, um den falschen Eindruck zu erwecken, eine UN-Unterorganisation zu sein. Geleitet wird dieser auf die Menschenrechte in den sozialistischen Ländern spezialisierte Verein, dem vor allem Vertreter von Revanchistenverbänden angehören, von einem gewissen Iwan I. Agrussow, der im 2. Weltkrieg der Hitler-Gendarmerie in der Sowjetunion angehörte und den es später zum CIA verschlug.

Für den Afrikaausschuß der IGFM ist Pastor Ndabezinhe Musa zuständig, der auch den Einleitungsbeitrag zur Namibia-Broschüre verfaßte. Er gibt sich als politisch Verfolgter der Regierung in Zimbabwe aus, war aber nachgewiesenermaßen Informationssekretär der „Anti-Terroristen-Gruppen“, die das rhodesische Smith-Regime gegen die Befreiungsorganisationen unterstützten.



SWAPO-Lager Cuanza-Sul im angolamischen Grenzgebiet

Bisher haben die Anschuldigungen gegen die SWAPO nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Besucher der SWAPO-Lager, darunter die Geschäftsführerin der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung, Ingeborg Wick, die im April 1985 mit einer UN-Delegation u.a. im SWAPO-Lager Cuanza Sul (Angola) weilte, und die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Ursula Eid, die im August 1985 im Lager Nyango (Sambia) war, wiesen die Vorwürfe als „Lügenpropaganda“ zurück.

Auf Anfragen von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion erklärte die Bundesregierung im Mai und Juli 1985, daß ihr und auch den „amerikanischen Partnern“ keine Informationen über angebliche SWAPO-Gefängnisse vorlägen.



SWAPO-Einheit im teilkontrollierten Nordosten Namibias

US-Dollar von den Südafrikanern bekommen habe. Der Mann verkaufte eine Handvoll Klatsch, der für die Südafrikaner nicht von ernsthaftem Nutzen sein konnte, aber er hat damit unwiderruflich seine eigene Zukunft aufs Spiel gesetzt. Die Untersuchung der Agentenkette, ihrer Politik, Motive und Zukunft wird gewissenhaft weitergeführt.

Die Namen der Inhaftierten wurden von der SWAPO nicht veröffentlicht, zum Teil wegen ihrer eigenen Sicherheit. Ganz klar besteht das Risiko, daß sie von anderen, bisher unerkannten, südafrikanischen Agenten getötet würden. Auch wären Maßnahmen gegen ihre Familien in Namibia nicht auszuschließen.

„Entzauberung der SWAPO“

„Diese Leute sind unsere Schwestern und Brüder, sie sind Ehemänner, Söhne und Väter“, erklärte Ben Gurirab, warum die Führung der SWAPO langsam und vorsichtig vorgeht. „Wir werden nicht zu Faschisten gegen unser eigenes Volk werden“, betonte Hamutenya.

Pretoria hat eine zielstrebige Propaganda zur Schadensbegrenzung begonnen, und in Europa, Afrika und den USA eine Kampagne gestartet, in der der SWAPO „Menschenrechtsverletzungen“ vorgeworfen werden. Namibierinnen, die vorgeben „Mütter von Kindern“ zu sein, welche angeblich von der SWAPO entführt wurden, haben eine Briefkampagne gestartet. Und sie planen eine Tour durch verschiedene Länder. Diese weitreichende Propaganda hat viel gemein mit der von Washington im Februar d.J. geschickt lancierten Kampagne, Savimbi in den USA zu verkaufen.

„Die Südafrikaner versuchen, die SWAPO als Mörder und Faschisten darzustellen... Sie werden unterstützt von den Glücklichen 500 und anderen solchen Geschäftsleuten, die Reagan ins Weisse Haus gebracht haben, und denen mehr an Namibias Rohstoffrechten als an Menschenrechten liegt“, sagte Ben Gurirab.



Die Protestdemonstrationen von Zehntausenden in Alexandra im März d.J. wurden zu Sympathiekundgebungen für den ANC: „Die UDF sagt, hebt den Bann gegen den ANC auf!“

Marianne Kolter

Keine Ruhepause für das Apartheidregime

Am 7. März d.J. hob das Apartheidregime zwar den seit Mitte 1985 über Teile des Landes verhängten Ausnahmezustand auf. Präsident Botha kündigte jedoch zugleich neue Gesetzeserlasse an, welche die Normalbefugnisse von Polizeikräften und Militär zur Unterbindung von „Gewalttätigkeiten“ erweitern sollen. Was darunter zu verstehen ist, hat das vorausgegangene Massaker von Polizei- und Armeeeinheiten in der Johannesburger Vorstadt Alexandra gezeigt, wo sie nach Angaben der Opponenten 30 Personen ermordeten.

„Macht Südafrika unregierbar und die Apartheid unwirksam“, unter dieses Motto stellte Oliver Tambo, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), seine diesjährige Rede anlässlich der Gründung des ANC (Januar 1912). In seiner Ansprache, die von den Radiosendern des ANC nach Südafrika übertragen wurde, rief er auf zur Ausweitung des bewaffneten Kampfes, der sich hin zu einem Volkskrieg entwickeln müßte. Und er widmete das Jahr 1986 dem Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), den bewaffneten Kräften des ANC.

Weitere Kampagnen seien zu führen gegen die Paßgesetze, die die totale Kontrolle über jeden afrikanischen Einwohner des Apartheidstaates erlauben, seine Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit einschränken. Ein alternatives Bildungssystem in den Schwarzen Townships (Vorstädten), den Wohnsiedlungen der Schwarzen, solle aufgebaut werden, um auch den afrikanischen Jugendlichen eine schulische Bildung zu ermöglichen, solange die sog. Bantu-Erziehung nicht abgeschafft sei.

Wie schon auf der 2. Beratenden Konferenz des ANC im Juni letzten Jahres in Sambia (siehe AIB-Sonderheft 1/1986, S. XVIII) betonte Oliver Tambo: „Die Tatsache, daß das Botha-Regime die stra-

tegische Initiative verloren hat und daher insgesamt in die Defensive gezwungen wurde, ist von entscheidender Bedeutung für das weitere Fortschreiten unseres Kampfes. Wir haben die Rassisten in diese Position durch den beständigen Kampf sowohl innerhalb wie auch außerhalb unseres Landes gezwungen. Dies ist ein ermutigender Sieg von historischer Bedeutung.“¹

Tambo lehnte Verhandlungen mit der Regierung des Staatspräsidenten Pieter W. Botha ab, solange es nur um kosmetische Operationen an der Apartheid gehe.

Bothas „Reform“rede

Diese Erklärung des Präsidenten der Befreiungsbewegung Südafrikas, die die Abschaffung der Apartheid und nicht kosmetische Operationen an der Apartheid fordert, steht in krassem Gegensatz zu den jüngsten Reformvorschlägen der südafrikanischen Regierung. Diese stellte Staatspräsident Pieter W. Botha in seiner Eröffnungsrede der laufenden Parlamentsperiode am 31. Januar d.J. vor.

Botha kündigte u.a. die Abschaffung der Paßgesetze an, allerdings bei gleichzeitiger Einführung eines einheitlichen com-

puterlesbaren Personalausweises, der sogar die Fingerabdrücke des Besitzers dokumentieren soll. Weiterhin sieht sein Reformprojekt die Staatsbürgerschaft für alle vor, die permanent in Südafrika leben. Damit schließt er die Bewohner der sog. unabhängigen Bantustans Transkei, Venda, Ciskei und Bophutatswana ebenso aus wie die Einwohner des umstrittenen Bantustans KwaNdebele, das sinnigerweise 1986 seine „Unabhängigkeit“ erhalten soll.

Zur zukünftigen politischen Struktur des Landes äußerte Botha: „Wir glauben, daß ein demokratisches Regierungssystem ausgehandelt werden muß, in dem alle legitimen politischen Ansprüche aller südafrikanischen Gemeinschaften Platz haben müssen. Alle Südafrikaner müssen in die Lage versetzt werden, sich über ihre gewählten Vertreter an der Regierung zu beteiligen.“ Und weiter: „Die Völker der Republik Südafrika bilden eine Nation. Aber unsere Nation ist eine Nation von Minderheiten.“²

Erster Schritt hierzu soll die Bildung eines nationalen Statutären Rates (National Statutory Council) sein, eine Art beratendes Gremium mit Vertretern aller Bevölkerungsgruppen, das bis zur Schaffung neuer politischer Strukturen arbeiten soll.

Mit keinem Wort ging Botha auf die zentrale politische Forderung des Widerstandes in Südafrika ein. „One person — one vote“ (Eine Person — eine Stimme) steht für die Regierung Botha nicht zur

Debatte, ebensowenig wie ein einheitlicher Staat aller Südafrikaner, wie es in der Freiheitscharta von 1955 (Wortlaut in AIB-Sonderheft 1/1986, S. XVI) bereits gefordert wird.

Scheinangebot an Mandela

Im Gegenteil, zentrale Bestandteile der Apartheid sollen weiterhin Regierungspolitik bleiben: getrennte Wohngebiete und getrennte, damit für die Schwarzen minderwertige Bildung.

Wie ernst es P.W. Botha mit einer wirklichen Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in Südafrika ist, zeigte sich bereits am 7.2.1986, als er seinen Außenminister Roelof Botha abkanzelte. Dieser hatte in einer Pressekonferenz geäußert, er halte einen schwarzen Staatspräsidenten in der Zukunft für denkbar, falls es einen entsprechenden Minderheitenschutz gäbe.³

In der südafrikanischen und internationalen Öffentlichkeit ist Bothas „Reform“-Rede denn auch heftig kritisiert worden.

Selbst der Parteivorsitzende und parlamentarische Führer der weißen oppositionellen Progressiven Föderativen Partei (PFP), Frederick Van Zyl Slabbert,

sah sich nach diesen Vorschlägen Botha gezwungen, von seinen Ämtern in Partei und Parlament zurückzutreten, da er keine Hoffnung für eine positive Entwicklung in Südafrika mehr habe:

„Im vergangenen Jahr wurde unser Land auseinandergerissen. Unter unseren Menschen, weiß und schwarz, wurden Wunden gerissen, die vielleicht nie mehr heilen werden. Die Reaktion in diesem Parlament war jedoch nichts als ein groteskes Ritual, das mit den Vorgängen draußen überhaupt nichts zu schaffen hatte...“⁴

Auch die Regierungen in Washington und London brachen nicht in eindeutige Begeisterung aus. Sie äußerten sich zwar positiv zu der Behauptung, „Apartheid ist überholt“. Zugleich aber erklärten sie, es komme auf Veränderungen, die Verwirklichung der gemachten Vorschläge an.⁵

Den westlichen Gläubigern reicht die „Reform“rede Bothas offenbar aus. Am 20. Februar d.J. stimmten die 30 wichtigsten Gläubigerbanken einem Zahlungsaufschub für Südafrikas kurzfristige Schulden in Höhe von 14 Mrd Dollar bis zum 31.3.1987 zu (weitere Verschuldungsdetails siehe in AIB 5/1986). Pro-

minente Vertreter der südafrikanischen Kirchen wie Bischof Desmond Tutu, der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bayers Naudé, und der Präsident des Weltkirchenrates, Allan Boesak, haben sich gegen eine Umschuldung ausgesprochen.⁶

Für die entscheidenden Finanz- und Geschäftskreise hat Staatspräsident Botha mit seiner Rede die besorgte Einschätzung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13.1.1986 nicht eindeutig widerlegt: „Botha will die Macht den Afrikanern (gemeint sind die Buren; d. Red.) erhalten: Dem ordnet er alles andere unter, auch auf die Gefahr hin, daß die Schwarzen immer radikaler werden, die Existenz der Weißen in Südafrika immer gefährdeter wird.“

In Südafrika selbst wurden die Vorschläge Bothas von zahlreichen Persönlichkeiten des Widerstandes zurückgewiesen. B. Naudé beschuldigte Botha, die letzte Chance für die Lösung der Probleme Südafrikas verspielt zu haben.⁷ D. Tutu sah eine „weitere Verzögerungstaktik“.⁸ Das in der Rede enthaltene erneute Freilassungsangebot an den seit 24 Jahren inhaftierten Führer des ANC, Nelson Mandela, wies Mandelas Ehefrau Winnie

als sinnlos zurück. Botha wollte ihn gegen einen in Angola inhaftierten Kriegsgefangenen, Hauptmann du Toit, und sowjetische Dissidenten austauschen. Winnie Mandela sagte: „Botha hat sich nicht geändert, Mandela auch nicht.“ Sie faßte damit im Grunde die gesamte Situation als unverändert zusammen.

Auch für die ersten 2 Monate des Jahres 1986 gilt: Der Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Apartheid ging weiter.

In zahlreichen Townships kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung einerseits und den Sicherheitskräften sowie Kollaborateuren der Rassisten andererseits. Hierunter fallen auch die sog. „Stammeskriege“, die hauptsächlich von Gatsha Buthelezi Inkhata gegen Aktivisten und Funktionäre der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) angezettelt werden.

Streikwillige Arbeiter, Schüler

Insgesamt wurden „offiziell“ seit Beginn der Unruhen im Herbst 1984 mehr als 1.100 Tote gezählt. Allein 100 von ihnen starben in den ersten Wochen des Jahres 1986.⁹ Auch die Verhaftungen, im Jahr 1985 mehr als 25.000, gingen weiter.¹⁰ Die Arbeiterbewegung Südafrikas zeigte in diesem Jahr bereits in mehreren Streiks ihre Entschlossenheit, am Widerstand gegen die Apartheid teilzunehmen. Am 6.1.1986 begann in der weltgrößten Platinmine, der Gencor Impala Mine, ein Streik von 30.000 schwarzen Minenarbeitern für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. 20.000 wurden von der Mininggesellschaft entlassen.¹¹

Am 25.2.1986 traten 12.000 schwarze Arbeiter der größten Goldmine der Welt in Vaal Reefs in den Streik. Ihnen schlossen sich 1.500 Arbeiter in anderen Minen an. Ihr Streik richtete sich gegen die politische Repression, gegen Verhaftungen und den Terror in den Townships. Die Nationale Minenarbeitergewerkschaft (NUM) kündigte an, daß eventuell alle 40.000 Arbeiter der Goldmine streiken würden.¹²

Auch die Schülerbewegung, die den Schulboykott Anfang 1986 teil ausgesetzt hatte, nachdem einige ihrer Forderungen akzeptiert worden waren, kündigte an, daß sie den Boykott im April d.J. wieder aufnehmen werde, falls man die Bantu-Erziehung nicht abschaffe.

Trotz aller Repression und Reformversprechungen sagen denn auch die Sicherheitskräfte des Apartheidstaates für 1986 kein ruhiges Jahr, sondern eine bleibende Aufstandssituation voraus.

Auch die Ankündigung des ANC, die Auseinandersetzungen in die weißen Gebiete zu tragen, sowie die bereits durchgeführten militärischen Aktionen

Bonner „Staatsbesucher“ Buthelezi

M. Gatsha Buthelezi, Chefminister des „unabhängigen“ Homelands KwaZulu, Präsident der nationalistischen Organisation Inkhata und eine zentrale Figur der Bantustanpolitik der südafrikanischen Regierung P.W. Botha, weilte vom 17.-21. Februar 1986 auf Einladung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in der Bundesrepublik.

Buthelezi, der sich selbst als Führer der Schwarzen Südafrikas bezeichnet und als Garanten für einen „friedlichen Wandel“ durch den Dialog der schwarzen Mehrheit mit dem Apartheidregime sieht, wurde in Bonn von Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und weiteren führenden Politikern der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien CDU, CSU und FDP empfangen. Aufgewertet zum Staatsgast 1. Klasse wurde er durch den offiziellen Empfang durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Alles zusammen genommen kommt dies einer faktischen Anerkennung der international geächteten Homeland-Politik der Rassisten in Pretoria gleich.

Buthelezi, der im vergangenen Jahr wiederholt den illegalen Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und die Vereinigte Demokratische Front (UDF) angegriffen hatte, ist der politisch Verantwortliche für die täglichen Angriffe bis hin zu Ermordungen von UDF-Mitgliedern und Funktionären durch die von ihm geführte Inkhata-Organisation und ihre Schlägertruppen, die „Impis“. Damit liefert er das in den westlichen Medien so beliebte rassistische Argument der Regierungsunfähigkeit der Afrikaner, da eine Mehrheitsregierung in Südafrika auf der Basis von „eine Person – eine Stimme“ nur Blutvergießen, „Stammeskriege“ usw. zur Folge hätte.

Zudem tritt Buthelezi als verständnisvoller



Apartheidkollaborateure in Bonn vereint: Homeland-Chefminister Buthelezi und Bundeskanzler Kohl

Freund der westlichen Investoren in Südafrika gegen Sanktionen auf. Er spaltet damit die Front für diese wichtige Forderung des Widerstands in Südafrika und der internationalen Solidaritätsbewegung.

Barbara Simons, Europaabgeordnete der SPD, betonte in einem Gespräch mit der DVZ/die tat vom 21.2.1986, daß Buthelezi nicht der Führer der Schwarzen Südafrikas sei, sondern daß Umfragen ganz andere, zum großen Teil inhaftierte Führer nennen. Sie wies daraufhin, daß Kontakte zum ANC und zur UDF geknüpft werden müßten. Die Anti-Apartheid-Bewegung forderte in einer Presseerklärung zum Buthelezi-Besuch vom 17.2.1986 die Anerkennung des ANC und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Namibia als Vertreter der Völker des Südlichen Afrika durch die Bundesregierung.

in den ländlichen Gebieten im Norden des Landes werden von den Sicherheitskräften ernstgenommen. Sie zeigen jedoch keine Absichten, an den Ursachen der Auseinandersetzungen, an der Beibehaltung der Apartheid etwas zu ändern. Vielmehr ist das Regime darangegangen, die weißen Farmen in den nördlichen Landesteilen zu kleinen Festungen auszubauen.

Es wurde ein Programm entwickelt, demzufolge jede weiße Farm und jeder weiße Farmer in das Sicherheitssystem eingebaut wird.

Auf Dauer werden auch solche Maßnahmen das Minderheitsregime von 4,4 Mio über 24 Mio Schwarze in Südafrika nicht erhalten können. Realistischer erscheint die Erklärung des Pressesprechers der UDF, Murphy Morobe, zum Jahr 1986, daß die „Beseitigung des verabscheuten Apartheidsystems noch nie in Südafrikas Geschichte so gewiß erschienen ist“.¹³

Anmerkungen:

- 1) Message of the National Executive Committee of the African National Congress on the Occasion of 8th January 1986, Oliver Tambo, Lusaka, o.D.
- 2) Frankfurter Rundschau (FR), Frankfurt, 19.2.1986
- 3) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 16.2.1986
- 4) Ebenda
- 5) Le Monde, Paris, 2./3.2.1986
- 6) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 20.2.1986
- 7) Deutsche Volkszeitung/dit tat, 21.2.1986
- 8) FR, 13.1.1986
- 9) IHT, 19.2.1986
- 10) Le Monde, 14.2.1986
- 11) Süddeutsche Zeitung, 8.1.1986
- 12) IHT, 26.2.1986
- 13) ANC-Informationbulletin, Bonn, Nr. 1/1986

Das grüne Band der Sympathie. Für Apartheid.

Manche Banken machen jedes Geschäft. Hauptsache die Rendite stimmt.

Auch wenn mit Millionen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (UNO) finanziert werden. In Südafrika.

Nehmen Sie die Rechte aus Ihrer Dresdner-Bank-Aktie wahr. In der Hauptversammlung am 16. Mai. Oder übertragen Sie Ihre Rechte an uns.

Die KRITISCHEN DRESDNER BANK-AKTIONÄRE.

Treuhänder: Diplom-Wirtschaftsingenieur
Helmut Paschlau
Siegessr. 9
8000 München

Arno Armgort Die BRD-Rundreise des PAC

Anläßlich der Bonner Solidaritätsdemonstration mit dem Befreiungskampf in Südafrika vom September 1985 kam es erneut zu Auseinandersetzungen in der Solidaritätsbewegung über die Beurteilung der verschiedenen Organisationen des Widerstandes.

In diesem Zusammenhang spielt der Panafrikanische Kongreß von Azania (PAC) immer wieder eine wenig vorwärtstreibende Rolle. Dieser Eindruck wird durch jüngste Selbstdarstellungen (taz, 6.3.1986, Frankfurter Rundschau, 4.3.1986) erhärtet, die im Zusammenhang mit einer Informationsrundreise des amtierenden PAC-Vorsitzenden Johnson Mlambo und des PAC-Vertreters bei der UNO, Ahmed Gora Ebrahim, durch die Bundesrepublik entstanden.

Der PAC hatte sich 1959 vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) abgespalten. Hauptvorwurf war damals, daß die Führer des ANC Verrat am Befreiungskampf begangen hätten und sich mit der Annahme der Freiheitscharta (1955, Wortlaut in AIB-Sonderheft 1/1986), einem Dokument des „weißen Liberalismus“, zu Vertretern für die Aufrechterhaltung der weißen Bevormundung gemacht hätten.¹

Der PAC sieht sich selbst in der Tradition des Aktionsprogramms des ANC von 1949, einem Dokument, das vom Manifest der 1944 gegründeten ANC-Jugendliga inspiriert war.² Die Jugendliga hatte ihre Position aus der Kritik am Legalismus und Reformismus der damaligen ANC-Führung entwickelt. Dabei hatte sie eine starke Betonung auf die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der schwarzen Bewegung gelegt.

Freiheitscharta – ein Verrat?

Es ist ohne Zweifel nachvollziehbar, daß in einer Phase der Umorientierung auf neue Bedingungen (1948 übernahm die Nationale Partei die Regierungsgewalt) Auseinandersetzungen über Strategie und Taktik entstehen. Und genauso zweifelsfrei ist sicherlich, daß sich unter den Bedingungen eines extremen weißen Rassismus und auf der Basis von Erfahrungen jahrhundertelanger kolonialer Unterdrückung, spontane Formen des Massenbewußtseins entwickeln, die weniger von einer fundierten Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und einer sich daraus entwickelnden Strategie und Taktik geprägt sind als vom emotional begründetem Streben nach kurzfristiger und radikaler Veränderung.

Diese Formen von spontan entstehendem politischen Massenbewußtsein sind nicht nur verständlich, sondern haben ihre Berechtigung und ihren Sinn als politisierendes Übergangsstadium. Von einer Befreiungsbewegung aber, die insbesondere den bewaffneten Kampf gegen das vom Imperialismus unterstützte Rassenregime in den Mittelpunkt ihrer Strategie und Taktik stellt, ist mehr gefordert.

Was Not tut, ist zunächst einmal die Fähigkeit, eine Programmatik zu entwickeln, die die Unterdrückten in die Lage versetzt, verschiedene Etappen längerfristigen Kampfes zu entwickeln. Und was weiter Not tut, ist eine Bündnispolitik, die, unter Beibehaltung der prinzipiellen Auffassungen, dazu befähigt, flexibel jede Möglichkeit zu nutzen, die Opfer des Kampfes so gering wie möglich zu halten und eine größtmögliche Einheit des Widerstandes zu gewährleisten.



Demonstration der Einheit von schwarzen und weißen Jugendlichen in Johannesburg. Weshalb weiße und farbige Apartheidgegner vom Befreiungskampf ausschließen?

Die Entwicklung der Freiheitscharta war ein erster und großer Schritt des ANC in diese Richtung. Nelson Mandela hat in seiner Verteidigungsrede im Rivonia-Prozeß (1964; d. Red.) auch deutlich gemacht, daß damit keineswegs eine Abkehr vom nationalen Charakter des Befreiungskampfes verbunden war.³ Eine weitere Vertiefung der Analyse der Kampfbedingungen und die Entwicklung einer umfassenden Strategie und Taktik nahm der ANC auf seiner Konferenz in Morogoro (Tanzania) 1969 vor.

Gemessen an solchen Kriterien ist die Geschichte des PAC gekennzeichnet von Sektierertum und einer Verbalradikalität, die in keinem Verhältnis zu Kraft und Einfluß des PAC stand und steht.

Umgekehrter Rassismus

Die Organisationsgeschichte des PAC war gekennzeichnet von Spaltungen und internen Auseinandersetzungen, die die Aktivitäten des PAC selbst nach eigenen Aussagen jahrelang lähmten.⁴ Unberührt davon erhöhte sich der PAC immer wieder zur führenden Kraft des Befreiungsprozesses und setzt seine Angriffe auf die Politik des ANC fort.

Um die Rolle des PAC deutlich zu machen, soll aber im folgenden nicht auf Dokumente der Vergangenheit zurückgegriffen werden, sondern anhand der aktuellen Äußerungen von Mlambo und Gora Ebrahim nachgewiesen werden, daß der PAC möglicherweise vieles ist, jedenfalls aber keine führende Kraft des südafrikanischen Befreiungskampfes.

Nach wie vor lehnt der PAC die Freiheitscharta von 1955 nicht nur ab, sondern er charakterisiert sie als ein Programm mit dem „die weißen Liberalen“ ihre Bevormundung des nationalen Befreiungskampfes der schwarzen Mehrheit aufrechterhalten. Aus der Formulierung der Freiheitscharta, daß das Land allen gehöre, „die darin leben, Schwarzen und Weißen“ konstruiert der PAC die Unterstellung, daß man die Einheit von Unterdrückten und Unter-

drückten fordere.

Grundlage dieser Einschätzung ist die PAC-Auffassung, daß es sich beim Apartheidregime um ein kolonialistisches Siedlerregime handele.⁵ In der PAC-Logik ergibt sich daraus, bei völligem Fehlen eines irgendwo definierten Klassenbegriffs die Auffassung, daß jeder Weiße zur herrschenden Klasse gehöre, demgegenüber jeder Schwarze (seit den 70er Jahren werden auch die Farbigen und Inder dazugerechnet) zur unterdrückten.

Eine solche Herangehensweise „erleichtert“ zwar die Analyse, ob sie jedoch richtig ist, muß bezweifelt werden. Letztlich handelt es sich dabei um eine Form umgekehrten Rassismus', der die soziale und politische Differenziertheit sowohl der schwarzen wie auch der weißen Bevölkerung ignoriert. Die Tatsache, daß auch Schwarze im Unterdrückungssystem tätig sind und auch von ihm profitieren, oder daß solche Figuren wie Gathsa Buthelezi in imperialistischen Krisenlösungsversuchen eine zunehmende Rolle spielen werden, kann dann nur noch auf der Basis von individueller Verderbtheit erklärt werden.

Daß auf der anderen Seite Weiße von Beginn an am Befreiungskampf teilnahmen, daß z.B. die weißen Mitglieder der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) ohne Bedingung oder Bevorzugung auch am bewaffneten Kampf von Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation/bewaffneter Flügel des ANC) teilnahmen und -nehmen, kann auf dieser Grundlage ebenfalls nicht politisch, sondern nur auf individueller Ebene erklärt werden.

Abgesehen davon ist es schon erstaunlich, daß der PAC, der sich selbst gern als geistiger Vater des Black Consciousness Movement (Bewegung Schwarzes Selbstbewußtsein) und besonders des Soweto-Aufstandes von 1976 darstellt, auch heute noch die Freiheitscharta ablehnt. Ein Dokument, zu dem die führenden Kräfte des Soweto-Aufstandes, die schwarze Schüler- und Studentenbewegung, repräsentiert durch COSAS und AZASO⁶ – übrigens beides Mitgliedsorganisationen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) – folgende Einschätzung formulieren:

„Die Charta behält gegenüber allen anderen Alternativen zum Wandel in Südafrika ihre Gültigkeit, nicht nur wegen ihrer Art und Weise, wie sie entstand, sondern auch wegen der Forderungen, die sie enthält. Sie kann deshalb niemals ohne den Willen der Mehrheit ersetzt werden. Jeder Versuch eines Einzelnen oder einer Gruppe, sie zu diskreditieren oder auszuhebeln, kann deshalb nur als Akt des Verrats an den Bestrebungen des gesamten Volkes von Südafrika beurteilt werden.“⁷

Gerade zu provokativ muß es dagegen anmuten, wenn der PAC-Vorsitzende Mlambo den Umstand, daß sich die UDF nicht explizit auf die Freiheitscharta bezieht, auf die Umstrittenheit dieses Dokuments im Widerstand zurückführt, wohlweislich verschweigend, daß die Bezugnahme auf die Freiheitscharta in Südafrika verboten ist, womit sofort jeder legale Spielraum beseitigt würde, den die UDF als legales Organisationsbündnis ja gerade erhalten und ausweiten will.⁸

Die UDF nur noch auf Begräbnissen ?

Nicht weniger seltsam mutet es an, wenn der Vertreter einer Organisation, die eine sozialistische Zielsetzung beansprucht, in einem einstündigem Referat nicht ein einziges Wort zur Rolle der Arbeiterbewegung in Südafrika verliert. Erst auf Nachfrage ist zu erfahren, daß „auch“ die Arbeiter eine wichtige Rolle im Befreiungskampf spielen.⁹

Das bisher Kritisierte erscheint allerdings noch harmlos im Vergleich zu den Äußerungen Gora

Ebrahims in der taz vom 6.3.1986.

Diese Äußerungen nutzen weder der Diskussion über strittige Fragen, noch tragen sie irgendetwas zur Stärkung der Befreiungskräfte bei. Wenn sie überhaupt einen Nutzen haben, dann nur für die Gegner der südafrikanischen Befreiung.

Wer für die eigene Unfähigkeit, sich zu einer anerkannten Organisation im Befreiungskampf zu entwickeln, „die liberale Presse, die der reformistischen Politik des ANC mehr gewogen“ sei, und den „Personenkult des ANC, den sie um Mandela aufgebaut haben“,¹⁰ verantwortlich macht, der begibt sich mit solchen Diffamierungen außerhalb des Rahmens einer solidarischen Kritik.

Wer behauptet, daß die UDF „im Moment nur noch eine wichtige Funktion“ habe: „Begräbnisse zu organisieren“, das sei „aber auch alles“, dem muß die Berechtigung abgesprochen werden, als ernsthafter Faktor des Befreiungskampfes zu gelten.

Es ist erstaunlich, daß ausgerechnet diejenigen Kräfte in der Solidaritätsbewegung, die so vehement gegen den „Alleinvertretungsanspruch einer Organisation“ auftreten, dafür den PAC als Zeugen anführen, der mit solchen Äußerungen genau dies tut.

Demgegenüber bleibt festzuhalten: Die Freiheitscharta ist es, auf die sich die Mehrheit der Opposition in Südafrika bezieht. Die Fahnen des ANC sind es, die die Opfer der Rassisten schmücken. Es sind die Kämpfer des Umkhonto we Sizwe, die den Rassisten zunehmende Schläge versetzen. Und es ist schließlich Nelson Mandela, der, stellvertretend für alle politischen Gefangenen in Südafrika, zum Symbol des Widerstandes geworden ist. Und er ist es, den die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung zu ihrem Präsidenten wählen würde, wenn sie es jetzt schon könnte.

Vielleicht sind dies die Gründe dafür, daß der PAC im Vergleich zum ANC „immer so im Hintergrund“ steht.

Anmerkungen:

- 1) Manifest des PAC von 1959, in: G. Wellmer, Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung von 1943-1976, Bonn 1977, S. 128
- 2) Ebenda, S. 21ff.
- 3) Vgl. Aktion Freiheit für Nelson Mandela. „Wofür ich bereit bin, zu leben und zu sterben.“ Verteidigungsrede von Nelson Mandela im Rivonia-Prozeß, Stuttgart o.D., S. 29ff.
- 4) Vgl. H. Möllers, PAC wieder geeint?, in: idsa, Nr. 3/1983 sowie P. Wahl, Die permanente Krise des PAC, in: AIB 9/1982
- 5) Johnson Mlambo am 18.2.1986 auf einer Veranstaltung in Hamburg, Tonbandaufzeichnung
- 6) Kongreß Südafrikanischer Studenten (COSAS), Nachfolgeorganisation der 1977 verbotenen Schülerorganisation Südafrikanische Studentenbewegung Azanische Studentenorganisation (AZASO), Nachfolgeorganisation der ebenfalls 1977 verbotenen Südafrikanischen Studentenorganisation (SASO)
- 7) Zit. nach: R. Falk, Amandla Ngawethu – Alle Macht dem Volk!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/1986, S. 211
- 8) J. Mlambo in Hamburg
- 9) Ebenda. Diese Haltung steht in direktem Gegensatz zur eher sektiererischen Einengung der revolutionären Kräfte in Südafrika auf die schwarze Arbeiterklasse, wie sie z.B. die Azanische Volksorganisation (AZAPO) vornimmt, eine Organisation, die der PAC gern als von sich beeinflusst charakterisiert.
- 10) Diese und alle folgenden Zitate aus: taz, 6.3.1986, S.8

edition südliches afrika SACHBUCH



Christoph Sodemann
GESETZE DER APARTHEID
Bonn 1986,
ca. 210 S., ca. DM 17,80
edition südliches afrika 17

Ein Standardwerk über die südafrikanische Rassen- und Sicherheitsgesetzgebung.

Wesentlich für das Herrschaftssystem der weißen Minderheit in Südafrika ist der Rassismus; rassistische Verhaltensweisen von Individuen und Gruppen sind zwar eine weitverbreitete Erscheinungsform der Gegenwart, doch im System der Apartheid ist der Rassismus institutionalisiert. Diese rechtliche Festschreibung des Rassismus ist Gegenstand des Buches, nach dessen Lektüre sich der Leser ein Urteil über die sog. 'Reformen' der Apartheid machen kann.

**Bezug: über den Buchhandel
oder direkt bei:
Issa, Blücherstr. 14
5300 Bonn 1**

Joachim Becker Die MPLA-PT auf Erneuerungskurs



2. MPLA-PT-Parteitag in Luanda

„Das Jahr 1986 wird der Verteidigung der Volksrevolution gewidmet sein“, erklärte Angolas Präsident José Eduardo dos Santos in seiner Neujahrsansprache am 1. Januar d.J.¹

Verteidigt werden muß der Aufbau einer alternativen Gesellschaft in Angola zunächst einmal gegen ausländische Einmischung. Schon seit 1975 führt Südafrika mit eigenen Truppen sowie mit Hilfe der konterrevolutionären Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA, siehe AIB 11/1985, S. 4ff.) und mit Rückendeckung der US-Regierung Krieg gegen Angola.

Die angolansische Regierung schätzt die Schäden dieses zehnjährigen Krieges auf mittlerweile 17,6 Mrd US-Dollar², was dem angolansischen Bruttosozialprodukt von mehr als 2 Jahren entspricht. „Aber schlimmer als diese direkten Zerstörungen“, sagt Planungsminister Lopo do Nascimento, „sind die Kosten, die auf lange Sicht größere Auswirkungen haben – der Tod der ungeschützten Bevölkerung, die Mobilisierung von Arbeitern und Kadern für Verteidigungsaufgaben, wenn sie bei Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unabdingbar sind.“³

Der 2. Parteitag der regierenden Volksbewegung für die Befreiung Angolas – Partei der Arbeit (MPLA-PT) vom 2.-9. Dezember 1985 zog eine selbstkritische Bilanz der letzten Jahre und entwickelte die Leitlinien für die künftige Entwicklung, die immer noch völlig vom Krieg

geprägt sein wird.

Auch unter den Kriegsbedingungen hält die MPLA-PT an der sozialistischen Entwicklungsoption fest. Die Wichtigkeit des Nationalen Wirtschaftsplans wurde in einer Resolution bestätigt, allerdings sollen neue Methoden der Wirtschaftsführung entwickelt werden.⁴

Wie sämtliche Bereiche der angolanschen Wirtschaft leidet auch die Wirtschaftsplanung infolge des katastrophalen kolonialen Erbes von über 90% Analphabeten unter einem äußerst schwerwiegenden Fachkräftemangel. Dies macht die erheblichen Probleme auf diesem Gebiet sehr verständlich. Trotz diverser Reformen bei der Wirtschaftsplanung ist die Koordination der verschiedenen Wirtschaftssektoren immer noch sehr unbefriedigend. Die Planziele sind vielfach viel zu hoch.⁵

Selbstkritischer MPLA-Parteitag

„Es handelt sich darum“, erklärt Planungsminister L. do Nascimento, „mehr Befugnisse, die heute auf Ebene der Ministerien konzentriert sind, auf die regionale Ebene zu übertragen... Dies widerspricht nicht einer Verstärkung der Planung auf zentraler Ebene, denn wir werden noch mehrere Jahre über die beste Art, die schwachen Mittel, über die wir verfügen, zuzuteilen, entscheiden müssen. Der Plan muß auf der Ebene der zentralen Aspekte der Wirtschaft ver-

stärkt werden und flexibler und offener in seiner mikroökonomischen Durchführung sein.“⁶

„Nur die Erdölinvestitionen und kleinen Programme, die unter der Verantwortung der Lokalverwaltungen realisiert wurden, liefen bisher gut“, konstatiert er im September letzten Jahres.⁷ Das Zentralkomitee gibt daher lokalen Projekten eine Priorität und fordert eine Dezentralisierung.⁸ Nach dem Kongreß wurden die für Wirtschaftsfragen zuständigen Ministerien völlig neu organisiert. Absolute Priorität besitzt der Verteidigungsbereich, wie eine Parteitage resolution unterstreicht. Etwa 1/3 des Haushalts wird hierauf entfallen.⁹

Selbständigkeitstrümpfe Erdöl, Diamanten

Die Investitionsentscheidungen der nächsten Zeit werden wieder unter den Bedingungen strikter Austerität (Sparsamkeit; d. Red.) gefällt werden müssen. Denn die kräftige Expansion der angolanschen Erdölproduktion (Produktion in Mio t pro Jahr: 1982: 6,7, 1983: 9,5, 1985: ca. 11) dürfte den derzeitigen Sturz der Erdölpreise nicht ausgleichen – das Erdöl erbringt jedoch etwa 90% der Exporterlöse.¹⁰ Kapitalgüter und die meisten Vorprodukte müssen wegen der ererbten kolonialen Wirtschaftsstruktur eingeführt werden.¹¹

Die strikte Austeritätspolitik ab 1981 (siehe AIB 11/1985, S.6) machte deutlich, daß Angola nicht Gefahr laufen will, seine Selbständigkeit durch eine starke Verschuldung zu kompromittieren. Die Auslandsverschuldung konnte auf das manageable Niveau von 2,6 Mrd Dollar (1984) begrenzt werden.¹² Dafür mußten Importe und Investitionen mit der Folge von Produktionseinbrüchen zurückgeschraubt werden.

Trotz einer leichten Verbesserung der Wirtschaftslage ab 1984 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real 1985 nur 90% des 1981 erreichten Niveaus¹³ – hier wirkt sich auch die starke Kriegeskalation nach 1981 voll aus. Der Parteitag bestätigte die Orientierung auf ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht.¹⁴

„Das Erdöl und die Diamanten gaben uns die notwendigen Mittel, um zu verhindern, daß wir nach der Unabhängigkeit von unseren Feinden stranguliert wurden. Trotzdem wird unser Überleben nur dann definitiv gesichert sein, wenn wir die Bedingungen haben, den gordischen Knoten der Landwirtschaft zu lösen. Ohne dieses Problem zu lösen, bleiben wir verwundbar“, sagt Lopo do Nascimento.¹⁵

Daher sind nach der Landesverteidigung die Entwicklung der Landwirtschaft und die stärkere Einbeziehung der Bauern in

die Veränderung der angolischen Gesellschaft zentrale Aufgaben der Partei und des Staates. U.a. wegen des Krieges haben sich MPLA-PT und Regierung hier sehr schwer getan.

„Unsere Revolution begann auf dem Land. Es war mit der Unterstützung des ausgebeuteten Bauern, daß es uns gelang, das portugiesische Heer zu besiegen. Seit 1975 muß man erkennen, daß es das Land war, das den höchsten Preis für das koloniale Erbe zahlte, da im Landesinneren die unmittelbaren Verbesserungen mit der Erringung der Freiheit am geringsten waren. Aber trotzdem blieb die Unterstützung für die Revolution unter den Bauern groß. Der Krieg, der durch Südafrika und die Marionettengruppen verursacht wird, verstärkt das Leiden der Leute auf dem Land. Und heute wissen wir, daß wir, wenn wir nicht fähig sind, die Fehler der Vergangenheit, Frucht unserer Unerfahrenheit, zu korrigieren und die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, Gefahr laufen werden, den Feind auf dem Schlachtfeld zu besiegen, aber in der Etappe zu verlieren“, erklärt António Russo, Vize-Landwirtschaftsminister, besorgt.¹⁶

Die Bauernschaft dynamisieren

Präsident dos Santos bemerkt, mangelnde Aufmerksamkeit und Mißerfolge bei der Lösung drängender sozialer Probleme der Bauern hätten es dem Feind erlaubt, Propaganda gegen die Partei zu machen und sogar ein paar weniger aufgeklärte Bauern zu rekrutieren.¹⁷

Roberto de Almeida, ZK-Sekretär für Ideologie, kritisierte im Vorfeld des Parteitag mehrfach die relative Schwäche der Partei auf dem Land.¹⁸ Der Bericht des Zentralkomitees für den Kongreß bemängelte, die Partei habe es nicht immer verstanden, den Organisationen der Bauern die erforderliche Dynamik zu verleihen.¹⁹

Eine Resolution der Organisation der

Angolanischen Frau (OMA), einer Massenorganisation von 1,5 Mio Mitgliedern und auf dem Land sehr aktiv, stellte gar fest, die von der Partei auf dem Land angestrebten Veränderungen „sind noch nicht sichtbar“.²⁰

Daher machte sich der Parteitag Gedanken über eine der Lage angemessene Bündnispolitik. Das Diskussionspapier, das den dem Parteitag vorgelagerten Lokal- und Provinzversammlungen vorgelegt wurde, forderte, die Bündnispolitik „muß die ländlichen Gebiete begünstigen, ohne jedoch die Stadt zu vergessen... Die Existenz verschiedener Eigentumsformen auf dem Land in dieser Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus berücksichtigend, wird es unverzichtbar sein, eine rationale Bündnispolitik zu realisieren, die es erlaubt, sowohl die Familienwirtschaft als auch die Privatinitiative, die im Rahmen der Realisierung der von der Partei definierten Wirtschaftspolitik richtig kontrolliert und reguliert wird, zu integrieren.“²¹

Direkt nach der Unabhängigkeit hatten sich die Bemühungen auf die Staatsfarmen, die nach der Nationalisierung der Farmen geflohener portugiesischer Kolonisten geschaffen worden waren, konzentriert. Seit etwa 1983 verschob sich die Orientierung der Landwirtschaftspolitik.

Achillesferse Landwirtschaft

Die Partei erkannte, daß es notwendig ist, auch die Familienlandwirtschaft, von der mindestens 70% der Bevölkerung leben und die bei den wichtigsten Grundnahrungsmitteln etwa 80-90% der Produktion stellt, verstärkt zu unterstützen. Ohne materielle Unterstützung des Staates sei es nicht möglich, hier das schwere koloniale Erbe zu überwinden, so António Russo.²² Allerdings stellt der Bericht des ZK selbstkritisch fest: „Eine aufmerksame Analyse der Devisenausgaben erlaubt uns zu konstatieren, wie wenig Aufmerksamkeit diesem Sektor geschenkt worden ist, was dem Prinzip widerspricht, nach dem die Landwirtschaft die Basis unserer Entwicklung ist.“²³

Es fehlen nicht nur einfache Produktionsmittel, vielmehr können sich die Bauern wegen des totalen Mangels an Konsumgütern kaum etwas für ihre Verkaufserlöse kaufen – beides wirkt gegen eine Überschußproduktion. Es wird versucht, den Austausch Stadt-Land wiederzubeleben. Die relativen Preise sollen korrigiert werden.²⁴

Die Bauern dürfen produzieren, was sie wollen, und verkaufen, an wen sie wollen – 90% der bäuerlichen Produktion werden auf dem „freien“ Markt abge-

setzt.²⁵ Die Bauernvereinigungen sollen verstärkt gefördert werden, sagt Präsident dos Santos.²⁶

Allerdings warf die mangelnde politische Sensibilität des Staatsapparates die Entwicklung der Genossenschaften zurück.²⁷ Die Umsetzung einer stärker die bäuerlichen Probleme und Interessen berücksichtigenden Politik stößt überhaupt auf Schwierigkeiten im Staatsapparat.

Nein der Bereitstellung von Beratungsdiensten, Krediten und Produktionsmitteln wird sich der Staat auch weiterhin in bestimmten Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion direkt engagieren – so beim Kaffee. Hier konnte nach Reorganisationen die Produktion erstmals seit Jahren leicht gesteigert werden (1973: 250.000 t, 1984: 24.000 t, 1985: 27.479 t).²⁸

Trotz dieser Reorientierung ist die Landwirtschaft noch sehr weit vom erklärten Ziel der Selbstversorgung entfernt. Die Getreideproduktion beträgt nur ungefähr 1/3 des Ertrags von 1973; wurden 1973 über 300.000 t Mais produziert, gelangten 1985 nur 20.000 t auf den Markt.²⁹

Das erklärt die großen Versorgungsschwierigkeiten. Verbesserungen auf diesem Gebiet zu erreichen, ist erklärtes Ziel der Partei.³⁰ Durch eine Reorganisation des Verteilungssystems, die noch vorangetrieben werden soll, gab es deutliche Fortschritte bei der Versorgung mit Lebensmitteln des Grundbedarfs.³¹

Für weitere Verbesserungen und eine Austrocknung der florierenden Candomba (Schwarzmarkt) wäre jedoch eine erhöhte Produktion sowohl von Konsumgütern als auch von Nahrungsmitteln nötig. Dies wird schon allein deswegen schwierig zu bewerkstelligen sein, weil der gesamte Produktionssektor sehr importabhängig ist. Der darniederliegende Austausch Stadt-Land beeinträchtigt seinerseits die Produktion.

Den sozialistischen Sektor behutsam erweitern

Die Importkapazität hängt entscheidend vom Produktions- und Preisniveau des Erdöls ab. Der Erdölsektor sei von strategischer Bedeutung, so der Bericht des ZK. Daher und aufgrund der Abhängigkeit von ausländischer Technologie und transnationalen Konzernen müsse die nationale Position, vor allem im Hinblick auf die Kontrolle der transnationalen Konzerne, gestärkt werden.³²

„Wir wissen in der Tat“, so Präsident dos Santos, „daß im Moment in unserem Land nicht die objektiven Bedingungen für die Nationalisierung der gesamten Wirtschaft bestehen und daß, solange wie es einen starken kapitalistischen Sektor in Angola gibt, für die Arbeiter die



Gefahr, ihre Errungenschaften zu verlieren, bestehen bleiben wird."

Man müsse „den sozialistischen Sektor der Wirtschaft verteidigen und immer mehr vergrößern, die Disziplin verstärken und die Organisation verbessern". Es sei nötig, „die Kader, die, obwohl sie kleinbürgerlicher Herkunft sind, ein patriotisches Bewußtsein und eine technische und berufliche Kompetenz beweisen, rationell zu nutzen". Es gebe aber auch kleinbürgerliche Elemente, die in korrupte Praktiken verwickelt seien und die das unkontrollierte Wachstum des Privatsektors förderten.³³

Bei der Verteidigung der Volksrevolution setzt die MPLA-PT, welche die führende Rolle im Staat innehat, auf das Bündnis von Arbeitern, Bauern und revolutionären Intellektuellen.³⁴ Die Arbeiter, so Präsident dos Santos, seien die Hauptkraft der Revolution.³⁵

Die Führung der MPLA rekrutiert sich vor allem aus dem Kleinbürgertum. 26,4% der 35.000 Parteimitglieder sind Arbeiter, 23% Bauern, 8,6% Landarbeiter und etwa 30% Kader, Intellektuelle, Techniker und Angestellte.³⁶ Ausdruck der Schwierigkeiten der Partei auf dem Land ist allerdings, daß nur 12 der 600 Parteitagsdelegierten Bauern waren.³⁷ Auch die Leitungsgremien der Partei wurden auf dem Kongreß neu gewählt. Seit der Unabhängigkeit haben sich in der Parteiführung erhebliche Änderungen ergeben. Das wird schon daran deutlich, daß von dem neugewählten 13köpfigen Politbüro (PB) nur Präsident José Eduardo dos Santos und Verteidigungsminister Pedro Maria Tonha „Pedalé" bereits auf der Interregionalen Kaderkonferenz der MPLA im September 1974 ins Politbüro gewählt worden waren.

Auch bei diesem Kongreß wurden mehrere historische Führungspersonen nicht wieder auf ihre bisherigen Posten gewählt. So ist Lúcio Lara, Gründungsmitglied der MPLA und langjähriger Organisationssekretär, nicht mehr im Politbüro (PB), blieb aber Vollmitglied des ZK. „Iko" Carreira, während des ersten Befreiungskrieges Kommandeur an der Cabinda- und Ostfront, 1975-80 Verteidigungsminister und derzeit Luftwaffenchef, und der langjährige Außenminister (bis 1984) Paulo Jorge sind nicht mehr Vollmitglieder, sondern nur noch alternierende Mitglieder des ZK. Auch die Guerillaveteranen Henrique dos Santos „Onambwe", zuletzt Industrieminister, und Ludy Kissassunda, Provinzkommissar in Malanje, verloren ihre Sitze im PB; letzterer ist jetzt einfaches Parteimitglied.

Neu in das PB wurden u.a. Außenminister Pedro van Dunem „Loy" und Alfonso van Dunem „Mbinda", bisher Ölminister und jetzt Minister für den

Produktionsbereich, sowie der ZK-Sekretär für Ideologie, Roberto de Almeida, gewählt.

Erstmals ist mit Maria Mambo Café eine Frau Mitglied dieses höchsten Parteigremiums, wenn auch nur als ergänzendes Mitglied. Außer ihr wurden sechs Frauen als Mitglieder in das 75 Vollmitglieder und 15 alternierende Mitglieder umfassende ZK gewählt. Das ist als Anerkennung der sehr aktiven Rolle der OMA im Prozeß der gesellschaftlichen Veränderung zu werten.

Die große Bedeutung der Armee für die Verteidigung der Unabhängigkeit kommt darin zum Ausdruck, daß 1/3 der ZK-Mitglieder Armeeinghörige sind.³⁸ Sowohl die Sach- als auch Personalentscheidungen des 2. Parteitags der MPLA-PT bedeuten Erneuerung in der Kontinuität. Für die Partei und die gesamte Bevölkerung gilt auch in der Zukunft: „A luta continua! Der Kampf geht weiter!"

Anmerkungen:

- 1) Afrique-Asie (AA), Paris, 10.2.1986
- 2) Jane's Defence Weekly, London, 11.1.1986
- 3) Expresso, Lissabon, 26.10.1985
- 4) ANGOP, Luanda, 10.12.1985
- 5) Vgl. cadernos do terceiro mundo (ctm), Lissabon, Januar 1985; AA, 2.12.1985
- 6) AA, 2.12.1985
- 7) Le Monde, Paris, 30.9.1985
- 8) AA, 16.12.1985
- 9) ANGOP, 13.12.1985; Expresso, 7.12.1985
- 10) Zahlen nach: AIB 11/1985, S. 5f.; Le Monde, 30.9.1985; Marchés Tropicaux, Paris, 4.10.1985
- 11) Vgl. H. Guerra, Angola. Estrutura económica e classes sociais, Lissabon 1979⁴, S. 22ff. und ctm, Januar 1985
- 12) Marchés Tropicaux, 4.10.1985
- 13) AA, 16.12.1985
- 14) ANGOP, 10.12.1985
- 15) ctm, November 1985
- 16) Ebenda
- 17) ANGOP, 14.11.1985
- 18) Vgl. West Africa, London, 5.8.1985; AA, 2.12.1985
- 19) Neues Deutschland, Berlin (DDR), 4.12.1985
- 20) AA, 10.2.1986
- 21) ctm, November 1985
- 22) Ebenda
- 23) AA, 16.12.1985
- 24) Ebenda, 10.2.1986
- 25) ctm, November 1985
- 26) ANGOP, 14.11.1985
- 27) Vgl. AA, 11.3.1985
- 28) Africa Economic Digest, London 15.6.1985; ANGOP, 19.8.1985
- 29) bfai-Marktinformation; Angola-Wirtschaftliche Entwicklung 1984/85, Köln 1985, S.3; ctm, November 1985; South, London, Februar 1986
- 30) ANGOP, 10.12.1985
- 31) ctm, August und November 1985
- 32) ANGOP, 13.12.1985
- 33) AA, 10.2.1986
- 34) Vgl. ANGOP, 10.12.1985
- 35) AA, 10.2.1986
- 36) AA, 16.12.1985
- 37) The Guardian (G), London, 9.12.1985
- 38) Zu den personellen Veränderungen vgl. Expresso, 13.12.1985; G, 16.12.1985; AA, 30.12.1985; ctm, Januar 1986; South, Februar 1986



Peter Südafrika P Vorposten

Im November 1985 feierte Angola den 10. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Aber es gab nicht nur Grund zur Freude. Denn genauso viele Jahre dauert nun schon der unerklärte Krieg, den Südafrika gegen Angola führt.

Das Kriegsabenteuer begann damals mit der ersten militärischen Niederlage für das weiße Rassistenregime. Vor 10 Jahren wäre dieser Sieg der Angolaner ohne die entscheidende Mithilfe kubanischer Truppen nicht möglich gewesen. Heute sind es angolische Soldaten, die die südafrikanischen Aggressoren im Zaum halten.

Obwohl die Kubaner nicht mehr aktiv am Kampf gegen Südafrikas Soldaten oder deren UNITA-Söldner beteiligt sind, sehen die Karten für Pretoria von Tag zu Tag schlechter aus.

Was die Landstreitkräfte betrifft, so ist Angola in der Zwischenzeit in der Lage, Südafrika Paroli zu bieten. Das Problem ist die noch bestehende Luftüberlegenheit Pretorias und die Verteidigung des langen Küstenstreifens. Dazu Iko Carreira, der Kommandant der angolischen Luftflotte: „Die Aggressionen zu Lande haben bereits ihre Grenzen erreicht... Wir müssen nun die Überlegenheit der südafrikanischen Luftwaffe brechen... Südafrika hat nicht mehr die ausschließliche Kontrolle des Luftraums... Sicher, sie haben mehr Flugzeuge, die sie teilweise selbst herstellen. Aber was die Qualität betrifft, sind unsere Flugzeuge in der Lage, mit den besten südafrikanischen zu konkurrieren..."¹

Gemeint sind die modernen MIG-23, deren Kampfkraft die südafrikanischen Impala und Mirage nicht gewachsen sind. Um die Ausführungen von Kommandant Iko Carreira zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß Angola bei einer Bevölkerung von 9 Mio fünf Mal so groß ist wie die Bundesrepublik.

Der südliche Teil Angolas, und besonders



rcia oli bieten! Angola

die Provinz Kuando Kubango, ist fast menschenleer. Es gibt dort so gut wie keine Infrastruktur. Die Provinzhauptstadt von Kuando Kubango, Menongue liegt 550 km von der Grenze Namibias entfernt und 500 km von Jamba, das heute noch von UNITA-Söldnern besetzt ist.

Die südlichsten Militärflughäfen Angolas liegen auf der Linie Menongue, Lubango (Huila) und Namibe (früher Moçamedes). Aus diesem Grund können die Südafrikaner, die an der namibischen Grenze zu Kuando Kubango 200 Kriegflugzeuge und -hubschrauber stationiert haben, schneller und massierter in die Kämpfe im südlichen Teil der Provinz eingreifen.

Als die Angolaner Ende September 1985 den 3. Verteidigungsring der UNITA bei Mavinga — nördlich von Jamba — erreichten, konnte nur der pausenlose Einsatz der südafrikanischen Luftwaffe ein weiteres Vorrücken auf Jamba vorerst verhindern. Trotzdem ist die Einnahme des UNITA-Hauptquartiers nur noch eine Frage der Zeit.

Die großen Erfolge der angolanischen Streitkräfte in den letzten beiden Jahren sind nicht zuletzt auch auf eine neuartige Verknüpfung der Formen konventioneller Kriegführung mit Elementen des Guerillakrieges zurückzuführen: Kleine, hochbewegliche Sondereinheiten der Regierungstruppen FAPLA haben den Südafrikanern und UNITA-Banden manches unerwartete Gefecht geliefert.²

Angola trägt unter den Frontstaaten des Südlichen Afrika die Hauptlast des Kampfes gegen das Rassistenregime in Pretoria. Tansanias Präsident Julius Nyerere charakterisierte diese Schlüsselrolle Angolas mit den Worten: „Der Widerstand Angolas gegen die südafrikanischen Aggressionen ist gleichermaßen die Verteidigung des ganzen Südlichen Afrika.“³

Dabei spielt nicht nur das beträchtliche militärische Verteidigungspotential des Landes eine wichtige Rolle. Angola ist eines der wenigen Länder der Dritten Welt, das aufgrund seines Reichtums an Naturschätzen einen solchen Verteidigungskrieg finanzieren kann, ohne auf den Ausbau seiner Wirtschaftskapazität verzichten zu müssen.

Natürlich beschneidet der enorm hohe Verteidigungshaushalt von fast 50% des Gesamtetats die Mittel, die Angola zur Lösung des internen Hauptproblems — der Schaffung einer ausgewogenen Agrarstruktur — zur Verfügung stellen kann. Noch immer ist keine Importunabhängigkeit bei der Ernährung der Bevölkerung erreicht worden und die Versorgungsprobleme dauern an.

Der Krieg Südafrikas gegen Angola geht somit nicht spurlos am Lebensstandard der Bevölkerung vorbei.

Auf dem 2. Kongreß der Regierungspartei des Landes, der Volksbewegung für die Befreiung Angolas — Partei der Arbeit (MPLA-PT), vom Dezember 1985 wurde die Losung ausgegeben: Absolute Priorität für alles, was der Verteidigung dient. Trotzdem bringt der Export seiner Naturschätze Erdöl, Diamanten, Kaffee usw. dem Land soviel an Erträgen, daß Angola eines der am wenigsten verschuldeten Länder der Dritten Welt ist.

Vorrang für die Verteidigung

Im Gegensatz zu manch anderem Entwicklungsland, das einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschritten hat, steht Angola von seinen Möglichkeiten her nicht vor dem Dilemma, die Armut sozialisieren zu müssen. All das bedeutet nicht nur, daß Angola unter den jetzigen Umständen den Verteidigungskrieg gegen Südafrika unbegrenzt lange führen kann, während Südafrika außenpolitisch immer mehr in die Isolierung gerät.

Es bedeutet auch, daß der sozialistische Entwicklungsweg Angolas zunehmend an Ausstrahlungskraft auf die Nachbarländer gewinnt — die unterdrückten Mehrheiten Südafrikas und Namibias miteingeschlossen. Der wirtschaftliche Reichtum Angolas, seine hohe Verteidigungskraft und die sozialistische Zielrichtung seiner Revolution — das sind die drei Faktoren, die zusammengenommen dem Land ein besonderes Gewicht im Kampf gegen das Apartheidregime verschaffen. Dieses Gewicht wird zunehmen, je mehr es Angola gelingt, sein wirtschaftliches Potential auszunutzen.

Alleine die Zahl der ausländischen Delegationen auf dem 2. Kongreß der MPLA-PT unterstrich die Bedeutung Angolas im Süden Afrikas: 54 Staaten und Befreiungsbewegungen waren vertreten.

In ihren Reden hoben die ausländischen Gäste die zentrale Bedeutung Angolas für die Stabilität der Region hervor. Präsident Eduardo dos Santos bekräftigte seinerseits die „Unterstützung Angolas für den gerechten Kampf der Völker Namibias und Südafrikas, geführt von der SWAPO und vom ANC“. Zur sozialistischen Zielrichtung der Politik sagt er: „Unsere Politik der nationalen Einheit gründet sich auf das Bündnis aller am Sieg des Sozialismus interessierten Klassen und Schichten.“⁴

Die 8. Ministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen fand im September 1985 in Luanda statt. Auch dort ließ Präsident dos Santos keinen Zweifel an den Prinzipien der angolanischen Außenpolitik: „Wir bieten unsere aktive Solidarität allen unterdrückten Völkern und nationalen Befreiungsbewegungen an und unterstützen ihren gerechten Kampf für die Eroberung der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit.“⁵

Angola tritt für eine Politik des Friedens, der nuklearen Abrüstung und der Einstellung des Reagan'schen Sternenkriegsprojektes ein. Neben einer neuen und gerechteren Weltwirtschaftsordnung befürwortet Angola die Streichung zumindest eines Teils der Schulden der Dritten Welt.

Nicht nur diese außenpolitischen Prinzipien sind den Reaktionären der westlichen Welt ein Dorn im Auge. Auch das Verhältnis Angolas zum sozialistischen Lager wird dem Land angekreidet — wo doch gerade die Beziehungen zur Sowjetunion seit dem Amtsantritt Gorbatschows noch herzlicher geworden sind. Als dos Santos die Sowjetunion um Teilschuldung bat, kam das o.K. von Gorbatschow bereits 3 Tage später. Während Angola in der Vergangenheit nur 15% des Fischfangs erhielt, den sowjetische Trawler vor der angolanischen Küste einbrachten, erhöhte Gorbatschow diese Quote auf 50%.

Rückhalt UdSSR, Kuba

Als das Regierungsoberhaupt der UdSSR erfuhr, daß die angolanische Luftwaffe in den letzten Monaten im Kampf mit Südafrika 11 Flugzeuge verloren hatte, wurde umgehend eine Flotte Antonow-Transporter mit 11 Ersatzflugzeugen an Bord losgeschickt.⁶

Engste Kontakte bestehen auch zu Kuba. Nachdem dos Santos Ende Oktober 1985 Kuba auf dem Rückflug von der UNO einen Besuch abgestattet hatte, charakterisierte Fidel Castro das Verhältnis Angola-Kuba gegenüber einem angolanischen Journalisten mit den Worten: „Unsere Beziehungen sind besser als je, enger als je, und wir sind einiger und stärker als je.“⁷

Angola strebt aber gute Beziehungen nicht nur zu den sozialistischen Ländern an. Vielfältige Kontakte bestehen zu Portugal, Italien und den skandinavischen Ländern. Auch die Beziehungen zu Brasilien und anderen kapitalistischen Ländern der Dritten Welt werden ständig ausgebaut.

Nur mit drei Ländern der Welt will das nicht gelingen: mit Israel, Südafrika und den USA. Israel stört sich an der Unterstützung Angolas für die Rechte der Palästinenser.

Rufe nach Wirtschaftsboykott

Südafrika träumt immer noch davon, eines Tages die MPLA-Regierung stürzen zu können. Dazu unterstützt Pretoria zum einen die UNITA-Banden. Zum anderen werden die südafrikanischen Streitkräfte immer wieder selber aktiv: Allein in den vergangenen 4 Jahren verletzten sie 4.000 mal die Grenzen und den Luftraum Angolas. In dieser Zahl inbegriffen sind 100 Invasionen zu Lande, 168 Luftangriffe und 4 Seelandungen.

Dabei verfolgen die Südafrikaner unterschiedliche Ziele. Zum Schutz der UNITA kämpften z.B. Ende September 1985 bei Mavinga mehrere südafrikanische Bataillone gegen reguläre angolische Truppen. Bei anderen Gelegenheiten werden Sabotagetrupps entsandt, um angolische Wirtschaftsobjekte zu zerstören. Und schließlich gehören auch

der Apartheid ein und fordert von den westlichen Ländern konkrete Maßnahmen in diesem Sinn, einen Wirtschaftsboykott eingeschlossen. Auf der anderen Seite versuchte Angola wiederholt, Südafrika im direkten Gespräch zur Beendigung des unerklärten Krieges zu bringen. Ein konkretes Ergebnis solcher Gespräche war die unter US-Vermittlung 1984 zustande gekommene Lusaka-Vereinbarung, die jedoch von Pretoria nicht eingehalten wurde.

Was bewegte die USA zu diesem Vermittlungsversuch?

Bis heute unterhält Washington keine diplomatischen Beziehungen zu Luanda, weil die USA nicht mit der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola einverstanden sind.

Trotzdem beschäftigte Angola wiederholt den US-Kongreß. Die Mitglieder des ultrakonservativen Flügels der Republikanischen Partei (conservative caucus) beantragten sogar einen Wirtschaftsboykott Angolas – natürlich bei gleichzeitiger Ablehnung einer solchen Maßnahme gegen Südafrika.

Das hat seinen guten Grund. US-Unternehmen tragen nicht unwesentlich zu den hohen Exporterlösen Angolas bei. Das Erdöl – mit 87% größter Devisenbringer – wird in Zusammenarbeit mit US-Konzernen (Gulf Oil) gefördert. Der weitaus größte Teil des angolischen Außenhandels wird mit den westlichen Industrieländern abgewickelt, einschließlich den USA.



Kampfgefährten und enge Verbündete Washingtons: J. Savimbi (r.) und Südafrikas Außenminister P. Botha

nicht, daß eine Regierung, die sie als „marxistisch“ betrachten und die im Krieg mit einem der engsten US-Verbündeten in der ganzen Welt liegt, auf diese Weise von US-Firmen unterstützt wird. Deshalb forderte Reagans Unterstaatssekretär Chester Crocker Ende Januar d.J. die Chevron (Gulf Oil) zur Einstellung ihrer Aktivitäten in Angola auf. Die Chevron lehnte nicht nur kategorisch ab, sondern warnte gleichzeitig den Kongreß vor Beschlüssen, die in Angola „amerikanisches Eigentum und das Leben von US-Bürgern gefährden“.⁹ Wohl weil hier US-amerikanische Wirtschaftsinteressen im Spiel sind, hat der Ruf nach einem Boykott bis heute kein Echo gefunden.

Tauziehen um UNITA-Hilfe

Dafür liegt dem Kongreß ein Antrag vor, der eine Finanzspritze von 27 Mio Dollar für die UNITA vorsieht.

Die Auseinandersetzung, die in den USA um diese Gelder geführt wird, erscheint auf den ersten Blick verwirrend. Ist es doch gerade Präsident Reagan, der den 27-Mio-Antrag nicht befürwortet. Seiner Meinung nach sind Geheimoperationen wirksamer und haben mehr Aussicht auf Erfolg, als der Vorschlag eines Teils der Kongreßmitglieder über eine offene Unterstützung.

Eine weitere Gruppe Abgeordneter in beiden Häusern lehnt sowohl eine finanzielle Unterstützung über die Geheimdienste als auch offizielle Hilfgelder ab. Da Savimbi Pretorias Mann ist, befürchten sie Nachteile für die US-Außenpolitik auf dem afrikanischen Kontinent. Im November 1985 sprachen sich deshalb 101 Kongreßabgeordnete gegen jede Art von konkreter Unterstützung für Savimbi aus.

Hinter ihnen steht der Flügel der US-amerikanischen Wirtschaft (u.a. David Rockefeller), der am Angola-Geschäft interessiert ist. Diese Abgeordneten fordern von der Regierung Reagan, daß sie ihre Unterstützung für die UNITA auf eine Rolle als Vermittler zwischen dieser Gruppierung und der MPLA-PT beschränkt.

Auch die Diplomaten der Reagan-Administration sehen bei einer offenen



Opfer eines UNITA-Massakers in Ula, Provinz Bengo

militärisch sinnlose Terrorangriffe dazu: So drangen Anfang Dezember 1985 zwei Bataillone der südafrikanischen Armee in die Cunene-Provinz ein und ermordeten 14 Angolaner.⁸

Nicht zuletzt auch wegen dieser Aggressionspolitik setzt sich Angola auf diplomatischem Wege für eine Abschaffung

Im Juli 1985 bekam Angola einen Kredit über 350 Mio US-Dollar für die Erschließung neuer Erdölfelder von einem Konsortium westlicher Großbanken. Diesen 15 Banken gehörten auch einige US-amerikanische an, darunter die staatliche Eximbank.

Den konservativen US-Politikern paßt es

Finanzhilfe für die UNITA nachteilige Auswirkungen auf die Afrikapolitik Washingtons. Deshalb möchten sie eine Stärkung der UNITA lieber im Verborgenen erreichen. Ihr Hauptmotiv ist die Schwächung der Regierung in Luanda und damit die Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses in Angola.

Die Gruppe der ultrakonservativen Kongreßabgeordneten (conservative caucus) wiederum verfolgt zwar die gleichen Ziele wie die Reagan-Administration, gibt aber einer Politik der offenen Unterstützung der Contras den Vorrang. Außerdem wollen sie so die Gefahr eines direkten militärischen Engagements besser unter Kontrolle halten.

Reagans „Staatsgast“ Savimbi

Auch über die Höhe der Hilfe an die UNITA besteht zwischen diesen beiden Gruppen Uneinigkeit.

Während die Abgeordneten des conservative caucus insgesamt 54 Mio Dollar nicht überschreiten wollen, fordern CIA, Pentagon und Reagan-Administration Untergrundgelder in Höhe von 300 Mio Dollar. Abgesehen davon kann Reagan jederzeit auf 15 Mio aus dem CIA-Reservefonds zurückgreifen – und zwar ohne Zustimmung durch den Kongreß.

Wie auch immer: Als Savimbi Ende Januar/Anfang Februar 1986 in Washington von Reagan mit den Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen wurde, war das für die UNITA nicht nur in politischer und propagandistischer Hinsicht ein großer Erfolg. Savimbi fuhr nach diesen 10 Tagen nicht mit leeren Händen weg. Reportern sagte er nach seinen Gesprächen mit dem US-Präsidenten: „Ich bin sehr zufrieden.“ Kurz zu-

vor hatte Reagan beide Kammern des US-Kongresses davon in Kenntnis gesetzt, daß er geheime Finanzhilfe leisten würde.¹⁰

Auch auf diplomatischer Ebene unterstützt Washington die UNITA. Am 28.9.1985 erklärte US-Unterstaatssekretär Chester Crocker: „Der Krieg (in Angola) endet erst dann, wenn Luanda sich bereit erklärt, eine Übereinkunft mit der UNITA zu treffen.“¹¹

Unmenschliche Alternative

Das war zur gleichen Zeit, als südafrikanische Bomber und Truppen die UNITA bei Mavinga gerade noch einmal vor der endgültigen Vernichtung bewahrten. Während seiner UNO-Rede im Oktober 1985 schlug Reagan in dieselbe Kerbe: Er forderte eine nationale Aussöhnung in Ländern wie Angola, Kambodscha, Afghanistan und Nicaragua.

Was er damit meinte, ist natürlich nur die „Aussöhnung“ mit den von Washington bezahlten und unterstützten Contra-Banden. Denn Reagan erwähnte mit keinem Wort Länder wie Namibia, Südafrika oder El Salvador, wo sich die bewaffnete Opposition nicht der Unterstützung der USA erfreut.

Der 2. Kongreß der MPLA-PT machte noch einmal aller Welt deutlich, daß Angola Verhandlungen irgendwelcher Art mit der UNITA kategorisch ablehnt. Die grausamen und menschenverachtenden Methoden dieser Gruppierung lassen der MPLA-PT keine andere Wahl (siehe auch AIB 11/1985).

Selbst die im allgemeinen sehr UNITA-freundliche Presse Südafrikas konnte die Wahrheit über die Savimbi-Truppe nicht mehr verschweigen: „Ihre Kader behan-

men sich äußerst schlecht, als sie die Kontrolle über Huambo hatten. Wenn ihre derzeitigen Methoden nur in irgendeiner Form als Indiz gelten können, dann wäre die UNITA eine unmenschliche Alternative zur MPLA-PT. UNITA-Strategen befürworten uneingeschränkte Angriffe auf Zivilisten und Geiselnahmen.“¹²

Trotz der vielfältigen Unterstützung der Reagan-Administration für die UNITA hat Angola seine prinzipielle Bereitschaft erklärt, die Gespräche mit den USA zur Lösung der Konflikte in der Region fortzusetzen. Diese Entscheidung beruht nicht zuletzt auf der Einschätzung, daß die wirtschaftliche und politische Führungsschicht der USA in der Angolafrage keine einheitliche Position vertritt.

Durch ihre Bereitschaft zum Dialog möchte die angolansische Regierung dazu beitragen, daß sich in den USA die Befürworter einer realistischeren Angolapolitik durchsetzen.

Anmerkungen:

- 1) Afrique-Asie (AA), Paris, Nr. 360/4.11.1986, S. 45-46. Übersetzung in: AIB 1-2/1986, S. 63f.
- 2) AA, Nr. 359/21.10.1985 und Cadernos do 3. Mundo (C3M), Lissabon, Nr. 11/1985
- 3) AA, Nr. 359/21.10.1985
- 4) AA, Nr. 363/16.12.1985 und 364/30.12.1985
- 5) C3M, Nr. 11/1985
- 6) AA, Nr. 364/30.12.1985
- 7) Granma, Havanna, 10.11.1985
- 8) AfricAsia, Paris, Nr. 25, Januar 1986 und Guardian, London, 16.12.1985
- 9) AA, Nr. 364/30.12.1985; C3M, Nr. 11/1985 und International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 30./31.1.1986
- 10) Times, London, 25.11.1985; Newsweek, New York, 12.2.1986 und IHT, 27.11.1985, 29.1. und 1./2.2.1986
- 11) AA, Nr. 359/21.10.1985
- 12) Weekly Mail, 29.11.1985

Ostermarschierer: AIB-Verkäufer gesucht !



4/1985: Rüstung im All Gefahren für die 3. Welt
28 Seiten, Preis 2 DM

Ostern werden wieder Zehntausende marschieren gegen Weltraummilitarisierung, Pershing 2 und Cruise Missiles, wider den Krieg gegen die Völker Südafrikas und Nikaraguas.

Wir wollen sie mit unseren Sonderheften zur Weltraummilitarisierung und der Dritten Welt sowie zu Südafrika informieren. Dazu brauchen wir die Hilfe unserer Leser. Bestellen Sie bitte rechtzeitig zu den Ostermärschen diese beiden Sonderhefte für den Freiverkauf. Damit helfen Sie unserer gemeinsamen Sache und Ihrer Gruppe. Ab 10 Exemplaren gewähren wir 33% Rabatt. Bei Abnahme von mindestens 20 Exemplaren schenken wir Ihnen eines der folgenden Bücher:

D. Engels/J. Scheffran/E. Sieker, Die Front im All, Köln 1984, prv, 256 S., 10 DM

K.P. Wolf, Tage, die wie Wunden brennen, Dortmund 1985, Weltkreis, 240 S., 14,80 DM

R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, Köln 1986, prv, 259 S., 14,80 DM

Benutzen Sie bitte den Bestell-Coupon auf S. 41.



1/1986: Südafrika Apartheid und Widerstand
40 Seiten, Preis 2,50 DM

Andrew Meldrum

Zimbabwe droht eine Invasion

Südafrika hat eine Serie von militärischen Aktionen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zum Vorwand genommen, Zimbabwe mit offener Aggression zu drohen. Droht dem Frontstaat das gleiche Schicksal wie Angola?

Unmittelbar nach der Rückkehr von seiner Reise in die Sowjetunion wies Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe ungehalten darauf hin, daß das benachbarte Südafrika Truppen entlang der Grenze zusammengezogen habe, um seinem Land mit einer Invasion zu drohen. Auf einer bei seiner Rückkehr aus der Sowjetunion und Österreich am 8. Dezember 1985 auf dem Flughafen abgehaltenen Pressekonferenz sagte Mugabe, er sei davon unterrichtet worden, daß Südafrika Kommandotruppen entlang des Grenzflusses Limpopo habe aufmarschieren lassen.

Seiner Ansicht nach habe Südafrika die jüngsten Explosionen von Landminen nahe der Grenze im nördlichen Transvaal als Vorwand benutzt, um Zimbabwe anzugreifen. Der südafrikanische Außenminister Roelof „Pik“ Botha hatte nach den Explosionen der Landminen mehrere drohende Stellungnahmen abgegeben.

Vorwand Minenexplosionen

Mugabe kam mit mehr als nur verbalen Vorwürfen gegen Südafrika aus Moskau zurück. Er berichtete, daß er die Möglichkeit sowjetischer Militärhilfe erörtert habe, die eingesetzt werden könnte, um der südafrikanischen „Aggression und Destabilisierungspolitik“ zu begegnen. Zwar scheint nach Angaben aus Regierungsquellen die Wahrscheinlichkeit eines unmittelbaren militärischen Vergeltungsschlages durch Südafrika geringer geworden zu sein. Doch hält man in diesen Kreisen Aktionen gegen Zimbabwe wie ein militärisches Vordringen über die Grenze oder einen Kommandoüberfall auf vermutete ANC-Quartiere in Harare, ähnlich dem Überfall auf Gaborone/Botswana im vergangenen Jahr, oder einen Angriff auf Zimbabwes Luftwaffenstützpunkte, wie die Sabotageaktion gegen den Thornhill-Luftstützpunkt in Zimbabwe im Jahre 1982, weiterhin für möglich. Die „Wortgefechte“ zwischen Südafrika und Zimbabwe ver-

weisen auf neue, unheilvolle Spannungen in dieser Region, die in einem bewaffneten Konflikt enden könnten.

Experten hier haben schon vor langer Zeit vorausgesagt, daß mit dem Anwachsen des Widerstandes gegen die Apartheid in Südafrika der Kampf die ganze Region erfassen wird. Die neuen bedrohlichen Töne aus Südafrika zeigen, wie eine solche regionale Feuersbrunst entstehen könnte. Auch wenn Militärs aus Zimbabwe und Südafrika regelmäßig zusammentreffen, um Grenzprobleme zu besprechen, so könnten doch andere Zwänge einen Konflikt heraufbeschwören.

Da sich die Regierung in Pretoria in zunehmenden Maße durch die Gewalt in den schwarzen Vorstädten, die Wirtschaftskrise und die sich häufenden Sabotageakte in die Enge getrieben sieht, wird sie Sündenböcke außerhalb ihres Landes suchen. Bothas Drohungen werden als vertrauensbildende Maßnahmen angesehen, die sich an die besorgten weißen Farmer in der Grenzregion von Transvaal richten.

Die Probleme begannen Ende November 1985, als in der Nähe der im nördlichen Transvaal an der Grenze zu Zimbabwe gelegenen Kupferminenstadt Messina fünf Landminen explodierten. Bei einer Explosion am 27.11.1985 kam ein schwarzer Farmarbeiter ums Leben, und vier Soldaten erlitten Verletzungen, als ihr Fahrzeug am gleichen Tag auf eine Mine fuhr.

Ein Polizeiwagen brachte ebenfalls an

Geht Zimbabwes Armee schweren Zeiten entgegen?



diesem Tag eine Landmine zur Explosion, doch wurden keine Verletzten gemeldet. Am Tag zuvor war ein schwarzer Lastwagenfahrer durch eine Mine schwer verletzt worden, und bei einer weiteren Minenexplosion wurde der Wagen eines weißen Farmers zerstört, der Mann selbst blieb jedoch unverletzt.

Der Südafrikanische Außenminister Botha verlor keine Zeit, Zimbabwe für die Welle der Explosionen verantwortlich zu machen. Er behauptete, „Ortsansässige“ hätten gesehen, wie drei Männer durch den Limpopo-Fluß von Zimbabwe herübergekommen und am nächsten Morgen wieder zurückgegangen seien. Botha sagte, er halte die drei Männer für Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und fügte hinzu, daß „die Möglichkeit besteht, daß die gleiche Gruppe für alle (Landminen-) Zwischenfälle verantwortlich ist“. Die Landminen waren tschechoslowakischer Herkunft, behauptete er.

Dann forderte Botha Zimbabwe auf, sicherzustellen, daß sein Territorium nicht zur „Planung und Ausführung von Gewalttaten“ gegen Südafrika benutzt würde. „Es müssen umgehend Schritte unternommen werden“, sagte er, „um zu gewährleisten, daß es zu keinen weiteren Zwischenfällen dieser Art kommt. Andernfalls wird den südafrikanischen Sicherheitskräften keine andere Wahl bleiben, als die Spuren selbst zu verfolgen.“

Die Spuren selbst verfolgen

Bothas krieglerische Äußerungen wurden vom südafrikanischen Staatspräsidenten P.W. Botha, dem staatlichen Rundfunk sowie von Verteidigungsminister Magnus Malan bekräftigt. Letzterer sagte, die südafrikanische Armee würde „gegen Terroristen vorgehen, wo immer sie sich verstecken, auch in anderen Ländern wie Zimbabwe“.

Der ANC hat die Verantwortung für die Landminenexplosionen übernommen, ebenso für den fehlgeschlagenen Raketenangriff auf eine Kohleverflüssigungsanlage nahe der Stadt Secunda im östlichen Transvaal. In einer Erklärung seines Hauptquartiers, das sich in Lusaka/Sambia im Exil befindet, bezeichnete der ANC die Angriffe als Teil einer „umfassenden Eskalierung des politischen und militärischen Kampfes gegen das südafrikanische Rassistenregime“.

Der ANC bestritt jedoch die Behauptung Südafrikas, daß seine Guerillakämpfer aus Zimbabwe kämen und sich wieder dorthin zurückzögen. Die Einheiten seines militärischen Flügels Umkhonto we Sizwe („Speer der Nation“), so der ANC, „sind innerhalb Südafrikas stationiert und werden – entgegen den böswilligen

Behauptungen des Botha-Regimes – weder aus Zimbabwe noch aus einem anderen unabhängigen afrikanischen Land im Südlichen Afrika eingeschleust“. Der ANC wies auch darauf hin, daß es „unwiderlegbare Beweise dafür gibt, daß die südafrikanischen Streitkräfte ihre Truppen in den letzten Wochen an der Grenze zu Zimbabwe verstärkt haben, ...daß das südafrikanische Regime offenkundig seine verbrecherische Politik der Destabilisierung der unabhängigen afrikanischen Staaten im Südlichen Afrika fortsetzt“.

Wie *AfricaAsia* aus ANC-Kreisen mitgeteilt wurde, sind die Landminenexplosionen kennzeichnend für eine neue Strategie.

Bis dahin war der ANC bemüht gewesen, Sabotageaktionen zu vermeiden, die Opfer unter der Zivilbevölkerung hätten fordern können, und hatte seine Anschläge hauptsächlich gegen Strommasten und Eisenbahnlinien gerichtet.

Ein 2,5 m hoher Zaun

Bei seiner Konsultativkonferenz in Sambia im Juni 1985 (siehe AIB-Sonderheft 1/1986; d. Red.) hatte die Befreiungsbewegung jedoch beschlossen, den bewaffneten Kampf zu eskalieren, und entschieden, daß Opfer unter der Zivilbevölkerung zwar bedauerlich, aber unvermeidbar sind. „Landminen sind nicht präzise und können leicht zivile Todesopfer fordern“, sagte ein ANC-Funktionär, „doch sind sie in Gebieten mit Truppenbewegungen wirkungsvoll, wie diese Explosionen gezeigt haben.“ Nach den Zwischenfällen mit den Landminen kündigte der südafrikanische Minister für Recht und Ordnung, Louis le Grange, an, daß die südafrikanische Polizei, die an der Grenze zu Zimbabwe patrouillierte, durch Soldaten ersetzt werden sollte. Die Polizei würde in die von ständigen Unruhen geschüttelten schwarzen Vorstädte Südafrikas geschickt werden, sagte Le Grange.

Man hofft, daß die Anwesenheit von Soldaten die weißen Farmer im Gebiet von Messina beruhigen wird, die eine Ausweitung der Gewalt befürchten. Die südafrikanische Regierung ließ im vergangenen Jahr entlang der Grenze zu Zimbabwe einen 200 km langen, 2,5 m hohen, unter Hochspannung stehenden Zaun errichten, um ein Eindringen von Guerillakämpfern zu verhindern. Doch nach Aussage westlicher Diplomaten in Harare gibt es in Zimbabwe keinerlei Anzeichen für das Vorhandensein von ANC-Guerillalagern. Die zunehmende Sabotage, insbesondere das verstärkte Auftauchen von Waffen wie Gewehre und Granaten in den Townships weist, so sagen sie, darauf hin, daß die ANC-Einhei-

ten von Stützpunkten innerhalb Südafrikas aus operieren und nicht über die Grenze kommen und gehen.

Zimbabwes Minister für Sicherheit, Emmerson Munangagwa, wiederholte, daß Zimbabwe nicht „als Sprungbrett gegen irgendein Nachbarland verwendet“ würde. Er führte aus, daß Zimbabwes Hilfe für die Befreiungsbewegungen über das Befreiungskomitee der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) laufe.

Mugabe sichert Außenhilfe

Munangagwa sieht in dem Bemühen, Zimbabwe die Schuld zuzuschreiben, bloß den Versuch Pretorias, die Aufmerksamkeit von „den Kämpfen, die die eigene schwarze Bevölkerung gegen die Apartheid in Gang gesetzt hat“, abzulenken.

Er erhob den Gegenwurf, daß südafrikanische Soldaten und Farmer in den vergangenen 3 Jahren zehnmal die Grenze Zimbabwes widerrechtlich überschritten hätten. Außerdem wies er darauf hin, daß Südafrika bereits regierungsfeindliche Rebellen in Zimbabwe unterstütze. Die Außenminister der sechs Frontstaaten, die sich zur Zeit der südafrikanischen Drohungen in Zimbabwe trafen, verurteilten Südafrikas „Drohung, in Zimbabwe einzumarschieren, aufs Schärfste“.

Auch der Präsident Zimbabwes, Canaan Banana, kritisierte Südafrika in seiner Eröffnungsrede anlässlich der Dringlichkeitssitzung des Weltkirchenrates Anfang Dezember 1985 in Harare. „In dem Maße, in dem der innere und äußere Druck wächst, führt das berüchtigte Regime in Pretoria aus Verzweiflung verstärkte Destabilisierungsmaßnahmen gegen Nachbarländer durch, nimmt es eine rohe militaristische Haltung an“, sagte Präsident Banana, ein methodistischer Geistlicher.

„Die jüngste grundlose öffentliche Warnung, die Südafrika an meine Regierung richtete, ist ein Hinweis auf die gefährlichen Absichten jenes Landes, die grenzüberschreitende Gewalt zu eskalieren und hochentwickelte Waffen einzusetzen. Wir in den Frontstaaten müssen uns auf das Schlimmste gefaßt machen... In Angola und Moçambique herrscht schon Krieg, Lesotho und Zimbabwe droht er.“

Präsident Banana fuhr fort: „Der Militärapparat der Südafrikaner wird durch Technologie, finanzielle Mittel und Industrieunternehmen aus dem Westen in Gang und am Leben erhalten. Entzögen westliche Staaten Südafrika ihre wirtschaftliche Unterstützung, bräche das Apartheidregime sehr schnell zusammen... Afrika wird nie vergessen, daß Südafrikas grenzüberschreitende Gewalt

und Destabilisierung während Präsident Reagans Amtszeit dramatisch zugenommen haben.“

Die Versammlung des Weltkirchenrates, auf der Zimbabwes klare Ablehnung der Apartheid deutlich sichtbar wurde, war genau die Art von Ereignis, die Pretoria in Rage bringen mußte.

Südafrikanische Delegierte, unter ihnen Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, drängten die Delegierten aus Europa und den USA zur Annahme einer scharf formulierten Erklärung, in der alle Kirchen aufgerufen wurden, verbindliche Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu fordern und die im Kampf gegen das Apartheidssystem stehenden Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Auf dem Kirchenkongreß waren auch Vertreter des ANC anwesend. Eine Gruppe von 10 weißen südafrikanischen Studenten traf mit der ANC-Delegation zusammen, was die südafrikanische Regierung besonders geärgert haben muß. Denn 1 Monat zuvor hatte sie ein ähnliches Treffen dadurch verhindert, daß sie einigen Studenten, die in Sambia Gespräche mit der Befreiungsbewegung führen wollten, die Pässe entzog.

Da Harare ein Forum für derartige Anti-Apartheid-Aktivitäten geworden ist, hat Premierminister Robert Mugabe auch die Unterstützung für den Fall einer Aggression aus Pretoria abgesichert.

Mugabes Kurzbesuch in Moskau war die erste Reise des Führers Zimbabwes in die Sowjetunion. Bekanntlich hatte er den Sowjets wegen der Unterstützung, die sie während des Krieges zur Beendigung der weißen Minderheits Herrschaft in Rhodesien der rivalisierenden ZAPU-Partei Joshua Nkomos gewährt hatte, die kalte Schulter gezeigt. Diese Differenzen sind offensichtlich beigelegt worden.

Gleichzeitig hält die Regierung Mugabe fast an freundschaftlichen, wenn auch manchmal gespannten Beziehungen zu den Regierungen Thatcher und Reagan. „Mugabe hat sorgfältig vermieden, Zimbabwe, ähnlich wie Angola und Moçambique, isoliert vom Westen ins marxistische Lager einzubringen. Als diese Länder von Südafrika angegriffen wurden, nun ja, da war im Westen niemand sonderlich beunruhigt deswegen“, sagte ein westlicher Diplomat. „Zimbabwe befindet sich in einer anderen Situation, und ich glaube, der Westen wäre aufgebracht und würde etwas unternehmen, falls Pretoria dieses Land offen angriffe.“

Ob dies stimmt oder nicht, es ist etwas, das Südafrika in seine Überlegungen wird einbeziehen müssen, ehe es sich in Zimbabwe auf ein ähnliches Abenteuer einläßt wie in Angola.

(Quelle: *AfricaAsia*, Paris, Nr. 25, Januar 1986, S. 14-15)

Nico Biver

Die Entsolidarisierungskampagne



Verwirklichung von sozialen Menschenrechten: Bauern nehmen Besitztitel für Land entgegen

In christlichen Organisationen, in der Friedensbewegung, in der SPD, bei den Grünen und anderen Linkskräften ist die Unterstützung für Nicaragua nach wie vor groß. Vor allem auf örtlicher Ebene wirken breite Bündnisse, die für Partnerschaften mit nikaraguanischen Städten kämpfen und zunehmend Erfolg haben. Vor allem diese Institutionalisierung der Solidarität, die auch auf Länderebene Chancen auf Verwirklichung hat (Hessen, Hamburg), ist den CDU-Oberen ein Dorn im Auge.

Um in diese breite Antiinterventionsfront einzubrechen, instrumentalisierte die CDU das Thema Menschenrechte. Damit es sich jedoch nicht als eine stumpfe Waffe erweist, muß es nur unter bestimmten Voraussetzungen eingesetzt werden.

Die Milde der Sandinistas gegenüber den Folterern und Massenmördern der Diktatur und der Contra sowie die jetzige Kriegssituation müssen aus dem Bewußtsein verschwinden. Als Menschenrechte gelten nur politische Freiheiten. Und die CDU muß vorgeben, überall auf der Welt für die Menschenrechte einzutreten.

In die Vergessenheit geraten soll die Tatsache, daß es die sandinistische Führung nach dem Sturz der Diktatur abgelehnt hatte, selbst die höchsten Verantwortlichen der Diktatur dem Volkszorn zu überlassen oder sie vor Gericht zum Tode zu verurteilen – ein weltweit einzigartiger Vorgang, wenn man sich andere Revolutionen und Umstürze betrachtet.

Man ließ Milde walten, schaffte die Todesstrafe ab und versuchte die Somozisten umzuerziehen.

Auch heute noch lassen sich unzählige Fälle anführen, wo die Regierung Gnade vor Recht ergehen läßt. Dazu gehört etwa die 1984 verkündete Amnestie für Contras, die ihre Waffen niederlegen oder der Verzicht auf die Aburteilung von Oppositionellen, die nachweislich gegen geltende Gesetze verstoßen haben. Statt den Ausnahmezustand an sich müßte man eher seine zurückhaltende Anwendung kritisieren.

In keinem Land, das sich im Krieg befindet, hat man den offenen und verdeckten Unterstützern des Kriegsgegners eine solche Handlungsfreiheit gelassen. Um sich das Ausmaß des Krieges zu verdeutlichen, sollte man einmal bundesdeut-

„Die Berichterstattung über Nicaragua in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa ist nach Auffassung vieler Beobachter einseitig, verschweigt Fakten oder verfälscht sie.“¹ Diesem Resümee des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler kann nicht widersprochen werden, wenn man sich die Berichterstattung über Nicaragua in den konservativen und auch zunehmend in weniger rechtsstehenden Medien betrachtet.

Daß Geißler jedoch auf dem Bonner „Nicaragua-Report“, einer Art Tribunal der CDU vom 29.10.1985; nicht das Nachbeten von Verlautbarungen der Reagan-Administration meinte, verdeutlichte er im anschließenden Satz: „Nicaragua wird von der Kommunistischen Internationale und auch von der Sozialistischen Internationale instrumentalisiert zu einem Kampfobjekt gegen die Vereinigten Staaten.“²

Was Geißler und seine Parteifreunde stört, ist die Tatsache, daß die hiesigen Medien noch immer nicht vollständig auf einen antisandinistischen Kurs eingeschwenkt sind, und daß den nikaraguanischen Contras noch immer nicht die gleiche Zuneigung zuteil wird wie den „Freiheitskämpfern“ Afghanistans oder der „Solidarnosc“ in Polen.

Durch die Streichung der Entwicklungs-

hilfe für Nicaragua hat die Rechtskoalition Kohl/Genscher bereits einen gewichtigen Beitrag zur Unterstützung der US-Aggression geleistet. Jedoch ist nach wie vor nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Westeuropa die Ablehnung einer direkten US-Invasion bestimmend, bleibt die Sympathie für die sandinistische Revolution groß.

Noch immer ist es nicht gelungen, die Medien dazu zu bewegen vollkommen die Tatsachen zu ignorieren. Nicaragua-Solidaritätsgruppen sind weiterhin aktiv.

CDU-Generalsekretär Geißler



sche Größenordnungen anwenden, wie es Karl-Heinz Hansen von den Demokratischen Sozialisten getan hat: „Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik“ entspricht die Anzahl der Contras „etwa 350.000 Ex-SS und SA-Gardisten, die Häfen verminen, Autobahnbrücken sprengen, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser überfallen und etwa 70.000 bundesdeutsche Menschen, bevorzugt Mitglieder der großen Parteien foltern und umbringen. Müßten wir Demokraten nicht schnell den Notstand, nein den 'Verteidigungsfall' verkünden?“³

Von solchen Vergleichen muß die CDU natürlich absehen, will sie nicht vollkommen unglaubwürdig werden.

Um ihrer Menschenrechtskampagne überhaupt eine gewisse Durchschlagskraft zu geben, beschränkt sie sich in ihren Anklagen auf einige ausgewählte Rechte. Von der UNO anerkannte Völkerrechte, wie das Recht auf Selbstbestimmung und Nichteinmischung, die von den USA permanent verletzt werden, spielen für die CDU ebensowenig eine Rolle wie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte, die die Menschen in Nicaragua durch die Revolution erungen haben. Es bleiben einige politische und individuelle Freiheiten, die in der Tat für eine kleine Minderheit der Bevölkerung eingeschränkt werden, gerade um zu verhindern, daß die vorhergenannten Rechte wieder durch eine Konterrevolution rückgängig gemacht werden.

Doch beläßt es die CDU nicht nur dabei, die tatsächliche Einschränkung dieser Freiheiten (etwa durch die Pressezensur) zu kritisieren, sondern sie dichtet noch einige – etwa die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit durch Folter und Mord – dazu.

Nicht einäugig?

Um die Glaubwürdigkeit dieser Kampagne zu erhöhen, gibt die CDU vor, nicht nur einäugig – entsprechend den Schwerpunktsetzungen der Reagan-Administration – Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua, Afghanistan, Kuba oder der Sowjetunion zu kritisieren, sondern sich gleichzeitig gegen rechte Diktaturen zu wenden. Darunter fallen zwar nicht die nikaraguanischen Contras, das salvadorianische Völkermordregime oder die Türkei, aber immerhin Länder wie Chile und Südafrika.

Doch auch hier kommt man den USA nicht in die Quere. Die Abneigung gegen das Pinochet-Regime hat man auch erst entdeckt, seit die USA darangingen, Druck auf die Diktatur auszuüben, um nach den Muster von Haiti und den Philippinen einen reibungslosen Macht-

wechsel an die bürgerlichen Parteien einzuleiten und einem revolutionären Umsturz zuvorzukommen.

Ähnlich ist auch der Fall Südafrika gelagert, wo Geißler im Gegensatz zu Staaten wie „Chile, Nicaragua, Kuba, (der) Sowjetunion und Afghanistan“ „Bestrebungen im Gange“ sieht, „zu mehr politischen Rechten der schwarzen Bevölkerung zu kommen“.⁴

Im Gegensatz zu Afghanistan lehnte er

am 20.2.1986 im Beisein des führenden schwarzen Kollaborateurs Gatscha Buthelezi Gewalt zur Änderung der Verhältnisse ab und sicherte diesem die Unterstützung seiner Partei zu. Die Forderungen Geißlers an das Apartheidregime nach Abschaffung der Paßgesetze, des Ausnahmezustands, der Zwangsumsiedlungen und nach der „langfristigen“ Einführung des gleichen Wahlrechts decken sich größtenteils mit den Bekundungen des

Originalton Geißler

Die Probleme der Bundesrepublik Deutschland liegen auf der Hand: Mehr Beschäftigung, Sicherung der Renten, wirtschaftliches Wachstum, Ausbau moderner Technologien, Schutz der Umwelt, Abrüstung. Da fragen sich viele, wieso die Christlich Demokratische Union dazu kommt, ausgerechnet das Thema Nicaragua in einem eintägigen Report zu erörtern und zu behandeln. Nicaragua liegt 7000 km von Deutschland entfernt. Dazu will ich folgendes antworten:

1. Die Christlich Demokratische Union tritt für den Schutz der Menschenrechte überall auf der Welt ein. Wir setzen uns ein für politische Freiheiten, soziale Gerechtigkeit und für die Menschenrechte in der Sowjetunion wie auch in Südafrika, in Chile wie in Nicaragua und Kuba.
2. Nicht die Machthaber in Nicaragua sollen heute zu Wort kommen, sondern die Verfolgten. Die Unterdrückten sollen ein internationales Forum für eine objektive Information erhalten.
3. Die Unterdrückten und Verfolgten in Nicaragua brauchen internationale Solidarität und Schutz vor Willkür und Repressalien.
4. Die Mauer des Schweigens und der Verfälschung in der internationalen Publizistik muß durchbrochen werden.
5. Die Unterstützung des sandinistischen Regimes durch Kuba und durch die Sozialistische Internationale muß beendet werden.
6. Der Prozeß der Demokratisierung und der sozialen Reformen durch die politischen Kräfte der Mitte muß in ganz Zentralamerika unterstützt und gekräftigt werden.
7. Die Weltöffentlichkeit muß sich bewußt werden, daß Nicaragua und Kuba die zentralamerikanische Region destabilisieren und den Demokratisierungsprozeß bewußt behindern.

Was die Informationspolitik angeht hat man den Eindruck, man stehe einer geheimnisvollen Macht gegenüber. In Wirklichkeit handelt es sich um einen beeindruckenden Propagandaapparat, der raffinierte Lügenmeldungen erfindet und dem es immer wieder gelingt, sie über die Presseagenturen in die Zeitungen zu bringen. Die Wirkungen auf europäische Intellektuelle, Journalisten, Kirchenvertreter und Studenten sind enorm. In Nicaragua wiederholt sich heute ein Vorgang, der zum ersten Mal in den Jahren nach der sogenannten Oktober-Revolution in Rußland beobachtet werden konnte: Sozialistische Intellektuelle reisen in ihr „gelobtes Land“, finden, daß dort alles zum Besten steht, reisen dann wieder ab und verkünden ihre frohe Botschaft denjenigen Genossen, die zu Hause bleiben mußten. Diese „fellow travellers“ in Sachen Sozialismus sind nicht daran interessiert, wahrheitsgemäße und sachlich zutreffende Informationen weiterzugeben; Die Linke will und braucht Idole. Sie nimmt nur solche Fakten zur Kenntnis, die in ihr Weltbild passen; Tatsachen, die das Bild des jeweils gelobten Landes verdunkeln könnten, werden nicht gesehen, oder aber so interpretiert, daß die Schuld an Mißständen keinesfalls den jeweiligen sozialistischen Machthabern anzulasten ist. Schuldig sind immer die anderen, schuldig ist der noch immer nicht ganz überwundene Kapitalismus, schuldig sind die Gegner des Sozialismus. Die Idolfunktion für die Linke hat heute das sandinistische Regime in Nicaragua.

In Mittelamerika findet eine politische Auseinandersetzung statt über den richtigen Weg. Deshalb ist die Entwicklung in Nicaragua als Gegenbeispiel zu der Entwicklung in El Salvador von großer Bedeutung. Die Christlich Demokratische Union will einen Beitrag dazu leisten, daß auch in Nicaragua mit friedlichen Mitteln der demokratische Weg der Mitte sich durchsetzt. Sie unterstützt daher alle demokratischen Kräfte in Nicaragua. Ob sich dieser Weg durchsetzt, hängt auch von der internationalen Unterstützung ab und von der publizistischen Hilfe, die die Demokraten in dieser Region erhalten.

In einem Pressedienst wurde die Frage gestellt, warum wir für den Nicaragua-Report nicht den FSLN, die Partei der Sandinisten, eingeladen haben. Darauf gibt es eine einfache Antwort. Das sandinistische Regime beherrscht mit seinem Propaganda-Apparat, dank der tatkräftigen Mithilfe der Sozialistischen Internationale, die internationale Berichterstattung über Nicaragua. Wir schaffen eine internationale Plattform für diejenigen, deren Meinung in ihrem eigenen Land unterdrückt wird, deren Äußerungen zensuriert werden, die verhaftet und wegen ihrer politischen Gesinnung oder wegen ihrer Glaubensüberzeugung unterdrückt werden und die gleichzeitig nicht die Hilfe großer internationaler Institutionen beanspruchen, die nicht das große Geld der Sozialistischen Internationale haben und die nicht über die ideologisch-fanatische Unterstützung hunderter Solidaritätskomitees verfügen.

(Quelle: Nicaragua-Report. Wie frei ist Nicaragua? Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle, o.O., o.D., S. 5-8)

Originalton Klose und Rosen

Bewertung

a) Nicaragua läßt sich beschreiben als ein Land mit einer gebremsten oder stekengehaltenen Revolution. Dies gilt in zweifachem Sinne:

— von innen betrachtet, weil die Revolutionsbewegung ihre selbstgesetzten Ziele — Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Wahrung der Menschenrechte, Demokratie — nach eigenem Bekenntnis noch nicht erfüllt hat.

— von außen, weil die Gegner der Sandinistas das vermutete weiterreichende Ziel — nach ihrer Lesart den marxistisch-leninistischen Totalitarismus — durch einen Krieg meinen verhindern zu müssen.

Die Sandinisten argumentieren, die USA und die von ihnen finanzierten Contras wollten sie daran hindern, die Revolution im Interesse des Volkes zu verwirklichen. Die USA argumentieren, weil es die Contras gebe, könnten sie die Entwicklung zum Schlimmeren verhindern und sogar rückgängig machen.

Die Schwierigkeit einer wenige Tage dauernden Mission liegt darin, daß es kaum gelingen wird, die „Wahrheit“ herauszufinden. Die Gesprächspartner bei der Regierung oder bei der FSLN, so hochrangig sie sein mögen, werden ihre wirkliche Meinung gegenüber den ihnen Unbekannten kaum enthüllen; in einigen Gesprächen hatten wir den Eindruck, „propagandistisch für dumm verkauft zu werden“. Es ist daher nötig, unter Verwendung vorliegender Berichte und durch Hinzufügung der wenigen vor Ort gewonnenen Eindrücke ein eigenes Bild zu zeichnen.

Dabei sind wir uns der Schwierigkeit bewußt, eine polarisierte Diskussion zu beeinflussen. Das Nicaragua-Bild ist einerseits von Idealvorstellungen, andererseits von Feindbildern geprägt. Wer in dieser Situation über seinen Eindruck von Nicaragua berichtet, läuft daher stets Gefahr, wegen seiner Beobachtungen (so oder so) gescholten zu werden.

b) Die außerordentlich schwierige Lage Nicaraguas läßt sich zu einem Teil aus der Kriegssituation heraus erklären und auch rechtfertigen; dies aber nur zu einem Teil.

Richtig ist, daß Teile der Opposition in Nicaragua die Contras mehr oder weniger offen unterstützen. Dies gilt — nach den Positionen, die wir von dem Vertreter der katholischen Kirche zu hören bekamen — leider auch für Teile der (oder die) Kirche. Es mag in gleicher Weise auch für politische Parteien oder Gewerkschaften gelten.

Wir wissen es nicht, da wir naturgemäß nur Ausschnitte des politischen Spektrums Nicaraguas kennengelernt haben. Unser Eindruck ist aber, daß die der Regierung oder dem System feindlichen Gruppen sehr viel kleiner sind als das, was als regierungsfeindlich präsentiert wird.

c) für die Deutung der US-Administration könnten folgende Argumente ins Feld geführt werden (— wobei ausdrücklich darauf hingewiesen werden muß, daß keines dieser Argumente, auch wenn es richtig wäre, die amerikanische Interventionspolitik rechtfertigt):

— Die Opposition in Parteien und Gewerkschaften, aber auch in der Kirche wird einem durch die Sicherheitslage in diesem Umfang nicht gerechtfertigten Druck ausgesetzt. Es finden Aktionen statt, die die Opposition als Staatsfeind, nicht aber als Teil des nicaraguanischen Volkes erscheinen lassen.

— Versuche, die nicaraguanische Gesellschaft auf ein Einheitsystem hin zu organisieren, gibt es insbesondere im Bereich der organisierten Arbeitnehmerschaft. Die Arbeit der nichtsandinistischen Gewerkschaften ist nicht gesichert/wird behindert. Ziel ist nach unserem Eindruck die von der FSLN geführte Einheitsgewerkschaft.



Folgerungen für die SPD

a) Es hat für die SPD nie einen begründeten Zweifel an der Unterstützung der sandinistischen Revolution des Jahres 1979 gegeben:

— Es war die Revolution eines ganzen Volkes gegen jahrhundertlange Unterdrückung, gegen wechselnde Diktaturen, zuletzt gegen die das Land beherrschende Somoza-Diktatur, die lange Zeit durch die kontinentale Vormacht USA unterstützt (zumindest unbehelligt geduldet) wurde (— was die heutigen Hinweise der US-Administration auf die Menschenrechtslage in Nicaragua nicht eben glaubwürdig macht).

— Die Revolution mit den ursprünglichen Revolutionszielen war das Modell für die Überwindung politischer und sozialer Konflikte in einer Region, die seit Jahrzehnten nach dem eigenen Weg aus der Krise — unabhängig von den großen Blöcken — sucht.

b) Die theoretische Basis der Revolution war und ist nach eigenen Aussagen aus dem Kreise der Commandantes beeinflusst durch die Theorie des Marxismus-Leninismus (s. dazu z. B. das lesenswerte Buch von Omar Cabezas: Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera, Berlin 1985). Es ist kein sozialdemokratischer Weg, der in Nicaragua beschritten wird. Es ist aber auch kein orthodox-kommunistischer Weg (noch nicht). Ob es einer wird, hängt auch von der „Außenreaktion“ ab: von dem Verhalten Washingtons, Westeuropas, von unserem Verhalten.

Für die SPD sollte daher weiterhin folgende Linie gelten:

1. Deutliche Frontstellung gegen die Interventionspolitik der US-Administration.
2. Unterstützung für die sandinistische Revolution mit den ursprünglichen Revolutionszielen.
3. Entwicklungszusammenarbeit, um bei der Realisierung der Revolutionsziele zu helfen.
4. Kritischer Dialog mit der FSLN über die Einhaltung der ursprünglichen Revolutionsziele.
5. Deutliche Kritik bei Menschenrechtsverletzungen (ohne falsche Rücksichtnahme).

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 22.2.1986)

Regimes und bleiben noch hinter den Forderungen der südafrikanischen Unternehmer zurück.

Wie in Chile will die CDU der Bevölkerungsmehrheit Südafrikas wirtschaftliche, soziale und teilweise sogar politische Menschenrechte vorenthalten, die durch einen Sieg der Befreiungsbewegung erreicht würden. Insofern steht diese „Menschenrechtspolitik“ auch nicht im Widerspruch zu der im Fall Nicaragua.

Daß die CDU und andere Rechtskräfte jetzt verstärkt zum Halali auf Nicaragua blasen, hat nicht nur damit zu tun, daß Nicaragua durch die Maßnahmen, die es zur Verteidigung der Revolution ergriffen hat, angreifbarer geworden ist. Vielmehr hängt dies eng zusammen mit der Unfähigkeit der Contras, die Regierung Nicaraguas zu stürzen.

Die USA wollen deshalb die Aggression verstärken — die Beantragung einer 100-Mio-Dollar-Hilfe für die Contras durch Reagan ist hierfür ein Indiz — und den Boden für eine direkte Invasion bereiten. Dem steht u.a. die öffentliche Meinung in Westeuropa entgegen.

Schlüsseladressaten EG und SPD

Der bundesdeutschen Rechten kommt bei dem Versuch, eine antinicaraguanische Stimmung zu erzeugen, eine Schlüsselrolle in zwei Bereichen zu.

Dies ist einerseits die EG, die weiterhin Nicaragua nicht aus ihrer Mittelamerika-hilfe ausschließt. Ein Versuch dies zu erreichen, war im letzten Jahr vor allem am Widerstand Frankreichs gescheitert. Jetzt will die CDU/CSU dies im Bunde mit den christdemokratischen Parteien der EG im Europaparlament durchsetzen.

Der zweite maßgebliche Bereich ist die SPD, da sie u.a. durch den Vorsitz von Willy Brandt in der Sozialistischen Internationale (SI) großen Einfluß auf die Haltung der SI zu Nicaragua ausübt. Gelingt es, die SPD zu einer größeren Distanz zu Nicaragua zu drängen, könnte das entsprechende Rückwirkungen auf die SI haben.

Da der Bundesregierung bei der Beeinflussung der bundesdeutschen Öffentlichkeit zum Teil die Hände gebunden sind und andere potente antisandinistische Organisationen, die diese Aufgabe übernehmen könnten, fehlen, fiel vor allem der CDU die Aufgabe zu, hier propagandistisch und politisch tätig zu werden.

Mit der Veranstaltung „Nicaragua-Report. Wie frei ist Nicaragua?“ vom Oktober 1985 in Bonn gaben die CDU und ihr Generalsekretär den Auftakt für eine verschärfte Kampagne gegen Nicaragua.

Zu dieser Art Tribunal hatte man einige „Betroffene“ bzw. „Unterdrückte“ eingeladen, um ihnen „ein internationales Forum für eine objektive Information“ (Geißler) zu bieten. Unter ihnen befanden sich zwei Mitglieder des Herausgebersrates der nikaraguanischen konterrevolutionären Tageszeitung La Prensa, der damalige Vorsitzende der Christlich Sozialen Partei Nikaraguas (PSC), Agustin Jarquin Anaya, sowie der „Gründer der Ständigen Menschenrechtskommission Nicaragua (CPDH)“, José Esteban Gonzalez, der sich seit 1981 in Brüssel aufhält.

Als Zeuge für die Bedrohung der Nachbarländer durch Nicaragua war der ehemalige kostarikanische Außenminister Dr. Bernd Niehaus angetreten. Und um „dem totalitären System der Sandinisten eine klare, demokratische Alternative entgegenzusetzen“ (Geißler), sprach der Vorsitzende der salvadorianischen Christdemokraten, Dr. José Antonio Morales „über die Reformpolitik und die Demokratisierung seines Landes“.

Da Vertreter von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International (ai) oder Americas Watch (USA) nicht geladen waren, konnten unwidersprochen die gruseligsten Geschichten über die Lage der Menschenrechte in Nicaragua verbreitet werden.

Dabei zeichnete sich besonders der ehemalige Vorsitzende der CPDH aus, der erklärte, die Lage der Menschenrechte sei insgesamt schlimmer als unter Somoza. So machte er insgesamt 9.500 politische Gefangene aus, während selbst die CPDH nur von insgesamt 7.500 Gefangenen aller Kategorien zu wissen glaubt.⁵

Er wartete zudem mit der Information auf, daß kurz nach dem Sturz Somozas 2.000 Menschen von den Sandinistas umgebracht und in Massengräbern ver-



Die ersten freien Wahlen, Bestandteil der sandinistischen Demokratie.

schartt worden seien. Er bedauerte, daß bereits Ende 1979 weder ai noch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Brot für die Welt und Misereor ihm Glauben schenken und gar die bis dahin gewährte Unterstützung für die CPDH einstellen.

Daß diese jedoch weiterhin Lügen in die Welt setzen kann, dafür sorgen heute die Gelder der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der von Reagan gegründeten Organisation „National Endowment for Democracy“, die der „unabhängigen“ CPDH beide je 50.000 DM bzw. Dollar zukommen ließen. Diese finanzielle Abhängigkeit läßt sich bei den meisten vertretenen Organisationen feststellen, etwa bei La Prensa, die neben den beiden genannten Institutionen noch von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung finanziert wird, oder beim Unternehmerverband COSEP, der allein von der KAS 1 Mio DM erhalten hat.

Die Berichterstattung über das CDU-Tribunal ließ das Herz Geißlers höher schlagen („Die Agenturen haben über diesen Kongreß hervorragend berichtet“). Bereits im Vorfeld der Veranstaltung ließ die Frankfurter Rundschau den Vorsitzenden der PSC auf zwei ganzen Seiten zu Wort kommen.⁶

Doch nicht dieser kurzfristige Medieneffekt war das wichtigste Ziel, sondern erst einmal die Mobilisierung innerhalb der CDU zu diesem Thema. Dazu hat der Kongreß einiges an Material geliefert, was zudem noch den Vorteil bietet, besonders glaubwürdig zu sein, da es von den „Betroffenen“ selbst stammt.

Im Fahrwasser der CDU wirken zudem einige Organisationen, die sich bereits seit mehreren Jahren der antisandinistischen Propaganda verschrieben haben. Sie wenden zum Teil Methoden der Solidaritätsbewegung an (Unterschriften- und Spendensammlungen, Projektunterstützungen, Ausstellungen u.ä.), um in den gleichen Bereichen, wo diese wirkt, Boden gut zu machen. So läuft z.B. seit Anfang 1985 eine Kampagne der Jungen Union zugunsten „der verfolgten politischen Opposition“, die geschickt mit einer „humanitären Hilfsaktion“ für „die notleidende Bevölkerung Nicaraguas“ kombiniert ist.

Die mit der Antikommunistischen Weltliga (WACL) verbündete und auf der Bonner Konferenz vertretene Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (siehe AIB 12/1985, S.6) sammelt Gelder für die CPDH und führt Flugblatt- und Protestbriefaktionen zur Freilassung angeblicher politischer Gefangener in Nicaragua durch.

Mit ähnlichen Methoden arbeiten auch die Nicaragua-Gesellschaft Bonn, die den Informationsdienst Nicaragua herausgibt und die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie mit

Reagans „Freiheitskämpfer“ am Werk: Kaltblütiger Mord an einem vermeintlichen Sandinisten





H. J. Wischniewski (r.), Nikaragua-Emissär der SPD

Sitz in München. Letztere, die es vor allem „schmerzte, mitanzusehen zu müssen, wie erfolgreich Jugendliche – vor allem aus kirchlichen Kreisen ... (durch eine gekonnt angelegte internationale Propagandastrategie der extremen Linken) für zweifelhafte politische Ziele ... mißbraucht werden konnten“,⁷ versucht dies durch die Herausgabe zweier Zeitschriften, von Broschüren und Büchern rückgängig zu machen.

Beide Organisationen, die die 400 Teilnehmer des CDU-Tribunals u.a. mit der Ausstellung „Nicaragua – Land ohne Freiheit“ informierten, haben in der Vergangenheit bereits mehrmals Vertreter der bewaffneten Contra in die Bundesrepublik geladen.

Arbeitsteilung Geißler-Reagan

Mit offenen Kontakten zu den Contras, wie sie die Vorfeldorganisationen der CDU unterhalten, mag sich diese nicht belasten: „Unsere Strategie ist der Dialog, nicht die bewaffnete Auseinandersetzung.“ (Geißler)

Dies gilt jedoch nur für Nicaragua. Denn dort, wo die öffentliche Meinung – wie im Falle Afghanistans und Moçambiques – weniger empfindlich ist, bestehen durchaus enge Kontakte von CDU-Präsidenten zu den Contras. Gleichfalls hat die CDU auch wenig am Staatsterrorismus der USA, wie im Falle der nikaraguanischen Contras und Grenadas, auszusetzen. Deshalb steht diese Politik nicht etwa im Widerspruch zu Washington. Sie ergänzt sie und dient dem Ziel, den Boden für eine offene US-Aggression zu bereiten.

Ihrem Ziel, die SPD in der Nicaragua-Frage in die Zwickmühle zu nehmen, ist der CDU nicht nur mit ihrer Kampagne, sondern auch mit einem Buch des Kölner Juraprofessors und Rechtsaußen der SPD, Martin Kriele, gelungen. Der „Gelehrte“, der 1973 Willy Brandt noch dabei geholfen hatte, den Grundlagenvertrag mit der DDR über die Bühne zu bringen, gehörte bereits im letzten Jahr zu den Unterzeichnern eines Aufrufs in Le Monde zugunsten der Contras. Und er nahm am CDU-Tribunal als Experte teil. Sein Buch, „Nicaragua – Das blutende Herz Amerikas“, beim renommierten Piper-Verlag erschienen, verfaßte er im Anschluß an eine fünfeinhalbtägige Reise nach Nicaragua, die von der KAS finanziert wurde (siehe AIB 3/1986, S. 43; eine Dokumentation der Christlichen Initiative Romero (Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster) setzt sich detailliert mit den Positionen von Kriele auseinander). Der Inhalt ist dementsprechend und übertrifft an nachweislichen Falschmeldungen meist noch das auf dem CDU-Tribunal Vorgetragene.

Aufsehen erregte das Buch vor allem wegen der darin enthaltenen Angriffe auf die Politik der SI und ihres Vorsitzenden Willy Brandt.

Ein Contra in der SPD

Bereits 1984 hatte Kriele die SPD-Führung beschuldigt, Nicaragua zu ermutigen eine Diktatur nach kubanischem Vorbild zu etablieren. Kriele sprach gar von einem „starken linksfaschistischen Flügel“ in der SPD, dessen Ideal Nicaragua sei.⁸

Kaum ein Medium, das dem Professor nicht breiten Raum widmete und die SPD damit noch stärker in Zugzwang brachte. Der SPD-Schatzmeister und Bundestagsabgeordnete, Hans-Jürgen Wischniewski, bezeichnete zwar das Buch als „die einseitigste Darstellung, die man sich vorstellen kann“.⁹ Dennoch wandte er sich gegen das Ausschlußverfahren, das der Leverkusener SPD-Ortsverein Kriele gegen ihn angestrengt hatte. Die Befürchtung Wischniewskis, ein langwieriges Ausschlußverfahren würde der CDU und all jenen, denen das Verhältnis der SPD zu Nicaragua noch zu positiv ist, die Möglichkeit bieten, das Thema weiter am Kochen zu halten, erwies sich als unbegründet.

Am 4. März d.J. kam Kriele einem Ausschluß durch Austritt zuvor. Er hatte seine Aufgabe bereits erfüllt, indem er jenen, die in der SPD die Absetzbewegung von Nicaragua betreiben, den Rücken gestärkt hatte. In seiner Austrittsbegründung verwies er nicht ohne Grund darauf, daß er „vielleicht“ ein

wenig dazu beigetragen habe, „daß sich die SPD in kleinen Schritten auf die Wahrheit zubewegt“.¹⁰

Noch am 30.10.1985 hatte Wischniewski der CDU aus Anlaß ihres Tribunals Vorurteile im Umgang mit der Menschenrechtsfrage vorgeworfen. Er hatte dabei auf eine Untersuchung von Americas Watch verwiesen, in der erklärt wurde, daß man der Regierung Nicaraguas keine Politik systematischer Menschenrechtsverletzungen vorwerfen könne.¹¹

„Steckengebliebene Revolution“

Am 14. Februar d.J. hingegen, nach seiner Rückkehr von einer Reise mit einer Delegation der SI nach Mittelamerika, klang dies bereits anders. Es sei eine „wesentliche Verschlechterung“ der inneren Entwicklung eingetreten, wußte Wischniewski nach anderthalb Tagen in Nicaragua zu berichten. Es gebe „keine positive Entwicklung hin zur Demokratie“.¹²

2 Wochen vorher waren der SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Hamburger Bürgermeister, Hans-Ulrich Klose, und der Leiter des Bundestagsbüros Willy Brandts, Klaus-Henning Rosen, in einem 52seitigen Bericht zu ähnlichen Schlüssen gekommen. Sie hatten im Auftrag der „Arbeitsgruppe Menschenrechte“ der Bundestagsfraktion der SPD vom 23.11.-8.12.1985 Mittelamerika bereist.

Obwohl die beiden Berichtersteller der Meinung sind, daß „die Schwierigkeit einer wenige Tage dauernden Mission“ darin liege, „daß es kaum gelingen wird, die ‚Wahrheit‘ herauszufinden“,¹³ sparen sie nicht mit (Vor)Urteilen und Vermutungen. So gibt es nach ihren Aussagen aufgrund von „Informationen, die nicht unglaubwürdig sind“, „Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Folterungen“ in den Sicherheitsgefängnissen. Sie haben den „Eindruck“, daß die FSLN eine von ihr geführte Einheitsgewerkschaft will und deshalb die nicht-sandinistischen Gewerkschaften behindert werden. Das „System“ der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) diene „möglicherweise“ zur Bespitzelung und die Zahl der Gefangenen „ist gemessen an der Bevölkerungszahl ... viel“.¹⁴

Klose und Rosen machen nach eigenen Schätzungen 5.000 kriminelle Gefangene, 2.300 ehemalige Somoza-Gardisten sowie ca. 27.000 „politische Gefangene“ aus. Diesen Begriff verwenden sie wohlwissend, daß es sich dabei um „Contras und ihre Unterstützer“ handelt. Obwohl sie selbst zugeben, daß Teile der Opposition die Contras „mehr oder weniger offen unterstützen“ und das auch für Teile der Kirche gilt, beklagen

sie sich, daß gegen diesen Personenkreis vorgegangen wird. Sie kommen zum Schluß, daß Nicaragua „ein Land mit einer gebremsten oder steckengebliebenen Revolution“ sei, was auf die Sandinistas und ihre Gegner gleichermaßen zurückzuführen sei. Deshalb wird der SPD auch empfohlen, mit der FSLN einen „kritischen Dialog“ „über die Einhaltung der ursprünglichen Revolutionsziele“ zu führen und Menschenrechtsverletzungen „deutlich (ohne falsche Rücksichtnahme)“ zu kritisieren.¹⁵

Zwar finden sich in dem Bericht auch durchaus positive Aussagen zur sandinistischen Revolution und wird der SPD eine „deutliche Frontstellung gegen die Interventionspolitik der US-Administration“ empfohlen, doch fördert gerade die Anprangerung angeblicher Menschenrechtsverletzungen die Entsolidarisierung und damit die US-Intervention. Diese Distanzierung von der sandinistischen Revolution hängt zum Teil mit der Kampagne von Geißler bis Kriele zusammen.

Will die SPD nicht ins offene Messer der CDU laufen, darf sie, vor allem in Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen, den „Konsens der Demokraten“ über die Definition, was Pluralismus und Menschenrechte sind, nicht brechen.

Deshalb will die SPD-Führung das Thema möglichst aus der öffentlichen Diskussion verbannen und plädierte Wischnewski gerade gegen ein Ausschlußverfahren gegen Kriele.

Da sie nicht mit dem herrschenden Pluralismusverständnis in Konflikt kommen will, war sie auch nicht in der Lage, auf die Offensive der CDU entsprechend zu antworten. So klagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve anlässlich des CDU-Tribunals lediglich hilflos darüber, daß die CDU zweierlei Maß in der Frage der Menschenrechte anlegen würde und wandte sich gegen den Mißbrauch der Menschenrechtspolitik als Gegenstand „außenpolitischer Präferenzen oder innenpolitischen Terraingewinns“.¹⁶

Beifall von der CDU

Daß eine derartige Politik bei der CDU Gefallen findet, machte der Westberliner Innensenator Lummer nach den Äußerungen Wischnewskis deutlich. Er erklärte, in Menschenrechtsfragen dürften sich Demokraten nicht auseinanderdividieren lassen und entdeckte Chancen für „eine Gemeinsamkeit in der deutschen Außenpolitik“.¹⁷

Neben den anstehenden Bundestagswahlen, für die man sich schließlich auch als verlässlichen Bündnispartner der USA präsentieren will (dem diente auch der Besuch des Kanzlerkandidaten Rau bei Reagan), lassen sich noch weitere Beweggründe für den Schwenk der SPD ausmachen.

In der Vergangenheit wie auch in den Empfehlungen Kloses und Rosens hat die SPD ihre Solidarität von der Einhaltung der „ursprünglichen Revolutionsziele“ – Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Nichtpaktgebundenheit – abhängig gemacht. Dabei wird unter Pluralismus anscheinend das unbehelligte Wirken der zivilen Konterrevolution, unter gemischter Wirtschaft das Gewährenlassen der Privatwirtschaft und unter Nichtpaktgebundenheit die Ablehnung enger Beziehungen zu den sozialistischen Ländern verstanden.

Um das Überleben der Revolution zu sichern, sah sich die nikaraguanische Regierung jedoch gezwungen, durch Ausnahmezustand, Pressezensur und Streikverbot der inneren Contra Zügel anzulegen sowie verstärkt auf Wirtschafts- und Militärhilfe aus den sozialistischen Ländern zurückzugreifen. Daß die Sandinistas nicht noch weitergehende Maßnahmen ergreifen und etwa

Originalton Lateinamerika Nachrichten

Nach der Bekanntgabe des Notstands hat man in den Kreisen der Solidaritätsbewegung aber auch einiges Unbehagen darüber verspürt, daß er so unvermittelt und aus offensichtlich schwer faßlichem Anlaß kam. Manche waren, wie schon öfter, über die rigide Einschränkung der Freiheiten besorgt, die wir die bürgerlichen nennen. Denn als Notstandsland können wir Nicaragua nur schlecht in kirchlichen, sozialdemokratischen und humanistischen Kreisen präsentieren. Wir werden Antwort auf die Frage finden müssen, warum es unbedingt nötig war, die Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und die freie Meinungsäußerung so drastisch zu beschränken. Auch diejenigen, die den Berichten über Menschenrechtsverletzungen, wie sie die Konrad-Adenauer-Stiftung parat hat (siehe Artikel in diesem Heft) nicht glauben, werden durch den Notstand für derartige Horrormeldungen anfälliger sein.

Es liegt nahe, daß die Prente Sandinista jetzt mit dem Notstand ihrem Volk und aller Welt verkünden wollte, daß sie Herr im Hause ist, daß sie die Sache unter Kontrolle hat und gewillt ist, ihren Weg links oder rechts zur Diskussion zu stellen. Derartige Demonstrationen ihres Durchsetzungswillens und ihrer Kraft hat die FSLN immer wieder gegeben. Sie kamen stets fast unvermittelt und wirkten dann – wie diesmal auch – wie ein wuchtiger Schlag.

Und auf die Peitsche folgte dann das Zuckerbrot, allerdings ausschließlich für die Rechte. So auch jetzt. Nicaraguas private Kaffeeanbauer bekommen in diesem Jahr fünf Dollar pro Quintal Kaffee als Aufpreis, für die Baumwollplantagenbesitzer ist ähnliches geplant. Die Läden in Managua sind wieder voller, vor allem mit den Waren, die den Mittelstand interessieren. Die Löhne sind gestiegen, vor allem die der Gutverdienenden. Denn wenn sie auch prozentual gesehen schlechter weggekommen sind als die unteren Einkommenschichten, so verdienen sie absolut gesehen sehr viel mehr.

Bekanntlich haben die reichen Herren es der Regierung noch niemals gedankt, daß sie so schonend behandelt werden, sondern mit den Geldern, die sie leicht verdienten, die Opposition im Inneren und die Contra unterstützt.

Es gehört zu den bitteren Realitäten der gemischten Wirtschaft in Nicaragua, daß sie die Kritiker von rechts nicht lange schlagen kann. Das macht die Sache für diejenigen um so bitterer, die seit der Revolution nur draufgezahlt und nichts gewonnen haben. Die Armen werden immer ärmer, denn seit der Aufhebung der Subventionen für Grundnahrungsmittel sind die Preise ungeheuer gestiegen und es ist nicht wahr, daß sie durch die Lohnerhöhungen auch auf einigermaßen kompensiert werden.

Es grenzt schon fast an ein Wunder, daß bisher so relativ wenig gestreikt worden ist, doch niemand kann vorausagen, wie lange dieses Wohlverhalten dauern wird.

Wer in Nicaragua einigermaßen überleben will, muß Dollars haben. Vom Mittelstand aufwärts ist das nicht so schwer, aber sehr viel schwerer als früher. So wächst, trotz der genannten Warenflut, auch in diesen Kreisen der Unmut über die gestiegenen Preise. Wenn früher ein Akademiker für ein Auto acht Monatsgehälter bereitlegen mußte, so sind es heute sechzig.

Der Notstand ist also ein erneuter Versuch, sich auf die Eventualitäten vorzubereiten, die die wachsende Unzufriedenheit auf allen Seiten mit sich bringen kann.

Was soll eine revolutionäre Führung auch sonst machen, die ihre Devisen für die Verteidigung braucht und kaum eines der Versprechen halten kann, das sie ihren Anhängern gab?

An dieser Stelle wäre ein seitenlanges Lamento fällig über das Elend aller Revolutionen, in denen die Sieger stets nach kurzer Zeit derart in die Enge getrieben werden, daß ihre anfänglichen Ideale gänzlich in den Hintergrund treten.

Das Erstaunlichste an dieser ganzen Geschichte ist aber doch, daß noch eine jede solche Revolution bis zu ihrem bitteren Ende oder bis zu ihrer völligen Verstümmelung von einer Schar von Gläubigen begleitet wurde, die es einfach nicht sehen, sondern ihren Traum behalten wollen.

(Quelle: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 143/Dezember 1985, S. 43-49)

gegen Kardinal Obando y Bravo, der gefährlicher ist als ein Bataillon Contras, oder gegen Bischof Vega, der selbst laut Klöse die Contra offen unterstützt, härter vorgehen, ist gerade auf die bedingte Solidarität der Unterstützer vom Schlage der SPD zurückzuführen.

Daß die SPD-Führung mit ihrem Klammern an die „ursprünglichen Revolutionsziele“ das Entstehen eines sozialdemokratischen Modells für Lateinamerika erhoffte, machte der Abgeordnete Uwe Holz in einer Bundestagsdebatte vom Herbst 1985 deutlich, bei der er die Einstellung der Entwicklungshilfe für Nicaragua kritisierte:

„Wenn man argumentiert, Nicaragua sei ein kommunistischer Brückenkopf, so erinnere ich an die Analogie zu Portugal... Damals war man bereit, Risikokapital einzusetzen. Ich bitte Sie: handeln sie jetzt ähnlich.“¹⁸ Anscheinend ist für die SPD dieser Zug bereits abgefahren.

Die CDU-Offensive und der Kurswechsel der SPD finden zunehmend auch ihren Niederschlag in Teilen der Solidaritätsbewegung. Hierfür gibt's viele Beispiele. Eines davon ist die Auseinandersetzung um den politischen Aufdruck auf den Nicaragua-Kaffee-Packungen der GEPA (siehe AIB 1-2/1986, S. 77). GEPA-Anteilseigner Misereor wollte durchsetzen, daß Kuba und die Sowjetunion gemeinsam mit den USA für den Konflikt in Nicaragua verantwortlich gemacht werden.

Symptomatisch ist auch die zunehmend ausgewogene Berichterstattung der taz über Nicaragua. Sie brachte am 30.1.1985 gar einen großaufgemachten Artikel über die angebliche Bombardierung von Miskitodörfern durch die sandinistische Luftwaffe, obwohl er ausschließlich auf Informationen der Con-

„Stoppt den Kommunismus in Mittelamerika“: Reagan wirbt für Contra-Hilfe



tra beruhte.

Der Schaden kann dann auch durch spätere Dementis und die Entschuldigung, man habe von der Regierung nichts Gegenteiliges erfahren, nicht wieder wettgemacht werden.

Kritik hat sich vor allem an der Verhängung des Ausnahmezustands am 15.10.1985 festgemacht. Die eigentlichen Bauchschmerzen dürften jedoch nicht daher rühren. Dies wird daran deutlich, daß der Ausnahmezustand bereits 1982-84 verhängt worden war, ohne daß es damals zu einem ähnlichen Aufschrei gekommen wäre.

Der Hauptgrund ist, daß die Solidaritätsbewegung durch den Druck von rechts in eine defensive Situation geraten ist, und man zwecks Erhaltung der Glaubwürdigkeit und der Breite der Bewegung die Kritik gleich vorwegnehmen will.

Nicht Nicaragua, sondern Geißler kritisieren!

Besonders die Lateinamerika Nachrichten (LN) haben die „kritische Solidarität“ seit Ausrufung des Ausnahmezustandes zu einem Dauerthema gemacht. Von einer Zeitschrift, die aus der Chile-Solidaritätsbewegung hervorgegangen ist, hätte man wohl am ehesten erwarten müssen, daß sie Maßnahmen der Sandinistas unterstützt, die diese als Lehre aus der Vorgeschichte des Putsches in Chile ergreifen.

Doch weit gefehlt. Ihr Hauptproblem ist, daß sie Nicaragua „als Notstandsland ... schlecht in kirchlichen, sozialdemokratischen und humanistischen Kreisen präsentieren“ können.¹⁹ Folgerichtig wird auch nicht versucht, den Leser über die Hintergründe aufzuklären, sondern gerade diejenigen, die dies tun, werden kritisiert: „So empfindlich Linke sonst mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung auch sind, sobald es sich um Nicaragua handelt kennen sie nur noch Linie und Parolen.“²⁰

Ähnlich verfährt man auch mit jenen, die den Bericht von Amnesty International über Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua nicht zum Anlaß nehmen, aus der Solidarität auszusteigen oder zumindest Nicaragua zu kritisieren. ai verweist vor allem auf mehrere Fälle von Morden und Folter aus dem Jahre 1982, von denen einige noch nicht aufgeklärt sind, und kritisiert das kurzzeitige Inhaftieren von „gewaltlosen politischen Gefangenen“ ohne Gerichtsurteil.²¹

Ohne auch nur einen Gedanken darauf zu verschwenden, ob nicht vielleicht die Einteilung in gewaltlose und gewalttätige politische Gegner, wie sie ai vornimmt, bei einem Land, das sich im Krieg mit der größten imperialistischen Macht befindet, unsinnig ist, werden

jene kritisiert, die diese Angaben von ai für „ziemlich“ harmlos halten.

Nun harmlos sind diese wirklich nicht, vor allem deshalb nicht, weil sie von den Salonmedien inklusive Frankfurter Rundschau bis zu den LN benutzt werden, um die Entsolidarisierung voranzutreiben. Dies wissen auch die LN: „Wer jetzt sagt, das sei defätistisch, verhindere Solidarität, lasse die Leute resignieren, der hat recht. Nur geschieht das auch, wenn wir die alte Masche weiter stricken.“²²

Wenn die alte Masche im Bejubeln dessen bestehen soll, wie es die LN unterstellen, daß der Ausnahmezustand verhängt wurde, daß politische Gegner inhaftiert werden, daß der Reallohn zurückgegangen ist, haben sie sicher recht. Doch wer vertritt eine solche Politik?

Unsere Aufgabe kann es nicht sein, Nicaragua für Maßnahmen zu kritisieren, die es zum Überleben der Revolution trifft, nur weil sie hier auf Kritik in der Öffentlichkeit stoßen und dadurch die Anforderungen an die Antimperialisten wachsen. Gleichzeitig sollte man sich davor hüten, sich anzumaßen, besser über die konkreten Bedingungen in Nicaragua Bescheid zu wissen als die Sandinistas selbst.

Vielmehr ist es notwendig, die Maßnahmen der nikaraguanischen Regierung offensiv gegen Geißler und Konsorten zu verteidigen und auf ihre Ursachen zu verweisen, um weitere Entsolidarisierungstendenzen von Wischniewski bis LN zu erschweren.

Anmerkungen:

- 1) Heiner Geißler in: Nicaragua-Report, Wie frei ist Nicaragua? Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle, o.O., o.D., S.6
- 2) Ebenda
- 3) K.H. Hansen, Schwerelose Sachlichkeit, in: Konkret, Nr. 3/März 1986, S. 28
- 4) Frankfurter Rundschau (FR), 22.2. 1986
- 5) Angaben nach: Die Tageszeitung (taz), 31.10. 1985
- 6) Siehe: FR, 23. und 24.10.1985
- 7) Lateinamerika Report, Nr. 3/März 1985, Kartonbeihemer
- 8) taz, 21.2.1986
- 9) FR, 22.2.1986
- 10) Süddeutsche Zeitung (SZ), 6.3.1986
- 11) Vgl. Pressemitteilung der SPD, Nr. 571/85/30.10.1985
- 12) SZ, 15.2.1986
- 13) FR, 22.2.1986
- 14) Ebenda
- 15) Ebenda
- 16) FR, 30.10.1985
- 17) FR, 17.2.1986
- 18) Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 51. Sitzung, Bonn, 27.1.1984, S. 3661
- 19) Notstand mit vielen ???, in: Lateinamerika Nachrichten (LN), Nr. 143/Dezember 1985, S. 43-49
- 20) Ebenda
- 21) Siehe Pressemitteilung von ai, 12.2.1986
- 22) Amnesty International berichtet über die Menschenrechte, in: LN, Nr. 146/März 1986, S. 43-45

Alfonso Gonzales

Ein Jahr „neue Republik“



Elendsviertel in São Paulo. Trotz Wirtschaftsaufschwung bleibt die Armut

Seit März 1985 sind auch in Brasilien die demokratischen Institutionen und Freiheiten im großen und ganzen wieder in Kraft. Der vom Wahlkollegium mit großer Mehrheit gewählte Präsident, Tancredo Neves, hatte nach sieben Operationen ein tragisches Ende gefunden, noch bevor er sein Amt antreten konnte.

Sein Vize José Sarney hatte es dann übernommen. Dieser kann jetzt nach einem Jahr Regierung – anders als Alfonsin in Argentinien oder Sanguinetti in Uruguay – auch auf wirtschaftlicher Ebene auf einige Erfolge hinweisen.

Fast wie zu Zeiten des „brasilianischen Wirtschaftswunders“ ist das Brutto-sozialprodukt nach langen Jahren der Stagnation um 7,4% gewachsen.

Ein Exportüberschuß von 12 Mrd Dollar dient zwar zum größten Teil (10,5 Mrd) zur Abzahlung der Zinsen der auf 104 Mrd Dollar angestiegenen Auslandsschuld. Jedoch hat sich Brasilien nicht allen Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) unterworfen.

In einem Jahr konnte der Realzins von 21,5% auf 16% gesenkt werden. Die Produktion wurde damit stimuliert, die Arbeitslosigkeit, wiewohl längst nicht behoben, sank spürbar, zumindest in den Industriezentren. 2 Mrd Dollar wurden für Speisungen in den Schulen und für Milch für Neugeborene verwendet. Der Umsatz im Einzelhandel stieg um 17%. Die Ersetzung des neoliberalen Finanzministers und Großbankiers Francisco Dornelles durch Dilson Funaro erleich-

terte diese Entwicklung.

Der Wirtschaftsaufschwung krankte jedoch an einer galoppierenden Inflation, die Ende Februar d.J. 255% erreichte. Um sie in den Griff zu bekommen, verkündete Präsident Sarney am 28. Februar d.J. einen Lohn- und Preisstopp und die Einführung einer neuen Währung, des Cruzado, der 1.000 früheren Cruzeiros entspricht. Die Gewerkschaften kündigten Aktionen gegen diese Maßnahme an, da die gleichzeitig verkündete Lohnerhöhung die Verluste der letzten Monate nicht ausgleiche und der Preisstopp nur schwer zu kontrollieren sei.

Wirtschaftlicher Erfolg ohne IMF

Brasilien erreichte jedoch bereits 2 Tage später, unter Umgehung des IMF, ein Umschuldungsabkommen mit Privatbanken, das die Streckung und eine Zinssenkung für 1/3 der Schulden vorsieht. Darf man den Worten des Präsidenten Sarney Glauben schenken, so „wird 1986 das Jahr, in dem wir unser Sozialprogramm in Angriff nehmen, denn unsere größte Schuld ist die soziale“. Zumindest der Nachsatz ist bittere Realität. Denn Durchschnittswerte der Statistik verschleiern nur zu oft die wahre Situation der Lebenden. In diesem Falle, indem sie einfach Extreme summiert. Man stelle sich ein Land vor, wo unter 100 Personen die 8 reichsten mehr kau-

fen können, als die restlichen 92. Oder daß eine einzige dieser 8 Personen in einem Jahr alleine soviel ausgibt wie 1.300 Personen am anderen Ende der sozialen Skala. Das Land, wo dies nicht Vorstellung sondern Wirklichkeit ist, heißt Brasilien.

Man sieht daran, wie relativ unter solchen Bedingungen Begriffe wie Wachstum, Konjunktur oder Krise, ja auch „Demokratie“ sind.

Was nutzt es z.B. dem brasilianischen Bauern, daß sich der Anbau von Soja in den letzten 15 Jahren verdreißigfach hat? Wo vordem in kleinen und mittleren Wirtschaften Bohnen und Maniok für den internen Konsum angepflanzt wurden, hat sich jetzt im Staate Rio Grande do Sul der Agrobusiness in modernen Großplantagen auf 3,5 Mio ha breitgemacht. Und obwohl in Hamburg oder Rotterdam die Sojabohne das Zehnfache kostet, was in Brasilien der Anbauer dafür erhält, haben sich dort an der Ausfuhr dieses begehrten Eiweißfuttermittels immerhin eine Anzahl „Fazendeiros“ (Großgrundbesitzer) und Großhändler bereichert. Gleichzeitig wurden dabei 40.000 Bauernhöfe aufgelöst.

Ebenso wie im Nordosten, wo die Zuckerrohrplantagen den Zucker in Alkohol-Treibstoff für die PKWs verwandeln, hat auch hier die „grüne Revolution“ die Kleinbauern zu Landarbeitern gemacht, und verdrängt die neue Technologie immer mehr Menschen vom Lande. 30 Mio Menschen sind heutzutage auf steter Wanderschaft, auf der Suche nach Arbeit, vom Norden in den Süden und umgekehrt. Zumeist jedoch vom Lande in die Stadt.

Da wird nun im Amazonasbecken ein Industriedreieck mit 800 km Seitenlänge errichtet.

Das Projekt „Polamazonia“ im Staate Pará umfaßt die Kupfer-, Eisen- und Manganzminer der Serra do Carajás, die Bauxitlager von Trombeta und Paragominas, das Wasserkraftwerk von Tucuruí, die Eisenbahn von Carajás nach São Luís, dessen Hafenanlagen für Schiffe bis zu 280.000 t und dessen Hüttenwerke. Die staatliche „Companhia Vale do Rio Doce“ baut mitten im tropischen Regenwald mit nordamerikanischen Krediten, japanischer Abnahmegarantie, aber auf eigenes Risiko dieses Kombinat nach

modernsten Vorlagen. Eine industrielle Oase, in der zur Zeit 20.000 Arbeiter beschäftigt sind und die bereits über 50.000 t 66%iges Eisenerz im Tagebau fördert und auf der 890 km langen Bahnstrecke an die Küste schafft.

Innerhalb der abgezaunten und streng bewachten Konzerngebiete ist alles in schönster Ordnung: Asphaltstraßen, saubere Wohnungen, gute Verpflegung.

Doch gleich vor den Toren zu diesen Eldorados beginnt der Wildwest. Die industriellen Zentren üben eine Sogwirkung aus und an die 100.000 Menschen hausen hier in Bretterbuden zwischen Saloons und Bordellen, suchen meist vergebens nach Arbeit – die „Companhías“ bevorzugen Facharbeiter aus dem Süden – und vegetieren hoffnungslos im äußersten Elend.

Mit jedem neuen Mammutprojekt, das in einem fernen Hochhaus in Rio oder Brasília ausgearbeitet wird, gewinnt das Großkapital – vor allem das ausländische – neue Ressourcen, wird der Export erhöht, während die „Menschen ohne Land“ vom „Land ohne Menschen“ verdrängt werden, die Ökologie zerstört wird und das Volk weiter hungert.

Symptomatisch für den Größenwahn der Techno- und Geldaristokratie Brasiliens während das Kraftwerk von Tucuruí Tausende von Megawatt Energie den Aluminiumhüttenwerken von Baracena und São Luis liefert, liegen die Dörfer und Städtchen der Umgebung ohne Stromanschluß im Dunkeln.

Ob Hochkonjunktur oder Krise, ob Militär- oder Zivilregierung ... ohne einen radikalen Strukturwandel der Gesellschaft ist hier keine Besserung für das Volk zu erwarten.

Das Neue der Entwicklung der letzten Jahre aber ist das rapide Anwachsen der revolutionären Kräfte, insbesondere des Industrieproletariats.

Bedenkt man, daß die meisten Gewerkschaften bis noch vor etwa 5 Jahren unter der Kontrolle des Arbeitsministeriums standen, so scheint es geradezu als ein Wunder, daß seit den großen Metallarbeiterstreiks von 1978, nicht nur im Industriedreieck São Paulo, Rio, Belo Horizonte, die Arbeiter zu den unabhängigen Klassengewerkschaften gestoßen sind, die heute in der Einheitszentrale der Werktätigen (CUT) vereint sind.

Bei diesem Prozeß spielte ohne Zweifel die Demokratisierung, der Übergang vom Militärregime zu demokratischen Staatsformen, eine Rolle. Die treibende Kraft war dabei die „Fabrikkommission“, zuerst in Opposition zur Gewerkschaftsführung, heute als deren wesentliche Stütze.

Sie ist zugleich Forum der Diskussion und Lösung fabrikinterner Probleme wie Glied des Gewerkschaftsbundes, der die

Arbeiter organisiert und politisiert. Hier hat die junge Arbeiterpartei (PT) des Gewerkschaftsführers der Metallarbeiter, Luiz Inácio da Silva, bekannter als „Lula“, ihren Nährboden. Sie ist mit ihr auch durch vielfache Personalunion eng verbunden.

Die ideologische Entwicklung dieser Partei mit bereits 90.000 Aktivisten von einem oft spontanen, zuerst rein gewerkschaftlich orientierten Arbeiterstandpunkt zu einer auf den Sozialismus gerichteten und nach dem Marxismus tendierenden Politik hielt Schritt mit ihrem organischen Wachstum, schon nicht mehr ausschließlich in Arbeiterkreisen, sondern auch in der universitären Mittelschicht.

Sie hat längst noch kein festumrissenes Programm, doch die Debatte darüber tritt immer mehr in den Vordergrund. Die politische Indefinition, vormals als ein Vorteil und eine Chance der Ausbreitung angesehen, wird zusehends als ein Mangel empfunden. Es stehen sich fünf Strömungen gegenüber: die alte Metallarbeiteravantgarde aus dem ABC (die Autofabrikenvororte von São Paulo: Santo André, São Bernardo und São Caetano); die katholische der „Theologie der Befreiung“; eine marxistisch-leninistische, eine trotzkistische und die zuletzt hinzugekommenen Intellektuellen, meist Universitätsprofessoren.

Die PT – ein politischer Faktor

Aufschlußreich diesbezüglich war eine Reportage über Lula, die die konservative Folha de São Paulo veröffentlichte. Es gelang dem Interviewer dabei zwar, Lula aufs Glatteis zu führen, um dann seine Worte sinnentstellend zu interpretieren und eine der Rechten willkommene Sensation aus seiner „Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes“ zu präsentieren. Aber dabei wurde auch seine Verurteilung des Kapitalismus und des Imperialismus deutlich, die Anerkennung des Sozialismus als einzigen Ausweg für das brasilianische Volk, die Kri-

tik am sozialdemokratischen Modell und sein Eintreten für die kubanische und die nikanaraguanische Revolution.

Die CUT wie die PT konzentrieren ihren Kampf immer mehr auf nationale Probleme. Außer für die 40-Stunden-Woche und eine vierteljährliche Lohnangleichung an die Teuerung, treten sie für eine radikale Landreform und staatlich garantierte Preise für die Agrarprodukte der dem parasitären Zwischenhandel und der Banken ausgelieferten Bauern ein.

Ausdruck dessen war ihre gemeinsame Demonstration mit der 8 Mio Mitglieder zählenden Konföderation der Landarbeiter (CONTAG), vor dem „Palacio do Planalto“, dem Regierungspalast in Brasília für die kompromißlose Durchführung des „Estatuto da Terra“, des Agrarreformgesetzes. Es schlummert seit 21 Jahren unter verstaubten Aktendeckeln, gäbe 6 Mio Bauern Land, wie Tancredo Neves es vor seiner Wahl versprochen hatte. Jetzt aber wird es von der Lobby der „Fazendeiros“ im Parlament blockiert und verstümmelt.

Hauptsächlich dank der Vorarbeit der christlichen Basisgemeinden schon unter der Diktatur und der Präsenz fortschrittlicher Kreise der Kirche in der PT hat diese sowohl auf dem Lande, wie in den „Favelas (Elendsviertel) und in den Nordstaaten Fuß fassen können. Denn auch auf dem flachen Lande gärt es. Im Mai 1985 streikten allein in 12 Städten der Region von Riberão Preto auf den Orangen-, Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen 70.000 „boias frias“ (wörtlich: kaltes Mittagessen, weil diese Saisonarbeiter ihre karge Mahlzeit in aller Eile auf dem Felde einnehmen). Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Militärpolizei.

Eine weitere Stärkung der Arbeiterbewegung könnte sich aus der Vereinigung der CUT mit dem zweiten großen Gewerkschaftsverband, dem Nationalen Rat der Werktätigen Klassen (CONCLAT) ergeben.

Dieser Verband, an dessen Spitze Kommunisten, Mitglieder anderer Linkspar-

PT-Führer „Lula“ spricht vor streikenden Arbeitern



teien und der größten Oppositionspartei, der Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB), aber auch ehemalige Kollaborateure des Militärregimes stehen, tritt für eine Einheit beider Verbände ein. Die Radikalisierung der CONCLAT rückt einen Zusammenschluß in greifbare Nähe. Damit würde auch ein bedeutsamer Schritt hin zu einer politischen Einheitsfront der Linken getan, deren Parteien bei den Bürgermeisterwahlen am 15.11.1985 starke Gewinne zu verzeichnen hatten.

Diese Wahlen, die zur Ablösung der früher vom Militär eingesetzten „prefeitos“ (Bürgermeister) führten, waren Teil des Kompromisses, den 1984 die Massenbewegung für Direktwahlen zum Präsidentenamt erzwungen hatte. Dieser sah auch vor, daß erst der nächste Präsident vom Volk gewählt werden soll (siehe AIB 3/1985, S. 32f.).

Sarney hat zwar erklärt, daß er bereits nach vierjähriger Amtszeit zurückzutreten gedenke, doch könnte es nach den Wahlen der Abgeordneten und Senatoren im November d.J. zu einer früheren Direktwahl kommen, wenn die Verfassungsgebende Versammlung, die dann gebildet wird, ein entsprechendes Gesetz erläßt.

Die Linke macht Boden gut

Daß dies in den Bereich des Möglichen rückt, darauf deuten die Wahlen in 201 Gemeinden vom November 1985 hin.

Die PMDB konnte mit 32,9% der Stimmen ihre Stellung als stärkste Partei halten, auch wenn sie gegenüber den Parlamentswahlen von 1982 Stimmen an weiter links stehende Parteien abgeben mußte. Die Partei der Liberalen Front (PFL), eine Abspaltung der Sozialen Demokratischen Partei (PDS) der Militärs, die sich noch 1984 mit der PMDB zur Wahl von Tancredo Neves verbündet hatte und der Sarney angehört, verbündete sich diesmal in den meisten Städten mit der rechten Brasilianischen Arbeiterpartei (PTB).

Mit ihrer Unterstützung konnte in São Paulo der Kandidat der PTB, der rechtsradikale Janio Quadros, mit 38% der Stimmen zum Bürgermeister gewählt werden. Sie machten sich die vom Militär ererbte Korruption und Mißwirtschaft zunutze, die auch nach 9 Monaten demokratischer Regierung nicht beseitigt war. Dieselben Militärs, Politiker, Bankiers und Großunternehmer, die für diese Zustände verantwortlich waren, unterstützen und finanzierten die Wahlkampagne Quadros'.

Der progressive Kandidat der PMDB, Fernando Henrique Cardoso, konnte dennoch 34% der Stimmen auf sich vereinen. Seine Niederlage war zudem nur

auf das getrennte Auftreten der Linksparteien zurückzuführen. So konnte die PT weitere 20% auf sich vereinen.

Die PMDB siegte jedoch in 17 von 23 Hauptstädten der Bundesstaaten. Die PDS, die 1982 noch fast 40% der Stimmen erzielte, erhielt nur noch 3,6% und einen Bürgermeisterposten in einer Hauptstadt. PFL und PTB erreichten zusammen 23,2%.

Die links von der PMDB stehenden Parteien konnten allesamt erhebliche Stimmengewinne verbuchen. Die linkspopulistische Demokratische Arbeiterpartei (PDT) des Gouverneurs von Rio, Leonel Brizola, erhielt 14,1% und gewann die Bürgermeisterposten von Rio und Porto Alegre. Die PT, die 1982 fast nur in São Paulo vertreten war, konnte mit 11,1% ihren Stimmenanteil verdreifachen. In der Großstadt Fortaleza siegte ihre Kandidatin Luiza Fontenella. In Gioiana erhielt sie 40% und in Belo Horizonte und Victoria, wo sie 1982 fast nicht existent war, jeweils 26%.

Die Brasilianische Kommunistische Partei (PCB), die Sozialistische Partei (PSB) und die maoistische Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB), die erst 1985 legalisiert wurden, konnten ebenfalls gute Ergebnisse erzielen und unterstützten zumeist andere Linkskandidaten. Mit Unterstützung der PCB und eines Flügels der PMDB konnte der Kandidat der Sozialisten das Bürgermeisteramt von Recife erobern. Die gemeinsame Liste von PSB und PCB erreichte 7% in Rio. Die PCB kam in Belo Horizonte (drittgrößte Stadt) auf 5%.

Die Rechte wird nun vor allem São Paulo als Sprungbrett für die Durchsetzung ihrer Politik nutzen.

Entlassungen „kommunistischer“ Stadtangestellter und Verbote der oppositionellen Presse hat Janio Quadros bereits angekündigt. Er will damit gerade gegen jene vorgehen, die die Korruption stets denunziert haben.

Vor allem aber wollen sie Sarney zu einer Kabinettsumbildung drängen, die die Regierung von der PMDB unabhängiger machen und rechte Elemente in die Ministerien plazieren soll. Das würde natürlich nur die Konfrontation zwischen Regierung, Unternehmern und Fazendeiros auf der einen Seite, den Gewerkschaften und der Linken auf der anderen verschärfen.

Die PT Lulas wie die PDT Brizolas suchen daher unter der bewährten Lösung „Diretas já“ (Direktwahlen jetzt) das Volk von neuem zu mobilisieren, damit es im November dieses Jahres noch selbst und direkt seinen Präsidenten wählen kann. Auf jeden Fall aber steht die Einheit der Gewerkschaften in Stadt und Land und die der Parteien der Linken heute mehr denn je auf der Tagesordnung.

SOZIALISMUS

Marxistische Monatszeitschrift

SOZIALISMUS informiert regelmäßig über folgende Themen:

- Systemveränderung von Rechts — das Gesellschaftsprojekt der Neokonservativen
- Zwischen Anpassung und Reform — Die SPD auf der Suche nach einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
- Früchte des Spätkapitalismus: Kunst, Kultur, Individuum und Gesellschaft
- Umwelt und Technik: Inhalte und Möglichkeiten einer ökologischen Gesamtreform
- Gesellschaftspolitische Diskussionen in Großbritannien, Italien, Frankreich, USA, Schweden etc.
- Reformen in den sozialistischen Ländern: Sowjetunion, China usw.



SOZIALISMUS ist ein Forum für die politisch-theoretische Debatte der Linken. In der Zeitschrift schreiben u.a. Gerhard Bäcker, Ilse Brusis, Hansgeorg Conert, Inge Wettig-Danielmeier, Joschka Fischer, Peter Glotz, Detlef Henschke, Rudolf Hickel, Pietro Ingrao, Karl-Heinz Janßen, Leo Kofler, Hans-Jürgen Krupp, Alessandro Natta, Peter von Oertzen, Horst Peter, Alfredo Reichlin, Fritz Scharpf, Gerhard Schröder, Ulf Skirke, Göran Therborn, Karsten Voigt, Werner Vitt, Rudolf Welzmüller, Karl Georg Zinn.

SOZIALISMUS

marxistische Monatszeitschrift

SOZIALISMUS erscheint monatlich mit 64 Seiten im Großformat zum Preis von DM 6,- (Einzelheft). Das **Jahresabonnement** kostet 55,- (+ 5,- Porto).

SOZIALISMUS wird herausgegeben von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST)!

Die Redaktionsanschrift lautet:
VSA-Verlag, Stresemannstraße 384 a,
2000 Hamburg 50, Tel.: 040/89 40 69
Probeheft anfordern!

Thomas Maier Die Schlacht der ganzen Nation

Im Vorfeld des 3. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas (PCC), der vom 3.-6. Februar 1986 in Havanna stattfand, ergingen sich die hiesigen Medien in wüsten Spekulationen über eine „Wende“ in Kuba.

Sah die taz „Castro auf den Spuren Tengs“¹, so ist für den Spiegel, der die Kubaner seit dem Sieg der Revolution in einer wirtschaftlichen Dauerkrise sieht, die Exotik der kubanischen Revolution endgültig vorbei: „Fidel Castros Bruder, der Stalin-Verehrer Raúl, soll die Insel auf Moskauer Kurs bringen.“² „Moskaus aufwendige politische Caritas für Fidels kostspieliges Revolutionsexperiment soll auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden.“³

Die Süddeutsche Zeitung sieht Ches „Neuen Menschen“ des „Socialismo Tropical“ unter einer wiedererwachten Gier der Kubaner nach Dollars dahinschwinden⁴, während die Welt Elemente westlicher Mode vor den „grauen Häuserfassaden mit bröckelndem Putz, muffig riechenden Eingängen, spärlich beleuchteten Straßen“ und „massiver Polizeipräsenz“ ausmacht.⁵

Bürden Schuldenkrise und US-Interventionsdrohungen

Gefangen in den Stereotypen antisozialistischer Berichterstattung⁶, gelingt es diesen Berichterstattern nicht, die in der Tat realisierten tiefgreifenden Veränderungen in der kubanischen Innen- und Wirtschaftspolitik in den letzten beiden Jahren (die Kubaner selber nennen sie die „Stille Revolution“) im Zusammenhang mit der geänderten weltpolitischen Lage und den für die Entwicklungsländer generell schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen darzustellen.

In den Jahren seit dem letzten Parteitag (Dezember 1980) haben sich zentrale Weltwirtschaftliche Parameter rapide gewandelt. So stiegen von 1980-82 die Ölpreise von 12 auf 40 Dollar /Barrel (\$/b)⁷, um heute wieder auf 15 \$/b abzufallen. Der Dollarkurs (zur DM) stieg von 1,80 DM/\$ auf 3,50 DM/\$, um wieder auf 2,20 DM/\$ zu fallen.

Die Zinssätze auf dem internationalen

Kapitalmarkt verdoppelten sich. Die Verschuldung der Entwicklungsländer stieg von 400 Mrd \$ Ende 1979 auf heute knapp 970 Mrd \$.

Die Preise der meisten Rohstoffe sanken nicht nur real, sondern auch absolut. Die realen Rohstoffpreise lagen 1985 27% unter den Preisen der 50er und 23% unter denen der 70er Jahre. 1980 wurde ein historischer Rohstoffhöchstpreisstand erreicht.⁸

Der für Kubas Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern entscheidende Zuckerweltmarktpreis ging auf weniger als 1/4 zurück (von umgerechnet 1.148 DM/t im Jahr 1980 auf 273 DM/t 1985⁹).

Wenngleich Kuba durch seine Einbindung in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) von diesen Veränderungen weit weniger betroffen wurde als andere Entwicklungsländer, so erzwang dies aber immerhin eine massive Umorientierung des Außenhandels (von 45% auf nur noch 13% „West“anteil) und die Aufnahme von Umschuldungsverhandlungen über 3 Mrd \$ Auslandsverschuldung gegenüber den westlichen Industrieländern.

Politisch fiel in die Periode seit 1980 der Übergang von der Carter- zur Reagan-Administration und die Rückkehr zur Politik des „big stick“ (großen Knüppels).

Die Anzeichen einer vorsichtigen Entspannungspolitik zwischen den USA und Kuba wichen massiven Interventionsdrohungen. Spätestens nach der Invasion in Grenada (Oktober 1983) war für Kuba klar, daß massive eigene Anstrengungen notwendig wurden, um den Drohungen der Pentagon-Generale Paroli zu bieten. Die Aufstellung einer Territorialmiliz von über 1,5 Mio kubanischer Frauen und Männer in weniger als 5 Jahren, die Dezentralisierung der militärischen Kommandostruktur, die Härtung der militärischen Infrastruktur, die Einteilung des Landes in Verteidigungszonen auf Gemeinde und Wohnblockebene sowie die Aufnahme der eigenen Waffenproduktion sind die kubanische Antwort auf die aggressive Reaganpolitik. Die Aufstockung der eigenen Verteidigungsanstrengungen erfolgt auch nicht zuletzt

angesichts der US-Aufrüstung und -Atomkriegsplanungen.

Ein Großteil der zusätzlichen Verteidigungsanstrengungen wurde durch Spenden aus der Bevölkerung und durch freiwillige Arbeit erbracht. So findet die Milizausbildung und die örtlichen Verteidigungsübungen während der Freizeit und an Wochenenden statt.

Anders als allgemein erwartet, haben alle Maßnahmen, daß „der Feind uns nicht desorganisiert, unbewaffnet und unvorbereitet antrifft“¹⁰, die Ergebnisse des 2. Fünfjahrplanes nicht negativ beeinflusst.

Jedes andere lateinamerikanische Land wäre froh und würde umgehend als positives Beispiel einer kapitalistischen Entwicklungsstrategie gefeiert werden, wenn es wie Kuba im abgelaufenen Planjahr fünf (1981-85) ein durchschnittliches Wachstum von 7,3% pro Jahr (p.a.) erzielt und die Planrate von 5% p.a. so deutlich übertroffen hätte.¹¹

Erfolgsziffern in Produktion, Gesundheit, Bildung

Die Industrieproduktion wuchs gar um 8,8% p.a. Die Investitionen lagen um 1/3 über denen des vorangegangenen Fünfjahrplanes. Die Arbeitsproduktivität wuchs um 5,2% p.a. und erbrachte damit 3/4 des gesamten Produktionswachstums. Über 600.000 Arbeitsplätze wurden während der vergangenen 5 Jahre neugeschaffen, während gleichzeitig die Zahl der „Macheteros“, die noch mit der



Fidel Castros Berichterstattung auf dem 3. PCC-Parteitag

Machete das Zuckerrohr ernten, von 350.000 auf 72.000 zurückging.

Der größte Teil der vermehrten Produktionsleistung kam dem gesellschaftlichen Konsum zugute, der nahezu dreimal so schnell (+ 7,1% p.a.) wuchs wie der private Konsum mit 2,8% p.a. Dies schlug sich in einem weiter verbesserten Gesundheitswesen und einer qualitativen Verbesserung des Erziehungswesens nieder.

So erreicht jetzt die Lebenserwartung in Kuba stolze 74,2 Jahre, ist die Säuglingssterblichkeit mit 15 pro 1.000 Lebendgeborenen die niedrigste und die Ärztdichte mit 443 Einwohner pro Arzt die höchste in ganz Lateinamerika. Je 20.000 Ärzte und medizinisch-technisches Personal sollen in den nächsten Jahren dem Hausarztprogramm in der Basisversorgung zugewiesen werden.

Ein Rückgang der Schülerzahlen und eine steigende Zahl von ausgebildeten Lehrern, die die Hochschulen verlassen, erlaubten die Durchführung eines auch für Industrieländer wohl einmaligen Programms: Über 10.000 Grundschullehrer, die in Zeiten des großen Schülerbooms in den 60er und 70er Jahren nur in Schnellkursen ausgebildet werden konnten, erhalten jetzt die Chance, ein Hochschulstudium bei voller Bezahlung nachzuholen. Die ersten 2.700 so graduierten Lehrer verließen 1985 die Universitäten. Über 5.000 Lehrer erhalten derzeit eine naturwissenschaftliche Zusatzausbildung für die Sekundarstufe.

Auf beachtliche Produktionssteigerungen kann auch die Landwirtschaft zurückblicken. Bei wichtigen Produkten

wie Fleisch, Eiern, Geflügel, Milch, Kaffee, Kakao, Tabak konnte die Produktion 1981-85 um 1/4 bis 1/3 ausgeweitet werden. Dem stehen aber zum Teil noch stärkere Bedarfssteigerungen gegenüber. Fortschritte wurden auch auf dem Gebiet der Stromerzeugung (+ 4,3% p.a.), des Kraftwerksbaus, der Energieeinsparung, der Ausweitung des elektrischen Versorgungsnetzes (85% aller Haushalte verfügen über einen Stromanschluß), der Stahl- und Ölproduktion, des Baus von Eisenbahnwaggons, der Herstellung von Omnibussen, Radio und Fernsehgeräten erzielt.

Offenlegung der Schattenseiten

Die Bauindustrie ist wohl der wachstumstärkste Sektor der kubanischen Wirtschaft (+ 9,5% p.a.), wobei besonders im Wohnungsbau die Bauleistung am stärksten stieg. Dies wurde begünstigt durch das neue Wohnungsgesetz von 1985, welches den privaten Wohnungsbau fördert und die Mieter zu Eigentümern ihrer Wohnungen macht.

Ungeschminkt, deutlich und daher wohl auch zur Verwirrung der bürgerlichen Medienberichterstatte beitragend, legte Ministerpräsident Fidel Castro Schwächen, Mißstände und Versäumnisse der kubanischen Wirtschaft dar.

Manches liest sich gar wie eine lehrbuchmäßige Kritik der sozialistischen Planwirtschaft. So sind es nicht nur die schwierigen natürlichen Bedingungen wie langanhaltende Dürre und extreme Verwüstungen durch den Hurrikan „Kate“ im Herbst 1985, die die Planzahlen in der Zuckerproduktion unerreichbar machten. Denn trotz kräftiger Steigerungen der Investitionen kam man dem gesteckten Ziel der Importsubstitution und Exportsteigerung zum Ausgleich der chronisch defizitären Handelsbilanz mit den westlichen Industrieländern sowie zur Erfüllung der Lieferverpflichtungen gegenüber den sozialistischen Ländern nicht im gewünschten Umfang näher.

Zu den beklagten Mängeln einer geringen Rentabilität der Investitionen, der verspäteten Inbetriebnahme neuer Anlagen, der unzulänglichen Abstimmung der sektoralen Planungen haben nicht nur die sich objektiv verschlechterten Rahmenbedingungen (Zuckerpreisverfall, hohes Zinsniveau, Kündigung von Krediten usw.), sondern auch viele subjektive Unzulänglichkeiten beigetragen.

Sie reichen von unzureichender Qualifikation über verspäteter Überführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion, mangelnder Arbeitsdisziplin, hoher Fluktuation der Arbeitskräfte, schlechter Organisation und Wartung, verspätetem Einsatz moderner Technik in der

Produktion bis hin zu fehlender Produktionsabstimmung mit vor- und nachgelagerten Betrieben.

Dies führte insbesondere im Bereich der Zucker-, Verpackungs- und Papierindustrie sowie bei der Ersatzteilherstellung zu unausgelasteten Kapazitäten und steigenden Kosten. Im Bauwesen werden mangelnde Qualität und zu viele unfertige, weil schlecht geplante, Projekte beklagt. Das betriebliche Preisbildungs- und Abrechnungssystem gilt als stark verbesserungsbedürftig.

Kritik wurde auch an der nach wie vor instabilen, lückenhaften und qualitativ schlechten Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, insbesondere mit Bekleidung, Schuhen, Möbeln usw., aber auch staatlichen Dienstleistungen geübt. Die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse rügte Fidel als spärlich im Vergleich zu den aufgewandten Mitteln. Die Forschung erfolge unsystematisch und die derzeitige Ausbildung von Wissenschaftlern gehe an den Bedürfnissen des Landes vorbei.

Besonders kritisiert wurde der Rückstand der elektrotechnischen und der Elektronikindustrie sowie der noch unzureichende Einsatz von Computern. Künftig soll daher die Ausbildung an Computern in den Schulen intensiviert werden.

Ärgernisse des Alltags

Selbst das ansonsten erfolgreiche Gesundheits- und Erziehungswesen blieb von Fidels Kritik nicht verschont. Es werden Engpässe, mangelnde Sauberkeit und unzureichende Qualität beklagt, die Medikamentenversorgung als streckenweise unzureichend bezeichnet. Der Schulausbildung an einigen Schulen wird schlechte bis mittelmäßige Qualität bescheinigt, und die Graduierung von Studenten ohne entsprechendes Fachwissen, durch – dies wurde aber nicht gesagt – politische Protektion, kritisiert.

In dieser Liste fehlen natürlich nicht die kleineren, aber ständigen Ärgernisse des kubanischen Alltages wie schlechter öffentlicher Transport, die völlig unzureichende Wasserversorgung in Havanna und ein antiquiertes Telefonnetz. Und die weitestgehende Untätigkeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Abwasserreinigung wird ebenso benannt wie die Überbürokratisierung und Ineffizienz der Verwaltung. Die dort produzierten Statistiken seien, so Fidel Castro, „ein Berg von Daten von höchst zweifelhaften Nutzen“.¹²

In Kenntnis dieser Probleme der kubanischen Wirtschaft hat Fidel Castro schon Ende 1984 eine zentrale Arbeitsgruppe aus Vertretern der Partei, der Regierung und der Massenorganisationen einge-



setzt, die die Schwachstellen der kubanischen Wirtschaft analysierte und Vorschläge für die künftige Wirtschaftsstrategie machte.

Fidel Castro trug diese Ergebnisse schon am 4.12.1984 auf dem ersten nationalen Energieforum vor. Grundgedanken dieser Strategie sind:

- sparsamster Umgang mit Rohstoffen und Energie;
- Reduzierung der Importe aus kapitalistischen Ländern;
- Steigerung der Exporte, darunter auch der Dienstleistungsexporte (= internationaler Tourismus) in diese Länder, um die Schulden zu tilgen und das Handelsbilanzdefizit abzubauen;
- Festigung der Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern, weil diese weniger den Weltmarkteinflüssen ausgesetzt sind;
- Stärkung der Investitionen zu Lasten eines schwächeren Wachstums des Konsums;
- Stabilisierung des erreichten Niveaus der sozialen Versorgung, Umlenkung der Investitionen in den produktiven Sektor;
- Vertrauen auf die eigenen Kräfte, Anstrengungen und Ressourcen.

Die Zukunft ist unsere, sie zu gewinnen „muß die ökonomische Schlacht der ganzen Nation, der Wirtschaftskrieg des ganzen Volkes sein“,¹³ sagte der Ministerpräsident erstmals vor einem Jahr. Daß die Aufrufe zu mehr Disziplin und Arbeitsqualität keine Sonntagsreden waren, wurde erneut bestätigt: „Es wird keinerlei Toleranz mehr geben gegenüber Faulheit, Nachlässigkeit, Inkompetenz oder Unverantwortlichkeit. Das Lehrlingsstadium müssen wir ein für alle mal hinter uns lassen.“¹⁴

Ehrgeizige Ziele

Dies bekamen in den vergangenen Monaten auch die Minister für Transportwesen, Gesundheit und Inneres zu spüren, die – obwohl teilweise langjährige Kampfgefährten Fidels (wie der Innenminister Ramiro Valdez) – kurzerhand entlassen wurden. Darüber hinaus wurden auch mehrere staatliche Zentralbehörden neu besetzt: Wissenschaftsakademie, Rundfunk- und Fernsehen, Sportinstitut, Presseagentur, Cubatur, die Generalstaatsanwaltschaft. Weitere Neu- und Umbesetzungen sind geplant.

Bei der Besetzung des PCC-Zentralkomitees (ZK) kamen zahlreiche jüngere Funktionäre zum Zuge. Der häufig als zu niedrig kritisierte Frauenanteil wurde aufgestockt, die Zusammensetzung des ZK mehr den ethnischen Verhältnissen in der Bevölkerung angepaßt. Dies soll auch die Zielvorgabe für die Besetzung der mittleren und unteren Parteigremien sein.

Basierend auf der neuen Wirtschaftsstrategie wird für die jetzt beginnende Fünfjahrplanperiode 1986-90 ein jährliches Wachstum von 5% geplant, wovon 70% durch eine höhere Arbeitsproduktivität erreicht werden sollen.

Schwerpunkte liegen bei der Rohstoff- und Energieeinsparung. Die Exporte sollen dreimal so schnell wachsen wie die Importe, um das Ungleichgewicht der Handelsbilanz zu beseitigen. Entwicklungsschwerpunkte in der Industrie liegen auf den Gebieten Stahlerzeugung (Ziel Verdoppelung auf 1 Mio T/a), Ölförderung (Verdreifachung auf 2 Mio t/a), pharmazeutische Produktion, Biotechnologie, Elektronik (in Zusammenarbeit mit dem RGW) und der industriellen Verarbeitung der Zuckerrohrenprodukte zu Viehfutter, Hefen, Verpackungsmaterial und als Rohstoff der chemischen Industrie.

Parteitag mit Fortsetzung

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt ist das Transportwesen (Ausbau der Eisenbahn, Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs), wobei auch eine Anhebung der hochsubventionierten und seit der Revolution unveränderten Nahverkehrstarife (umgerechnet 0,15 DM) ins Auge gefaßt wird. Unsicherheitsfaktoren für die Verwirklichung der hochgesteckten Ziele sind die künftige Entwicklung der Weltmarkt-Zucker- und Ölpreise.

Von einem Fortbestehen der für Kuba vorteilhaften RGW-Verrechnungspreise für Öl- und Zucker kann ausgegangen werden, weil Kuba beabsichtigt, seine wirtschaftliche Verflechtung mit dem RGW auszubauen, so daß künftig nur noch rund 15% des Außenhandels mit den kapitalistischen Industrieländern abgewickelt wird.

Viele Spekulationen rankten sich um die Verschiebung des ursprünglich für November 1985 geplanten Parteitages auf den Februar 1986.

Die Gründe hierfür sind weniger in einem vermuteten Machtkampf zwischen Fidel und seinem Bruder Raúl Castro¹⁵ zu suchen, als in den im Herbst 1985 noch nicht klaren Rahmendaten der Fünfjahrpläne der anderen RGW-Länder, die für ein Land wie Kuba mit einer strukturell hohen Außenhandelsverflechtung die entscheidende Inputgröße darstellen. Auch bedurfte die Ausarbeitung der neuen Wirtschaftsstrategie noch zusätzlicher Vorbereitungsarbeit. Und zwischenzeitlich gelang es Kuba, die 1985er Umschuldungsverhandlungen mit den westlichen Gläubigerbanken zu einigermaßen akzeptablen Konditionen abzuschließen.

Ein neuer Stil wurde auch bei der Diskussion des neuen Parteiprogramms prakti-

ziert. Es wurde diesem Kongreß nur als Entwurf vorgelegt, der im nächsten halben Jahr nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch in den Massenorganisationen breit diskutiert werden soll. Eine Fortsetzung dieses Parteitages im Herbst 1986 soll dann das endgültige Programm beschließen: ein neues Beispiel kubanischer Massendemokratie.

Anmerkungen:

- 1) Die Tageszeitung (taz), 4.2.1986
- 2) Der Spiegel, Nr. 31/1985, S. 109
- 3) Ebenda
- 4) Süddeutsche Zeitung (SZ), 14.2.1986
- 5) Die Welt, 5.3.1986
- 6) Z.B. unterstellt die SZ vom 14.2.1986: „So abhängig wie Cuba vor der Revolution vom Zuckerexport in die USA war, so abhängig ist das Regime heute von der Sowjetunion.“
- 7) 1 Dollar/Barrel = 7,40 Dollar/t
- 8) ifo-Schnelldienst, Nr. 5/1986
- 9) Informationsschrift der Wissenschaftlichen Vereinigung Zucker, Bonn, o.J. (1985)
- 10) Fidel Castro, Bericht an den 3. Parteitag, in: Granma. Weekly Review, 10.2.1986, S. 10
- 11) 1980-85 wurde für Lateinamerika ein durchschnittliches Wachstum von 0,5% pro Jahr registriert. Das Pro-Kopf-Wachstum ging gar um 2% zurück und liegt heute auf dem Niveau von 1977. Vgl. Fidel Castro, Bericht..., a.a.O.
- 12) Ebenda, S. 7
- 13) Ebenda, S. 8
- 14) Ebenda
- 15) Der Spiegel, a.a.O.



team
reisen

Solidaritätsreise Nicaragua

26.06. - 12.07.86 und 29.07. - 15.08.86
Fachreisen mit umfangreichem Programm, vielen Besichtigungen, Begegnungen und Gesprächen.

Für die Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA bieten wir an:

Studienreise

Demokratie in Cuba

17.05. - 31.05.86

2 Wochen Rundreise mit umfangreichem Programm. Halbpension, Doppelzimmer, Transfers etc. im Preis enthalten.

DM 2800,-

- Cuba auf eigene Faust

Eine Woche ab Berlin-Schönefeld oder Düsseldorf incl. Frühstück/Transfer

ab 1445,- DM

team reisen gilt zwar als Spezialist für Reisen in die Palmenländer, doch reisen wir zu allen Zielen rund um die Welt, ob zu den Sioux, zum Nordkap oder nach sonsto - und Billigflüge haben wir auch!

040 / 491 60 66
Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20

Marc Edelman

Hilfe zum Überleben Nikaragua und das sozialistische Lager (III)

Die USA haben andere Formen der Hilfe sozialistischer und nichtpaktgebundener Staaten zum Vorwand genommen, um ihre Angriffe auf Nicaragua fortzusetzen. Dies gilt vor allem für die Militär- und Sicherheitsunterstützung des sozialistischen Blocks.

Nicaragua ersuchte die sozialistischen Länder aus drei Gründen um Militärhilfe. Erstens war seine Sicherheit unmittelbar nach dem Juli 1979 bedroht. Zweitens wurde es bald offenbar, daß die USA keine bedeutsame militärische Unterstützung zur Verfügung stellen würden. Drittens machte es der Diebstahl von Nicaraguas Reserven an harter Währung durch flüchtende Somozisten schwierig, den Kauf von Waffen in Westeuropa oder Lateinamerika in Erwägung zu ziehen.⁴⁹

Im Gegensatz zu Behauptungen der Reagan-Administration, daß Nicaragua seine Nachbarn bedrohen würde, stellen als geheim eingestufte Berichte von US-Nachrichtendiensten fest, daß „die gesamte Aufrüstung in erster Linie auf Verteidigung gerichtet ist, und daß viele der kürzlich erfolgten Anstrengungen der Verbesserung von Fähigkeiten zur Aufstandsbekämpfung gewidmet sind“.⁵⁰ Sogar die eigenen Angaben der Administration über die Zeitpunkte von Nicaraguas Anschaffung von militärischen Ausrüstungen weisen darauf hin, daß sich das Land bewaffnet hat, um auf äußere Bedrohungen und Angriffe zu antworten. Und diese Angaben sind äußerst zweifelhaft. Im März 1985 z.B. brachten Anhörungen vor dem Unterausschuß des Repräsentantenhauses für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre zutage, daß sogar der CIA „viel niedrigere Zahlen“ über Nicaraguas militärische Fähigkeiten vorgelegt hatte als die von der Administration veröffentlichten.⁵¹ (...)

Schätzungen der gegenwärtigen Stärke der Streitkräfte Nicaraguas reichen von einer offiziellen Zahl von 85.000 – davon die Hälfte Miliz – bis zur Behauptung der Reagan-Administration von 119.000 (62.000 im aktiven Dienst und 57.000 in den Reserven und in der Miliz).⁵²

Es gibt größere Widersprüche zwischen Schätzungen der Administration über Nicaraguas Rüstungsvorräte – besonders



Milizionäre bei Übungen. Anfänglicher Waffenmangel wurde durch die sozialistischen Länder behoben

gepanzerte Kräfte – und den von unabhängigen Militäranalysen veröffentlichten Zahlen, so z.B. des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) mit Sitz in London und des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI).⁵³ Zahlreiche jüngere Analysen widersprechen ebenso den Behauptungen, daß Nicaraguas Streitkräfte unverhältnismäßig stärker seien als diejenigen seiner Nachbarn.⁵⁴

Vorrüstung der Sandinistas?

Seine Luftwaffe ist in jedem Vergleichsfall schwach. Im Jahr 1984 hatte Nicaragua gerade 12 Kampfflugzeuge. El Salvador hatte 59, Guatemala 30 und Honduras 30, darunter 12 von Israel modernisierte französische Super-Mystère-Jagdbomber, die den sowjetischen MiG-21, die Nicaragua nie erhalten hat, ungefähr ebenbürtig sind.

Jedes dieser Länder hatte im Jahr 1979 bedeutsame Käufe von Kampfflugzeugen getätigt, bald nachdem die Sandinistas an die Macht gekommen waren.⁵⁵ Honduras forderte ebenfalls 12 moderne, in den USA hergestellte F-5E und zusätzliche israelische Kfir-C2 an. Wenn es auch jetzt nicht so aussieht, daß es diese Flugzeuge erhalten wird, verstärkte dieses Vorgehen jedoch Nicaraguas Besorgnis über das Kräftegleichgewicht in

der Region.

Das bemerkenswerteste Kennzeichen der Aufrüstung Nicaraguas ist die Weise, wie ihr Rhythmus auf bestimmte Drohungen und Aggressionsakte reagierte. Im Lauf des ersten Jahres der Revolution war militärische Hilfe aus Kuba, der Sowjetunion und Osteuropa nicht sehr wesentlich. US-Geheimdienstzahlen wiesen nur einen Wert von 5 Mio Dollar an militärischen Einfuhren aus dem Sowjetblock im Jahr 1979 aus.⁵⁶ Die Einfuhren Ende 1979 und in der ersten Hälfte des Jahres 1980 umfaßten sowjetische leichte Flak vom Typ ZPU, Boden-Luft-Raketen vom Typ SA-7, panzerbrechende Granaten vom Typ RPG-7 und ostdeutsche Lastwagen.⁵⁷

US-Zahlen für Nicaraguas Waffeneinfuhren aus dem Sowjetblock während des Jahres 1980 wiesen nur einen knappen Aufstieg auf 850 Tonnen aus, mit einem Wert zwischen 6 und 7 Mio Dollar. Das war wesentlich weniger als die 36,3 Mio Dollar an Militärlieferungen von Washington an seine mittelamerikanischen Kunden während des gleichen Jahres. Sogar US-Regierungsquellen enthüllten eine ähnlich geringe Anwesenheit von ausländischen Militärberatern in Nicaragua.

In der Mitte des Jahres 1980 setzten US-Geheimdienstberichte die Anzahl von kubanischen Militärberatern bei „Dutzenden“ an.⁵⁸ Die Reagan-Administration nahm später diese Zahlen nicht



Führende Sandinistas treffen kurz nach dem Sieg in Havanna mit Fidel Castro (M.) zusammen

Fidel Castro

Kein revolutionäres Land fällt auf die Knie

Anfang 1985 besuchte Kubas Ministerpräsident Fidel Castro zum zweiten Mal das befreite Nicaragua. Anlässlich der Eröffnung der von Kuba erbauten Zuckerfabrik „Victoria de Julio“ hielt er eine Rede über die Motive und Prinzipien der Solidarität mit dem Land Sandinos. Auf den in AIB 3/1986 dokumentierten wirtschaftlichen Bereich folgt nun Castros Sicht der politisch-militärischen Seite dieser Beziehungen.

Eine Intervention in Nicaragua, das ist meine absolute Überzeugung, würde den völlig unüberwindbaren Widerstand des nikaraguanischen Volkes auslösen. In Anbetracht der Realitäten und nicht guter Vorsätze würde eine Intervention in Nicaragua zu einem endlosen Kampf unter der Bevölkerung (führen?), der sich sogar bis zum Völkermord – den die Welt für untragbar halten würde – und zu einem Krieg ausweiten würde, in dem sich die Invasoren letzten Endes wieder zurückziehen müßten.

Die Lage ist genau die gleiche wie in unserem Lande. Wir haben unser Volk darauf vorbereitet, Widerstand zu leisten. Wir sind davon voll und ganz überzeugt, wieviele Mio Soldaten auch eingesetzt werden sollten. (...)

Nicaragua braucht Defensivwaffen

Vor kurzem las ich eine Meldung, in der von sieben sowjetischen Schiffen die Rede war, die Waffen geladen haben sollten. Ich wußte aber, daß diese sieben sowjetischen Schiffe Versorgungsgüter für Nicaragua und keine einzige Waffe geladen hatten. Ich verfolgte sorgfältig die weitere Entwicklung: Einige Tage später erklärten sie, daß die sieben Schiffe angekommen seien, sie hätten aber keine schweren Waffen, sondern leichte Waffen transportiert... Wir kennen die Wahrheit über diese Schiffe: Sie brachten keine einzige Waffe nach Nicaragua.

Es gab offensichtlich eine Kampagne, mit der man zu zeigen versuchte, daß Nicaragua nicht die Wahrheit gesagt hat und daß es die Realität und die Wahrheit leugnen will. Es ist eine Kampagne entfesselt worden, weil sich Nicaragua Waffen beschafft und versucht hat, Waffen zu bekommen, die nicht offensiv sind, Waffen, die einen rein defensiven Charakter haben. (...)

Die traditionelle Bedrohung Nicaraguas ist stets vom stärksten imperialistischen Land ausgegangen, und von dort geht auch heute die Bedrohung aus. Nicaragua hat die Anstrengungen unternommen, um vorbereitet zu sein und das Volk für den Volkskampf zu organisieren.

Ist es denn so schwer zu verstehen, daß Nicaragua die Waffen nicht erhalten hat, um gegen seine Nachbarn zu kämpfen, und daß es überhaupt keine Interessen hat, gegen sie zu kämpfen? Es versucht nichts anderes, als sich gegen die traditionelle Gefahr der Vergangenheit und der Gegenwart zu schützen. Können wir ein Land deshalb kritisieren? Was sollen wir denn tun, wenn wir bedroht werden? Sollten wir unsere Waffen niederlegen und auf die Knie fallen? Kein revolutionäres Land legt die Waffen nieder oder fällt auf die Knie, wenn es bedroht wird. (...) Wir müssen Abkommen erzielen, die Nicaraguas Integrität und Sicherheit gegenüber direkter Aggression und schmutzigem Krieg schützen. Das ist wichtig.

Es sind Schritte erforderlich, die den Frieden und die Sicherheit für ausnahmslos alle mittelamerikanischen Länder garantieren, denn es sind alles Bruderländer, die Frieden brauchen.

Wenn guter Wille vorhanden ist – und wir sind bereit, mit gutem Willen an die Sache heranzugehen – ist es möglich, Frieden in diesem Raum und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Ländern Mittelamerikas und der Karibik, und Kuba herzustellen. Wir könnten sogar gute, normale Beziehungen zwischen uns – ich meine in diesem Fall Kuba – und den Vereinigten Staaten haben. Dies würde aus revolutionärer Überzeugung heraus geschehen, und weil wir versuchen, realistisch zu sein.

Sie (die USA; d. Red.) haben ein anderes System. Es liegt an ihnen, es zu ändern, wenn sie es wünschen. Ich habe bisher niemanden kennengelernt, der daran interessiert wäre, das Gesellschaftssystem der USA zu ändern. Ja, aber die Vereinigten Staaten haben diese Angewohnheit, zu versuchen, das Gesellschaftssystem anderer Länder zu ändern. (...)

Eine Revolution ist ... viel schwieriger und komplizierter als jede andere Aufgabe. Sie ist viel schwieriger als ein Krieg. Ich sage nochmals: Einen Krieg zu führen ist leichter, viel leichter, als eine Revolution zu beginnen und durchzuführen, ein Land zu entwickeln und eine Volkswirtschaft aufzubauen. (...)

Niemand sollte sich beschweren. Keine Aufgabe ist ehrenvoller, edler oder anregender als die Aufgabe, ein Revolutionär zu sein. Es ist aber auch die schwierigste Aufgabe, denn sie erfordert Verantwortung, Opferbereitschaft, Disziplin und den Umgang mit tausend Problemen. Wir sagen unserem Volk immer dieses: Wir haben auf manchen Gebieten große Fortschritte gemacht, aber auf anderen haben wir die Schwierigkeiten noch nicht überwunden. Wir haben erklärt, daß wir die grundlegenden Probleme unserer Produktionsstruktur in den nächsten 15 Jahren überwinden müssen. Wir müssen unsere Exporte steigern, unsere Wirtschaft konsolidieren und neue Importe vergessen. (...)

Das nikaraguanische Volk hat ebenfalls diese Verantwortung, diese Aufgabe. Schwierige Probleme dürfen und können einen echten Revolutionär niemals abschrecken. In der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion müssen große Anstrengungen unternommen werden, trotz des Mangels an Rohstoffen und Ressourcen, inmitten eines schmutzigen Krieges und trotz niedrigerer Preise und Produktions sabotage.

Hier liegen Errungenschaften und Ruhm revolutionärer Völker, die sich großen Hindernissen widersetzen und diese überwinden. Die Geschichte ist voll von solchen Beispielen. (...)

Schluß
(Quelle: Radio Managua, 11.1.1985, 23.29 GMT)

zur Kenntnis und behauptete, daß 200 kubanische Berater im Oktober 1979 in Managua eingetroffen seien.⁵⁹

Die Reagan-Administration erklärte, daß 1981 Waffenlieferungen des Sowjetblocks nach Nicaragua einen Gesamtumfang von 900 Tonnen (t) hatten, gerade 50 t mehr als die vergleichsweise geringen Lieferungen 1980.⁶⁰

Diese Schätzungen veranschlagten die Lieferungen von 1981 jedoch mit einem sehr viel höheren Geldwert. Sie sollen

zwischen 39 und 45 Mio Dollar wert gewesen sein.⁶¹

1981 erwarb Honduras 16 britische Scorpion-Panzer des Baujahrs 1970, die eine Höchstgeschwindigkeit von 77 km/h haben und schwimmfähig sind. Bald darauf erhielt Nicaragua zwischen 25 und 50 sowjetische Panzer aus zweiter Hand von Algerien. Diese T-54 und T-55-Modelle, hergestellt zwischen 1948 und 1963, besitzen eine Höchstgeschwindigkeit von 48 km/h, und sie

können nur im Flachland eingesetzt werden. Sie wiegen jeweils 32 t und machten so fast mit Sicherheit den größten Teil der 900 t an Militärlieferungen aus, die die Reagan-Administration für das Jahr behauptete. (...)

Die Sowjetunion verließ 1981 auch zwei Hubschrauber an Nicaragua, die freilich auf dem Hauptflughafen von Managua stationiert waren und für nichtmilitärische Zwecke benutzt wurden – Transport von Nahrungsmitteln, Rettungsein-

sätze und Transport zu Besuch weilender ausländischer Würdenträger, darunter Papst Johannes Paul II.

Im Dezember 1981 kam es zu Nikaraguas bisher anspruchsvollem Waffenkauf – von Frankreich. Der 15-Mio-Dollar-Kauf umfaßte Küstenwachboote, zwei Alouette-Hubschrauber, 45 Mannschaftstransporter, 100 Raketenwerfer und 7.000 Raketen.

An diesem Punkt, bei wachsender US-Unterstützung für die Contras und einem sich ausweitenden Krieg, war das Stadium für ein Wachstum der Militärmacht Nikaraguas erreicht. Im November 1981 betrug die Stärke seiner Armee schätzungsweise 25.000 – mehr als die Armee von Honduras, aber einige tausend weniger als die von El Salvador.⁶²

Mehr Rüstung wegen Contrakrieg

Die militärischen Einfuhren im Jahr 1982 betragen nach Schätzungen der Reagan-Administration etwa 6.700 t, bei einem Wert von 80 Mio Dollar.⁶³ Eine unabhängige Quelle berichtet, daß die „kleinen Mengen“ von Ausrüstungen, die während des Jahres 1982 eingeführt wurden, weitere 20 T-54-Panzer umfaßten, 12 gepanzerte Truppentransporter BTR-60, sechs 105-mm-Haubitzen und etwa 48 ZIS-2-37-mm-Flak.⁶⁴ Sogar der Bericht der Kissinger-Kommission räumte ein, daß die erste Lieferung von „ausgereifter sowjetischer Elektronikrüstung“ erst im Dezember 1982 stattfand, ein ganzes Jahr nachdem der CIA mit der aktiven Unterstützung der Contras begonnen hatte.⁶⁵

In den Jahren 1983-84 bat Nicaragua um verstärkte ausländische Hilfe, um mit der sich verschlechternden militärischen Lage fertig zu werden. Schätzungen der Administration über militärische Hilfe der sozialistischen Länder in diesen Jahren belaufen sich auf 113 Mio Dollar (14.000 t) für 1983 und zwischen 112 und 250 Mio Dollar (18.000 t) für 1984.⁶⁶

Trotzdem erfolgte der Zustrom von Kernausrüstungen wie z.B. von Panzern und LKWs in „einem sehr verminderten Maß“ seit Beginn des Jahres 1983.⁶⁷

Zur gleichen Zeit wurde die Fähigkeit Nikaraguas, eine noch so kleine moderne Luftwaffe aufzubauen, dadurch durchkreuzt, daß die Administration das von der Sowjetunion gebaute MiG-21-Kampfflugzeug als „unannehmbar“ bezeichnete und im Kongreß Übereinstimmung darüber erzielte, daß die Einführung von MiGs eine militärische Vergeltung der USA rechtfertigen würde.

Seit 1981 hatten die Sandinistas zu verschiedenen Gelegenheiten auf ihrem Recht bestanden, als eine souveräne Nation die angegriffen wird, diese aus

den 50er Jahren stammenden Flugzeuge zu erwerben. Doch schon im November 1982 gab Verteidigungsminister Humberto Ortega bekannt, daß Nicaragua wahrscheinlich keine Hochleistungskampfflugzeuge in absehbarer Zukunft einführen würde.⁶⁸ (...)

Da sie nicht in der Lage waren, die MiGs zu erwerben, richteten die Nikaraguaner stattdessen ihren Blick auf die Beschaffung von tschechoslowakischen Albatross Unterschall-Schulflugzeugen L39, die für die Verwendung in Einsätzen zur Aufstandsbekämpfung umgebaut werden können.

Die Reagan-Administration machte bald deutlich, daß sie beabsichtigte, die bescheidenen L39 – deren Leistung ungefähr mit der aus den USA stammenden A-37 Dragonfly vergleichbar ist, die in El Salvador oft eingesetzt werden – mit den MiG-21 auf eine Stufe zu stellen. Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Fred C. Iklé, erklärte, daß Flugzeuge wie die L39 und die MiG-21 „ein Bollwerk darstellen (würden), hinter dem man Nachbarn angreifen kann“.⁶⁹ Gegen Ende 1984 erhielt Nicaragua zwischen 5 und 12 sowjetische Mi-24-Hind-Hubschrauber.⁷⁰ Die Sowjets hatten 16 dieser modernen Hochgeschwindigkeits-Kampfhubschrauber im vorhergehenden Jahr nach Peru geliefert.⁷¹ Aber sogar mit den Mi-24 läßt sich die Größe der nikaraguanischen Luftflotte nicht mit denjenigen seiner Nachbarn vergleichen. El Salvador besaß 1984 15 Kampfhubschrauber, 9 weitere waren bestellt; Guatemala hatte 50 Hubschrauber, wobei jedoch nicht alle einsatzfähig waren; Honduras hatte 15, 10 davon leihweise von den USA. (...)

Kurz nach dem Eintreffen der Mi-24 gaben die FDN-Contras bekannt, daß sie Boden-Luft-Raketen erhalten hätten. Daraufhin brachten honduranische Regierungsbeamte ihre Besorgnis zum Ausdruck, daß diese die Gefahr eines Krieges zwischen Honduras und Nicaragua erhöhen würden.⁷²

Defensive Waffen: Luftabwehrkanone aus der Sowjetunion



Die Anzahl ausländischer Berater in Nicaragua ist ein Hauptstreitpunkt in den Beziehungen mit Washington, und es ist schwierig, dies selbständig zu überprüfen.

Wie wir gesehen haben, wiesen zur Jahresmitte 1980 US-Geheimdienstberichte darauf hin, daß sich dort nur „Dutzende“ von kubanischen Militär- und Sicherheitsberatern befänden. Noch 1984 gab Jane's Defence Weekly die Zahl mit ungefähr 200 an.⁷³ Im Oktober 1984 bemerkte der politische Koordinator der Sandinistas, Bayardo Arce, daß dort „weniger als 500“ kubanische Militärberater seien.⁷⁴ Im März 1985 gab Präsident Ortega eine genaue Zahl an – 786.⁷⁵

Schätzungen der Reagan-Administration, die in die Tausende gehen, sind so gut wie sicher stark überzogen, sowohl wegen ihrer Übertreibungssucht als auch wegen ihres Kriteriums, jeden kubanischen Zivilisten, der in Kubas Militärreserve eine Ausbildung erhalten hat, als „Berater“ zu zählen.⁷⁶

In Grenada hatte die Reagan-Administration ähnlich überspannte Behauptungen aufgestellt, aber die Anzahl des gefangengenommenen kubanischen Personals stimmte genau mit den offiziellen Angaben überein, die von der kubanischen Regierung bekanntgegeben worden waren.

Militärische und Sicherheitsberater aus anderen sozialistischen und radikalen nichtpaktgebundenen Ländern waren in kleiner Anzahl vorhanden. Die Reagan-Administration setzte die Zahl von ostdeutschen Sicherheitsberatern mit „über 60“⁷⁷ an, der zuverlässige Londoner Economist nannte eine ähnliche Zahl – 50 – im Jahr 1983.⁷⁸

Die Administration behauptet ebenfalls, dort befänden sich 30-40 sowjetische Militärberater; die New York Times berichtete 1984, daß über ihre Anwesenheit nichts bekannt sei.⁷⁹ (...)

Wie die Zahlen auch lauten, die Sandinistas haben offenbar genug Vertrauen in die Eigenständigkeit ihrer Militär- und Sicherheitskräfte, daß sie bereit sind, ohne ihre ausländischen Berater auszukommen. Schon im November 1983 bot Nicaragua an, alle ausländischen Berater heimzuschicken und die Waffenkäufe einzustellen, falls andere mittelamerikanische Länder das gleiche tun würden. Im September 1984 bot Nicaragua an, den ausgearbeiteten Contadora-Vertrag zu unterzeichnen, der die Unterzeichner verpflichtet hätte, alles ausländische Militär- und Sicherheitspersonal abzuziehen.

Für die von den USA abhängigen Länder wie Honduras und El Salvador war diese Kernbestimmung unannehmbar. Nicaragua bleibt umzingelt von ausländischen

Truppen: Zum Ende des Jahres 1983 betrug die Gesamtstärke des US-Militärpersonals in der Region 14.568, wovon mehr als 5.000 Mann an ständigen Militärmanövern in Honduras teilnehmen und weitere 9.000 sich in der Panama-Kanalzone befinden.⁸⁰

Nikaraguas Beziehungen mit den sozialistischen und radikalen nichtpaktgebundenen Ländern wurzeln in den Sympathien der Sandinistas für Kuba, das während der langen Jahre des Kampfes gegen die Somoza-Diktatur entscheidenden Schutz und Ansporn und begrenzte Mengen an Waffen gab.

Nach dem revolutionären Sieg von 1979 weitete Nicaragua diese Verbindungen aus in dem Bemühen, seine geschichtlich bedingte Abhängigkeit von wenigen Märkten und Versorgern zu diversifizieren. Sie verstärkten sich oftmals als Ergebnis von bestimmten Handlungen militärischer und wirtschaftlicher Aggression der USA.

Seit der Gewährung des US-Darlehens von 75 Mio Dollar im Februar 1980 und dem Besuch der Nicaraguaner in der Sowjetunion Mitte März 1980 entstand ein Schema von US-Aktionen und nikaraguanischen Gegenmaßnahmen. Die Anstrengungen, das Überleben zu sichern und Würde zu bewahren, haben Nicaragua veranlaßt, andernorts nach Ressourcen zu suchen, sei es von Westeuropa, Lateinamerika oder vom sozialistischen Block und radikalen nichtpaktgebundenen Ländern.

Das ist der Zusammenhang, in dem Präsident Daniel Ortegas Reise in die Sowjetunion und sieben andere sozialistische Länder im April 1985 stand. Am 23. April 1985, einen Tag bevor das Repräsentantenhaus das 14 Mio-Dollar-Paket der Administration an „humanitärer“ Hilfe für die Contras zu Fall brachte, kündigte Ortega an, er wolle die Sowjetunion besuchen, um verstärkte wirtschaftliche Hilfe zu erbitten.⁸¹

Der Besuch löste auf dem Kapitolschloß einen Sturm der Empörung aus, und der Senat verabschiedete eine Resolution, die ihn verurteilte.

Die Tatsache, daß Ortegas Fahrplan auch Aufenthalte in Frankreich, Spanien, Italien, Finnland und Schweden beinhaltete, wurde weithin übersehen. Trotz-

dem führte die US-Ankündigung eines Wirtschaftsembargos vom 1. Mai 1985 den Moskau-Besuch als Beweis dafür an, daß Nicaragua „eine ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik der Vereinigten Staaten bedeutet“. Das Embargo widerspiegelt zwei Ziele der Reagan-Administration: die nikaraguanische Wirtschaft durch die Beseitigung einer ihrer wenigen Dollar-Quellen weiter im Würgegriff zu halten, und eine größere Abhängigkeit von der Sowjetunion herbeizuführen, um eine Fortführung der US-Intervention zu rechtfertigen.

Moskau als Embargo-Vorwand

Die Klugheit von Ortegas Zeitplan wurde weithin in Frage gestellt. Viele hatten das Gefühl, daß er eine schnelle Umkehr des Kongresses hinsichtlich der Frage der Contra-Hilfe hervorrufen könnte. Für die Nicaraguaner jedoch widerspiegelte die Entscheidung, die Reise durchzuführen, die Einschätzung, daß unabhängig vom Ausgang der Abstimmung der Zermürbungskrieg weitergehen und Wirtschaftssanktionen zunehmen würden.

Multilaterale Kreditquellen waren nun endgültig versiegt; im September 1984 stellte die Weltbank Auszahlungen an Nicaragua ein. Und im März 1985, weniger als einen Monat vor der Abstimmung im Kongreß, hinderten die USA die Interamerikanische Entwicklungsbank daran, auf ein nikaraguanisches Darlehensgesuch über 58 Mio Dollar einzugehen.

Von allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Nicaragua veranlaßt hatten um zusätzliche ausländische Hilfe nachzusuchen, war die Ölknappeheit des Landes, die durch den mexikanischen Lieferstopp noch verschärft wurde, wahrscheinlich die drückendste.

Die meisten Berichte nennen die Zahl von 200 Mio Dollar als den Betrag an sowjetischer Hilfe, um den Ortega nachsuchte; diese Summe entspricht in etwa Nicaraguas jährlicher Erdölrechnung. Aber die Moskauer Gespräche, die zur Bildung einer sowjetisch-nicaraguanischen gemischten Regierungskommis-

sion für wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und Zusammenarbeit im Handel führten, umfaßten offensichtlich eine große Spanne von Themen, wie auch die Diskussionen anderswo in Osteuropa und in Kuba.

Vor allem waren sie sicher dazu gedacht, Washington eine Botschaft über den Stand der Verpflichtungen des sozialistischen Blocks gegenüber Nicaragua zukommen zu lassen. Wenn auch der Ortega-Besuch keine umfangreichen Hilfsbeiträge des Sowjetblocks auslösen wird, ist jetzt klar geworden, daß die sozialistischen Länder die wirtschaftlichen und militärischen Hilfsmittel zur Verfügung stellen werden, die notwendig sind, um das Überleben der Sandinistas zu sichern.

Bis jetzt hatten die USA mindestens drei grundsätzliche Optionen in ihren Beziehungen mit Nicaragua: Eine Beilegung von bilateralen und regionalen Streitfragen durch Verhandlungen; fortgesetzter Contra-Krieg geringer Intensität verbunden mit wirtschaftlicher Blockade, oder direkte Intervention. Die durch die Ortega-Reise vermittelte Botschaft ist die, daß die sozialistischen Länder willens sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die zweite Option auszuschließen.

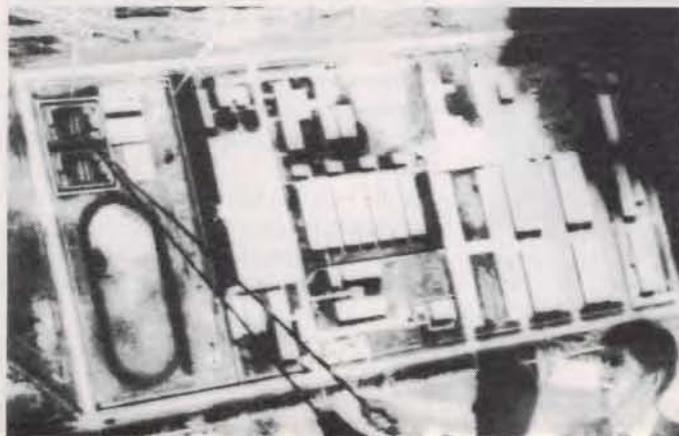
Für die Sowjetunion und ihre Verbündeten ist das eine vergleichsweise billige Strategie, die politische Dividenden in einer zunehmend nationalistischen Hemisphäre verspricht. Sie helfen mit, das Bestehen eines bedrohten revolutionären Experiments sicherzustellen und gleichzeitig die Kosten einer US-Intervention zu erhöhen. (...) *Schluß*

(Quelle: NACLA. Report on the Americas, New York, Nr. 3/1985, S. 33-56)

Anmerkungen:

- 49) Le Monde, Paris, 21.3.1980, in: FBIS-LAM, 26.3.1980
- 50) The Wall Street Journal, 3.4.1985
- 51) Latin America Regional Reports (LARR). Mexico and Central America, 22.3.1985
- 52) E.L. King, Out of Step, Out of Line; U.S. Military Policy in Central America Unitarian Universalist Service Committee, Boston 1984. Das angesehene Jane's Defence Weekly setzt die Gesamtkräfte mit 100.000 an. Siehe: L. Boyd, Managua: A Costly Impossible Objective, in: Jane's Defence Weekly, Band 2, Nr. 21,

US-Geheimdienstler weist anhand von Spionagefotos angeblichen sowjetischen Einfluß in Nicaragua nach (l.): Schrecken der Contras: sowjetischer Kampfhubschrauber Mi 24



1.12.1984, S. 378

- 53) Vgl. z.B. U.S. Department of Defense and Department of State (U.S. DOD and DOS), Soviet-Cuban Connection mit IISS, The Military Balance 1984-1985. International Institute for Strategic Studies, London 1984, S. 123-124 und J. Goldblat/V. Millan, The Honduras-Nicaragua Conflict and Prospects for Arms Control in Central America, in: SIPRI Yearbook 1984, Taylor/Francis, London 1984
- 54) L. King, Out of Step; J. Goldblat and V. Millan, Honduras-Nicaragua Conflict; C. Danby u.a., The Military Balance in Central America, Council on Hemisphere Affairs, Washington 1985; The New York Times, 30.3.1985
- 55) LARR. Mexico and Central America, 3.5.1985
- 56) The Wall Street Journal, New York, 3.4.1985
- 57) J. Goldblat/V. Millan, Honduras-Nicaragua Conflict, a.a.O., S. 531
- 58) Projection of Power in Latin America by the Soviet Union and Cuba, 467th Military Intelligence Detachment, Gainesville (Florida) 1980
- 59) C.G. Jacobsen, Soviet Attitudes Towards Aid to and Contacts with Central American Revolutionaries, Department of State, Washington 1984, S. 17-18
- 60) U.S. DOD and DOS, The Soviet-Cuban Connection, S.25
- 61) C. Danby u.a., Military Balance in Central America, S. 15; The Wall Street Journal, 3.4.1985
- 62) The Washington Post, 22.11.1981; J. Goldblat/V. Millan, Honduras-Nicaragua Conflict, a.a.O. S. 522
- 63) C. Danby u.a., Military Balance in Central America, S. 15; U.S. DOD and DOS, Soviet-Cuban Connection, S.25
- 64) A. English, Armed Forces of Latin America, Jane's Publishing Company, London 1984, S. 330
- 65) Anhang Report of the National Bipartisan Commission on Central America, U.S. Government Printing Office, Washington 1984, S.40
- 66) C. Danby u.a., Military Balance in Central America, S. 15; U.S. DOD and DOS, Soviet-Cuban Connection, S. 25; The Wall Street Journal, 3.4.1985
- 67) C.G. Jacobsen, The Defence Department's White Paper on Central America, Februar 1985, Testimony before the House Foreign Affairs Sub-Committee on Western Hemisphere Affairs, 28.2.1985
- 68) The Miami Herald, 8.12.1982
- 69) The Washington Post, 13.4.1985
- 70) The Wall Street Journal, 3.4. 1985; L. Boyd, Managua, S. 378
- 71) SIPRI, World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbook 1984, Taylor & Francis, London 1984, S. 254
- 72) LATIN, Buenos Aires, in: FBIS-LAM, 21.3.1985
- 73) A.J. English, Nicaragua Treads Path Between East and West, in: Jane's Defence Weekly, 21.4.1984, S. 610
- 74) Radio Sandino in: FBIS-LAM, 3.10.1984
- 75) The New York Times, 20.3.1985
- 76) R. Berríos, Economic Relations between Nicaragua and the Socialist Countries, Working Paper No. 166, The Wilson Center, Washington 1985
- 77) U.S. DOD and DOS, Soviet-Cuban Connection, S. 24
- 78) The Economist, London, 29.10.1983
- 79) The New York Times, 28.3.1984
- 80) J. Goldblat/V. Millan, Honduras-Nicaragua Conflict, a.a.O., S. 533
- 81) The New York Times, 25.4.1985



„Keine Zahlung der Auslandsschuld“. Demonstration in Mexiko

Walden Bello

Der Baker-Plan

Ein Versuch Zeit zu gewinnen

Als James Baker, der neue US-Schatzminister, Anfang Oktober 1985 seinen Plan zur Auseinandersetzung mit der internationalen Schuldenkrise entwickelte, wurde dieser in gewissen Kreisen als „schöpferischer“ neuer Ansatz eines wohlwollenden „Pragmatikers“ gefeiert. Der frühere Weltbankpräsident Robert McNamara beispielsweise charakterisierte den Plan, indem er ihn der Politik des Baker-Vorgängers Donald Regan gegenüberstellte, als „eine sehr kluge, Wahrnehmungsvermögen zeigende, mutige Stellungnahme“.

Regierungen der Dritten Welt jedoch waren sehr viel vorsichtiger mit ihren Reaktionen auf Washingtons neuen Vorstoß. Er würde Schuldnerländern neue Kredite über 20 Mrd Dollar von den internationalen Banken und 9 Mrd Dollar von den multilateralen Einrichtungen anbieten, falls sie Maßnahmen ergreifen, ihre Volkswirtschaften „effizienter umzustrukturieren“.

Dem Protest die Spitze nehmen

Beobachter aus der Dritten Welt konnten nicht umhin festzustellen, daß die Enthüllung des Baker-Plans zeitlich zusammenfiel mit der wachsenden Popularität des Vorschlags des kubanischen Präsidenten Fidel Castro zum gemeinsamen Handeln der Schuldnerländer, um die Schulden zu ihren eigenen Bedingungen abzuführen (siehe AIB 11/1985, S. 37ff.).

Washington war sich auch dessen bewußt, daß eine wahre Flut von Unterstützung aus der gesamten Dritten Welt die dramatische Ankündigung Alan Garcías, des neuen Staatschefs Perus, be-

gleitet hatte, daß seine Regierung nicht mehr als 10% ihrer Ausfuhrerlöse für den Schuldendienst der 14 Mrd Dollar Auslandsschulden des Landes aufwenden würde.

Viele sind davon überzeugt, daß der Baker-Plan im Kern ein Versuch ist, solchen einseitigen Lösungen für die sich zuspitzende Krise seitens Schuldnerregierungen, die unter dem Druck einer widerspenstigen Bevölkerung stehen, die Spitze zu nehmen.

Politische Konkurrenz mit Castro und García war jedoch nur einer der Gründe, die hinter dem Baker-Plan stehen. Es gibt in offiziellen US-Kreisen eine echte Ernüchterung über das Herangehen Reagans und des Internationalen Währungsfonds (IMF) an das Schuldenproblem. Die neue kritische Haltung entstammt nicht humanitären Überlegungen, sondern einer wachsenden Erkenntnis, daß die Politik des gnadenlosen Ausquetschens der Schuldner zur Abzahlung an die großen Banken eine noch größere Krise geschaffen habe, die verheerende Folgen für die US-Wirtschaft zeitigen könnte.

Im Kern beinhaltet die IMF-Formel die Schuldnerückzahlung durch steigende Ausfuhrerlöse bei gleichzeitiger scharfer Verminderung der Einfuhren. Dies soll geschehen durch die Anwendung von Austeritätsprogrammen, um die Inlandsnachfrage zu verringern.

Großschuldner wie Mexiko und Brasilien erreichten Handelsüberschüsse mit drakonischen Maßnahmen, die große Leiden unter ihrer Bevölkerung verursachten. Dennoch, trotz der Tatsache, daß 54% der Ausfuhrerlöse Mexikos und 45% derjenigen Brasiliens jetzt in die Schuldnerückzahlung fließen, ist ihre

Baker-Plan in der Sackgasse ?

Beinahe 5 Monate nach Verkündung des Baker-Plans auf der Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF) im Oktober 1985 in Seoul ist noch kein zusätzlicher Dollar an Krediten in die verschuldeten Länder der Dritten Welt geflossen.

Weltbank, IMF, Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) haben das Vorhaben des US-Schatzministers begrüßt und Privatbanken haben Lippenbekenntnisse zu seiner Unterstützung abgegeben. So wollen z.B. bundesdeutsche Banken ca. 1,5 Mrd Dollar der gesamten jährlichen Summe von 20 Mrd Dollar aufbringen. Aber bisher fand sich unter den 15 meistverschuldeten Ländern, denen zusätzlich noch 9 Mrd Dollar jährlich von den multilateralen Finanzinstitutionen zufließen sollen, keines, das bereit wäre, das Geld zu den Bedingungen des IMF zu nehmen.

Am 16./17. Dezember 1985 trafen die in der Cartagena-Gruppe zusammengeschlossenen 11 größten Schuldnerländer in Montevideo (Uruguay) zusammen, um Stellung zum Baker-Plan zu beziehen. Sie lehnten den Plan zwar nicht offen ab, formulierten aber Gegenvorschläge.

Sie verlangten mit 47 Mrd Dollar jährlich eine wesentlich höhere Kreditsumme, da die internationale Inflationsrate von 3,5-4% einen Teil der zusätzlichen Darlehen wieder auffrisst. Angesichts der überhöhten Zinssätze forderten sie eine Begrenzung des Schuldendienstes auf einen bestimmten Prozentsatz der Exporteinnahmen. Sie lehnten eine Verschärfung der Bedingungen für den Erhalt zusätzlicher Kredite durch internationale Finanzinstitutionen ab und forderten den Abbau protektionistischer Maßnahmen der Industrieländer und Kompensationen für die besonders vom Verfall von Rohstoffpreisen betroffenen Staaten.

Mit der Bildung eines Komitees aus den fünf



US-Finanzminister J. Baker

größten Schuldnerstaaten (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien), um die „Reaktion der industrialisierten Staaten“ auf ihre Forderungen zu überwachen und „neue Maßnahmen“ zu ergreifen, wenn das Echo zu gering ist, wurden erste Schritte zur Bildung eines Schuldnerkartells unternommen. Das Komitee soll Verhandlungen mit Regierungen, Privatbanken, Weltbank, IMF u.a. über die Vorschläge der Cartagena-Gruppe führen.

Damit haben die Hauptschuldner Lateinamerikas erstmals gemeinsame Forderungen zur Verschuldung aufgestellt, die sie auch umzusetzen gedenken, obwohl sie noch weit hinter den Positionen der Gewerkschaften und Ländern wie Kuba und Peru zurückbleiben.

Die Umsetzung des Baker-Plans wird damit auf große Schwierigkeiten stoßen, zumal bereits vier der potentiellen „Nutznießer“ – Brasilien, Peru, Kolumbien und Nigeria – es abgelehnt haben, neue Abkommen mit dem IMF zu schließen. N. Biver

Verschuldung gewachsen. Mexikos Schulden sind von 85 Mrd Dollar im Jahre 1982 auf 96,5 Mrd heute angestiegen, während die Brasiliens von 83 Mrd auf 102 Mrd Dollar hochgeschwungen sind. Die Gesamtschuldenlast der Dritten Welt steht jetzt bei erschreckenden 900 Mrd Dollar, gegenüber 700 Mrd Dollar im Jahre 1982.

Die Last wurde noch durch die hohen Zinsen vergrößert, welche von den internationalen Banken für Notdarlehenspakete berechnet werden. Und dies stellen sie unter der Führung des IMF zusammen, um für sich selbst Rückzahlungen zu erreichen.

Allein im ersten Halbjahr 1984 fügte die Erhöhung des US-Leitzinssatzes, um 2,5% zwischen 8 und 10 Mrd Dollar zu den jährlichen Zinszahlungen von solchen Dritte-Welt-Ländern hinzu, deren Darlehen zu beweglichen Sätzen abgeschlossen worden waren.

Zweifel innerhalb des Establishments kristallisierten sich zu Beginn dieses Jahres in einer Untersuchung des angesehenen Wirtschaftswissenschaftlers Albert Fishlow heraus, die im Jahresbericht der

Interamerikanischen Entwicklungsbank 1985 erschien.

Sehr zur Empörung und Verärgerung von US- und IMF-Beamten sagte Fishlow, daß Schuldnerländer „triftige Gründe zum Widerstand“ gegen Austeritätsprogramme nach Art des IMF hätten. Die massiven Zahlungen, die gegenwärtig an die internationalen Banken geleistet werden, werden – so Fishlow – letztlich wie ein Bumerang auf sie zurückwirken, weil diese Übertragung von Wohlstand auf Kosten der Reinvestierung durchgeführt wurde.

Reinvestierung jedoch ist der Schlüssel zur Aufrechterhaltung der Rückzahlungsfähigkeit. „Ausfuhren, die morgen gemacht werden sollen, erfordern heute Kapazitätserweiterungen“, schrieb er. „Länder jedoch, die von vornherein dazu gezwungen werden, einen solch großen Anteil ihrer Rücklagen zu transferieren, können es sich nicht leisten zu investieren.“

Das von Fishlow aufgezeigte Szenario läuft gegenwärtig in den verschuldeten Ländern ab, da die vom IMF aufgezwungenen Bedingungen von knappen Dar-

lehen, Austerität und Depression und das Fehlen von Devisen für die Einfuhr von Rohmaterialien sie ihrer Mittel zur Aufrechterhaltung ihres Produktionsniveaus berauben.

Eine große Sorge in Washington ist auch die Auswirkung der verschuldeten Volkswirtschaften der Dritten Welt auf die US-Wirtschaft, da auf sie 40% der US-Ausfuhren entfallen.

Die Depression in der Dritten Welt, so warnen Wirtschaftswissenschaftler, wird sich bald bei uns zu Hause breitmachen. Jetzt schon sind etwa 800.000 US-amerikanische Arbeitsplätze wegen der sinkenden Nachfrage aus der Dritten Welt verlorengegangen, wie der Unterausschuß für internationale Entwicklung und Finanzen beim US-Repräsentantenhaus feststellt.

Aber am meisten beunruhigend für Baker und die neuen Männer im Schatzamt ist die Aussicht auf eine mögliche Zahlungseinstellung einer Hauptschuldnernation, die einen Domino-Effekt auf die anderen haben und das internationale Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs führen könnte.

Trotzdem bringt Bakers Alternative keine Lösung der Krise. Die 29 Mrd Dollar an neuen Darlehen, die sie anbietet, reichen noch nicht einmal aus, um die zusammengefaßten Zinszahlungen der „Großen Zwei“, von Mexiko und Brasilien, für 1985 abzudecken. Die Summe, die alle Schuldnerländer zusammen in diesem Jahr aufbringen müssen, beträgt 88 Mrd Dollar.

Dazu kommt noch, daß die wirtschaftlichen „Anpassungen“, die Schuldner zu machen hätten, um für die Fonds in Frage zu kommen, den Volkswirtschaften nicht helfen werden eine Depression abzuwehren.

Das Rezept sind die Standards Reagan'scher Wirtschaftspolitik: Verminderung öffentlicher Unternehmen, Senkung der Schranken für Auslandseinfuhren und ausländisches Kapital und Ausrichtung der Wirtschaft auf effizientere Exportproduktion.

Eine noch weitergehende Kürzung öffentlicher Ausgaben würde die einzig verlässliche Lokomotive schwächen, die die Volkswirtschaften der Dritten Welt aus Stillstand und Depression herausziehen könnte. Die Senkung von Schutzbarrieren für Auslandseinfuhren könnte ganze Scharen von inländischen Unternehmen vernichten, die durch die Austeritätsprogramme des IMF noch nicht in den Bankrott getrieben wurden.

Die Ermahnung der Schuldner, sich zielbewußt auf die Exportproduktion zu konzentrieren, ist ein zweifelhafter Rat zu einer Zeit, da sich Hauptausfuhrmärkte wegen der Stagnation im internationalen Handel und wegen der Zunahme

des Protektionismus in den industrialisierten Ländern verschließen. Sogar die sog. NICs (neuindustrialisierte Länder) Asiens, die im „exportorientierten Wachstum“ führend waren – Singapur, Südkorea, Taiwan – sehen sich nun einem langfristigen Stillstand gegenüber, wenn nicht gar einer Depression.

Der Baker-Plan ist einfach ein hastig zusammengestellter „Medienrenner“ dazu bestimmt, im Angesicht des lauernden Desasters Zeit zu gewinnen. Aber die Zeit verrinnt.

Von Amerika angeführte Anstrengungen die Schuldenkrise zu meistern, sind wie das Kinderspiel „So tun als ob“, wie es ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Ausschusses für Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Internationale ausdrückt, der von Michael Manley, dem ehemaligen Premierminister von Jamaika, und dem ehemaligen bundesdeutschen Kanzler Willy Brandt geleitet wird.

Die internationalen Banken, westliche Regierungen und einige Schuldnerländer „tun so, als ob“ die Schuldner immer noch zahlungsfähig seien, während unerklärte Zahlungsunfähigkeit schon eine weitverbreitete Tatsache ist: Über 100 Mrd Dollar an Schuldentrückzahlungen

der Dritten Welt sind seit 1982 „umgeschuldet“ worden. Das internationale Finanzsystem kann so lange weiterfunktionieren, wie alle Hauptbeteiligten weiterhin so tun, als gäbe es Normalität. Eine formelle Zahlungseinstellung könnte das Spiel beenden.

Eine vollkommen neue Herangehensweise ist notwendig, um das Unheil abzuwehren, führt der Bericht aus. Sie sollte die Sorge um Wohlstand und Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt in den Mittelpunkt stellen, und nicht die Profite der Bankiers. Unter den gegenwärtigen Gegebenheiten sind die Schulden nicht rückzahlbar, stellt der Manley/Brandt-Bericht fest. Aber sie können auch nicht einseitig zurückgewiesen werden, ohne ein weltweites Chaos zu schaffen.

Um eine Erleichterung der Schuldenlast zu erreichen, ohne dadurch eine große Verwirrung hervorzurufen, schlägt der Ausschuss die Abhaltung einer internationalen Konferenz von Gläubiger- und Schuldnerländern vor, die eine Übereinkunft über folgende mittelfristige Maßnahmen treffen müßte:

- Streichung der gesamten Schulden der ärmsten Länder – besonders der afrika-

nischen Schuldner – und Teile der Schulden anderer Länder;

- Umschuldung der übrigen Verbindlichkeiten durch Verlängerung des Zeitraums, der benötigt wird, um die Grunddarlehen zurückzuzahlen;

- Festlegung von Zinssätzen für Länder der Dritten Welt auf einem herabgesetzten Niveau;

- Festsetzung des Anteils von Schuldentrückzahlungen auf nicht mehr als 20% der Ausfuhrerlöse eines Landes, und
- Steigerung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialproduktes der entwickelten Länder.

So begrenzt diese Vorschläge auch sind, sie widerspiegeln dennoch einen höheren Grad an Realitätssinn und sozialer Verantwortung als der Baker-Plan. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die USA und andere Hauptgläubiger ihnen zustimmen werden. Aktionen der Schuldner, entweder gemeinsam, entsprechend den Vorschlägen Fidel Castros (Wortlaut siehe in AIB 11/1985, S. 38ff.; d. Red.), oder einzeln in der spektakulären Art und Weise von Perus Alan García, scheinen unausweichlich und notwendig.

(Quelle: AfricAsia, Paris, Nr. 24, Dezember 1985, S. 58-59)

Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik

**Internationale wissenschaftliche Konferenz
Köln, 31. Mai/1. Juni 1986**

veranstalter: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/., in Zusammenarbeit mit: Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Arbeitskreis »Kein Geld für Apartheid!«, Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba, Marxistisch-Stiftung (MES).

orträge von Wissenschaftlern aus der Dritten Welt und der Bundesrepublik zu den Themen »Die Verschuldungskrise aus der Sicht der Dritten Welt – Ursachen und Gegenstrategien«, »Internationale Kapitalstrategien (IWF, Weltbank, Baker-Plan)« und »Die Bundesrepublik und die Ausbeutung der Dritten Welt«.

Arbeitsgruppen

Markt der Initiativen – Informationsbasar – Medienworkshop

Podiumsdiskussion: »Die Linke der Bundesrepublik und die Dritte Welt«
gefragt: Teilnehmer aus DKP, Dritte-Welt-Gruppen, Friedensliste, Grüne, SPD, Referate, Diskussionsbeiträge, Informationsangebote und Arbeitsgruppenkoordination haben bisher zugesagt:

Hermann Bömer (Dortmund), Prof. Dr. Dieter Boris (Marburg), Wolfram Bröner (Marburg), Prof. Dr. Issam El-Zaim (Syrien, UNIDO), Rainer Falk (Marburg), Dr. Thomas Friedländer (IPW, Berlin/DDR), Dr. Jörg Goldberg (Frankfurt/M.), Horst-Kurt Gross (Bielefeld), Peter Imbusch (Marburg), Ute Kampmann (Marburg), Prof. Klaus Kannapin (IPW, Berlin/DDR), Jose Maria Lanao (Argentinien), Gunnar Atthiessen (KOFAZ), Doris Peschke (Bonn), Mario Ramos (Portugal, WGB), Dr. Jürgen Reusch (Frankfurt/M.), Victor Richardson (Trinidad-Tobago, UNIDO), Prof. Dr. Herbert Schui (Hamburg, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik), Dr. Bernhard Böth (Bremen), Dr. Angelina Sörgel (Bremen), Pfarrer Hans Christoph Stoodt (Frankfurt/M.), Ludger Volmer (MdB Die Grünen), Peter Wahl (Frankfurt/M.).

Vertreter von: African National Congress (ANC), Institut für Weltwirtschaft (Lavanna), Nationale Planungskommission von Nicaragua, Dritte-Welt-Gruppen der BRD u.a.

ort: Gesamtschule Köln-Rodenkirchen

termin: Samstag, 31. Mai/Sonntag, 1. Juni 1986

eilnehmerbeitrag (incl. 3 Mahlzeiten und Konferenzmaterialien): DM 50,-/35,-
eilnahme nur nach Bestätigung. Information und Anmeldung bei:

**stitut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
berlindau 15, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: 069/724914.**

AIB
DE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Meine Bestellung

Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort

Ich bestelle ____ Ex. AIB-Nr. ____

Ich bestelle ____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. ____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): ____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).

Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsmächtigung.

Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Name, Vorname

Straße Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am ____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.





Gespräch mit Samih Al-Kassem Strömung der Wüste

Samih Al-Kassem, geboren 1939 im jordanischen Zarqa als Sohn eines palästinensischen Berufssoldaten der Arabischen Legion, gehört zu den bekanntesten Poeten Palästinas. Aufgewachsen in einer drusischen Familie in Rama/Galiläa (Nordisrael), besuchte er in Nazareth die Höhere Schule und brachte es bislang auf 24 Gedichtbände. Ende der 50er Jahre veröffentlichte Kassem zusammen mit Mahmoud Darwish (siehe AIB 11-12/1984, S. 82-83), Tawfiq Zayad u.a. die ersten palästinensischen Gedichte überhaupt seit der Vertreibung 1948.

Während die palästinensische Exilliteratur sich hauptsächlich der Trauer über den Verlust des Heimatlandes widmete, befaßten sie sich mehr mit der alltäglichen Diskriminierung der arabischen Minderheit in Israel, mit ihrem alltäglichen Überlebenskampf. Wegen seiner Sympathiebezeugungen für den seit 1967 Massencharakter erlangenden palästinensischen Widerstand wurde Kassem 1969 inhaftiert. Als „Provokation zum Widerstand“ hatten die israelischen Behörden Aussagen wie diese empfunden: „Ich fühle, daß wir sterben, weil wir nicht kämpfen können.“

War für Kassem Verse vor 1967 ein Überhang an Symbolismen typisch, so gerieten seine Aufforderungen zur Auflehnung, zum Widerstand danach zunehmend direkter. Anders als sein Dichterkollege Darwish, den es in den 70er Jahren ins Exil nach Beirut und später nach Paris verschlug blieb Kassem vor Ort, um den „Drachen“, die israelischen Okkupanten, weiter von innen zu bekämpfen. Im Dauerkonflikt mit dem israelischen Zensor stehend, schrieb er regelmäßig für die kommunistische Zeitung Al-Ittihad und inzwischen auch für andere Magazine bzw. Zeitungen in Israel und den okkupierten Gebieten. Auch im israelischen Erziehungs- und Kulturbetrieb sperrt man Kassem und Darwish inzwischen nicht mehr total aus, sucht ihr Werk aber auf Liebespoesie zu verkürzen.

Gegenwärtig konzentriert Samih Al-Kassem seine Aktivitäten darauf, ein Zentrum der Volkskunst in Haifa in Gang zu bringen. Für das AIB sprach Hazim Nashif mit ihm.

AIB: In welche Tradition stellen Sie sich als Dichter bzw. Schriftsteller?

S. AL-KASSEM: Zunächst, ich lasse mich nicht in einen bestimmten Rahmen einordnen, oder in eine bestimmte Tradition, denn ich fühle mich in der Tradition des Menschen überhaupt.

Vielleicht haben Sie vermutet, daß ich auf diese Frage antworte, ich gehöre zur Tradition des sozialistischen Realismus. Diese Antwort wird fast immer vermutet in diesem Zusammenhang. Da die Diskussion über den sozialistischen Realis-

mus weiter fortgesetzt wird, will ich mich nicht in undeutliche Bezeichnungen verwickeln. Es reicht mir, daß ich mich der Tradition des Menschen zugehörig fühle, also zu einer Schule, die sich für die Revolutionisierung des Menschen und für die Veränderung der Welt einsetzt.

AIB: Was waren die für Ihre Entwicklung einprägsamsten Vorbilder? Inwiefern haben diese Ihre Tätigkeit inspiriert?

S. AL-KASSEM: Sie erwarten vielleicht, daß ich hier Namen von international

bekanntem Dichtern, Schriftstellern und Künstlern aufliste. Wir haben ohne Zweifel großen Respekt vor vielen Kunstschaffenden wie Lorca, Brecht, Nazim Hikmet, Majakowski, Picasso u.a.m. Jedoch, die Vorbilder, die mein Leben geprägt haben und auch meine Denkweise, sind einfache und unbekannte Menschen im täglichen Leben, deren Namen weder in Zeitungen noch in Büchern vorkommen, Leute deren Porträts nicht auf den Titelseiten der Magazine abgedruckt werden.

Es waren einfache Menschen, die meine psychologische Situation und meinen Charakter prägten, bevor ich dann die oben erwähnten bekannten Namen kennenlernte.

AIB: Wie stark beeinflußt Ihr politisches Engagement auf Seiten der im Parlament vertretenen Demokratischen Front (Bündnis von KP Israels und Schwarzen Panthers) Ihr kulturelles Schaffen?

S. AL-KASSEM: Diesbezüglich gibt es eine bürgerliche Theorie, welche besagt, daß das politische Engagement sich negativ auf das künstlerische Schaffen auswirkt.

Nach meiner Auffassung ist aber diese Theorie an sich schon politisches Engagement. Denn die Trennung zwischen Kultur, Literatur und Kunst auf der einen Seite und die Sorgen des Menschen und der Menschheit überhaupt auf der anderen Seite, sind an sich ein Versuch, die Sache des Menschen und seine Waffen im Kampf gegen die ungeheure Ausbeutung und gegen nationale Unterdrückung zu schwächen.

Die Verfolgung macht mir keine Angst

Ich erbringe sowohl meine politischen als auch meine künstlerischen Aktivitäten ganz frei von jeglicher Bevormundung. Ich werde einzig und allein von meinem Gewissen und von meinem politischen Bewußtsein geleitet.

In diesem Zusammenhang lehne ich die in der kapitalistischen Welt gängige Unterstellung ab, die Künstler, die den kommunistischen Parteien, dem sozialistischen Lager oder den revolutionären Bewegungen angehören, seien nichts weiter als nur noch Instrumente dieser oder jener Parteien, oder des einen oder anderen Regimes, und denen man vorschreiben würde, wie sie denken oder schaffen sollten.

Diese Unterstellung ist nichts anderes als eine Beleidigung der sozialistischen Kultur und des revolutionären Kunstschaffens. Deswegen will ich nochmals unterstreichen, daß wir unsere Kunst und Literatur in voller Freiheit schaffen. Denn wir glauben, daß diese Freiheit der Kern der Revolution, des wissenschaft-

lichen, revolutionären Denkens ist.

AIB: Gibt es palästinensische Schriftsteller, die Sie irgendwie geprägt haben?

S. AL-KASSEM: Es ist mit Sicherheit so, daß jeder Dichter von anderen Dichtern und Kulturschaffenden seines eigenen Volkes und anderer Völker beeinflusst wird. In diesem Sinne kann man sagen, daß z.B. der gefallene palästinensische Dichter Abdull-Rahim Mahmoud, der von zionistischen Kräften in einer Schlacht nahe der Stadt Nazareth im Jahr 1948 ermordet wurde, der palästinensische Dichter Abu-Salma, auch Ibrahim Touqan und andere gewiß in meiner Dichtung aufzuspüren sind.

Trotzdem muß ich feststellen, daß kein bestimmter Dichter einen besonderen Einfluß auf meine Dichtung ausgeübt hat.

Man darf hier nicht vergessen, daß die arabischen Dichter überhaupt auch ein Teil unserer nationalen Kultur sind. Der arabische Dichter Almoutanabi (er lebte im 7.-8. Jahrhundert; d. Red.) z.B. war weder palästinensisch noch irakisch, er war aber auch kein syrischer Dichter, er war einfach ein arabischer Dichter. Dieser Dichter wird von allen geachtet und hinterläßt seinen Einfluß auf alle Kulturschaffenden, die die arabische Sprache pflegen.

Außerdem haben die revolutionären und nationalgesinnten Dichter in Ägypten, Irak, Libanon, Syrien und in der ganzen arabischen Welt auch besonders in den 50er Jahren ihren Einfluß auf unsere Dichtung gehabt. Auf internationaler Ebene kann man den gleichen Einfluß beobachten seitens des fortschrittlichen Kulturschaffens der Menschheit.

Ich kann in diesem Zusammenhang also sagen, daß meine Dichtung zwar politisch und national dem palästinensischen Volk und der palästinensischen Sache zugehörig ist. Zugleich hat sie aber auch die Sorgen der Menschheit überall, der arabischen Völker, der Völker der Dritten Welt zum Gegenstand.

AIB: Welchen Stellenwert nimmt im Kulturschaffen der revolutionären Kräfte Israels der Widerstandskampf im okkupierten Westjordan- und Gazage-

biet ein? Laufen Sie bei einer offenen Parteinahme nicht ständig Gefahr, von den herrschenden Kreisen Israels kriminalisiert, verfolgt, inhaftiert zu werden?

S. AL-KASSEM: Es besteht eine dialektische Beziehung zwischen den revolutionären Aktivitäten der palästinensischen Massen und ihren kulturellen Aktivitäten. Der Einfluß ist dementsprechend gegenseitig.

Bezüglich meines Verhältnisses den israelischen Behörden gegenüber möchte ich sagen, daß die Tatsache bekannt ist, daß ich ständig mit Verhaftungen, Zensur und Verfolgungen konfrontiert bin. Es ist eine Freude für mich, daß ich derjenige Dichter war, der den Faschisten Kahane (seit 1984 israelisches Parlamentsmitglied, siehe AIB 10/1984, S. 4ff.; d. Red.) verärgerte, so daß er für mich in „seinem Kampf“ (Kalsichim Beinichim — eine Bezeichnung aus dem alten Testament) ein Extrakapitel für mich vorsah. Dies ist allerdings als meine eigene Erfahrung einzuordnen. Ich will hier nicht meine Verfolgung durch die zionistischen Behörden in den Vordergrund stellen, um damit anzugeben und mich als Märtyrer oder Helden darzustellen. Der große Kampf ist nämlich der Kampf um das palästinensische Recht gegen die zio-



nistische Unterdrückung.

Die israelischen Gefängnisse machen mir keine Angst, die einzigen Gefühle, die ich zur Unterdrückung, zur Besetzung und zum Rassismus der israelischen Machthaber habe, sind tiefste Verachtung. Aber auch bin ich traurig, nicht nur über die Opfer in unseren Reihen, sondern auch über die Opfer des Zionismus unter den Juden selbst. Ich bin von der Tatsache überzeugt, daß der Wille des palästinensischen Volkes am Ende siegen wird, was den Juden in Israel helfen wird, sich selbst von diesem blutrünstigen, faschistischen und rassistischen Regime zu befreien.

AIB: Welche Themenstellung hat bei Ihnen als Poet im Moment Vorrang? Und welche politische Aufgabe halten Sie derzeit seitens der demokratischen Be-

Die Rückkehr

Er war
durch die Jahreszeiten hindurch
wiedergekommen.
Lieder der Hoffnung auf den Lippen.
Und man erzählt sich,
er habe gesagt,
Ich komme wieder.
Und sei es auch durch die Windschatten
der Nacht.
Und man erzählt sich weiter,
daß es eine Nacht gab,
die so schwarz war wie keine zuvor.
Eine Nacht, die über die Grenzen schlich
und nur eine Klage war, ein lautes Weh.
Und schrie, lauter schrie:

Wer unter Euch kennt
den Tod?

Und man erzählt, daß seine letzten Worte
waren:
Sagt nicht, es wäre alles ein Irrtum!
Sagt nicht, daß Ihr einen Gott habt stürzen
sehen.
Versteht Ihr denn nicht,
daß es Zeit war, etwas zu tun?

Es ist Zeit, hört Ihr, es ist Zeit
die Geheimnisse der Hölle,
dieser Hölle
zu bändigen.

Samih Al-Kassem

wegung Israels und des palästinensischen Widerstandes am vordringlichsten?

S. AL-KASSEM: Was mich angeht, so gehöre ich wieder zur „Strömung der Wüste“. In der palästinensischen Dichtung gibt es heute nämlich zwei Strömungen. Die sog. „Strömung der Wüste“ und die „Strömung des Meeres“.

Beide Strömungen entstammen der gleichen psychologischen Situation, und zwar ausgehend von der Enttäuschung im Libanonkrieg (1982; d. Red.), wo sich eine mangelnde internationale Solidarität zeigte, und das beschämende arabische Schweigen. Aufgrund dessen entstand eine bestimmte Reaktion bei den palästinensischen Dichtern.

Bei Mahmoud Darwish und Mouien Bassis beispielsweise ist der sog. Ulyssismus (nach dem Roman „Ulysses“ des Iren James Joyce, in dem von Irrfahrten berichtet wird; d. Red.) zu spüren, also eine Art Entfremdung im Meer, wo sie das eigene Ich, die Heimat und die Angehörigen suchen.

Bei mir findet man eher die „Strömung der Wüste“, wie meine Kritiker mir sagten. Die Wüste symbolisiert in diesem Zusammenhang die Quelle und das Symbol der Jungfräulichkeit und Reinheit und vor allem das Symbol der eigenen Verbrennung, um eine neue Auferstehung oder Geburt zu erreichen.

Die Wüste also als psychologisch-geographischer Rahmen des arabischen Märchens, vom Phoenix, der sich verbrennt, um wieder aufzuerstehen. Dies ist auch unser Gefühl gegenüber unserem

Mord bei vollem Bewußtsein

Wenn der fremde Pflug
— ach — mein Acker
deine Haut durchreißt,
so ist es mir,
als ob es mein Blut wäre,
das aus der Furche fließt.

Dann scheint es mir,
als lösten sich alle Dinge
auf in Dunst.
Und durch die Tränen
hindurch
erspür' ich nur das Wunder
einer geheimnisvollen Sprache.

Samih Al-Kassem

Volk. Wir „verbrennen uns“, um dann wieder aufzuerstehen, und um einen neuen Horizont zu erreichen, wo wir unsere Freiheit und Würde finden und zurückkehren, damit unser Volk zusammen mit den anderen Völkern dieser Erde sein normales Leben führen kann. Bezüglich der Beziehung zwischen dem palästinensischen Widerstand und der demokratischen Bewegung in Israel ist zu sagen, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) die Kräfte des Friedens schätzt, also auch die jüdischen demokratischen Kräfte in Israel, die gemeinsam und auf verschiedenen Ebenen zusammen mit demokratischen arabischen Kräften gegen die Besatzung, für Frieden, Gleichberechtigung und Fortschritt kämpfen. Ich möchte hier auch auf das herzliche Verhältnis zwischen demokratischen Juden und Palästinensern hinweisen, die gemeinsam für das Selbstbestimmungsrecht, Rückkehr, Frieden, Freiheit, für den sozialen und politischen Fortschritt kämpfen.

Antigone

Eins,
zwei,
drei,
Vorwärts
Vorwärts
Opfer untergegangener Götter
Opfertiere
auf den lustvollen Altären
unseres Jahrhunderts.

Eins
Zwei
Drei
meine Hand in deiner Hand
wir beschreiten gemeinsam
verbotene Wege.

Deine Augen, Vater,
sind noch lebendig,
noch steht dein Fuß fest
auf festem Grund.

Auf, auf! Wirf schwärende Sorgen fort
einen ganzen Lebenskampf
und laß uns neue Morgen erschöpfen
unsere neue Zukunft.

Pfeilwürfe haben deine Augen
ausgelöscht, im Flug.
Dennoch Vater, komm,
ich bin deine Lampe
in der Nacht
und ich nähre in dir
das Öl der Hoffnung
und fülle deine Hände
mit unendlichem Licht.

Und ich werde dich rächen
ich schwöre es
alles was man dir tat
und die schmutzige Beute der Piraten
werde ich zerstören.
Ich schwöre es bei Gott,
bei der Menschheit,
ich werde es tun.

Eins,
zwei,
drei,
Vorwärts
Vorwärts.

Samih Al-Kassem

Türkei

Martin Jost Ein Folterer packt aus

Das türkische Militärregime unter der Regierung Özal ist sichtlich darum bemüht, seinen ausländischen Unterstützern von Reagan bis Kohl Argumente dafür zu liefern, daß das Land zur Demokratie zurückgekehrt sei. Für den 22. Februar d.J. gestattete sie als Beweis ihrer demokratischen Gesinnung eine Kundgebung des einzigen nicht verbotenen Gewerkschaftsbundes Türk-Is in Izmir.

Trotz eines Aufgebots von 10.000 Polizisten gestaltete sich die Kundgebung, die sich gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung richtete, mit 110.000 Teilnehmern zur bisher größten Protestkundgebung gegen das Regime. Der Türk-Is-Vorsitzende Yilmaz wurde ausgepiffen. Mit Forderungen wie „Freiheit für die DISK“ (die verbotene Konföderation revolutionärer Gewerkschaften), „Leert die Gefängnisse“ und „Rechnet mit den Folterern ab“ wurde die Rückkehr zur Demokratie verlangt. Die Demonstranten griffen mit der Forderung nach Beendigung der Folter ein Thema auf, das in den Wochen zuvor Anlaß einer heftigen öffentlichen Diskussion geworden war.

Die Regierung hatte bekanntgewordene Beispiele von Folterungen als das Werk einzelner Polizeibeamter hingestellt. Bis jetzt wurden einige Beamte als Prügelknaben aus dem Dienst entlassen, einige wurden verurteilt, konnten aber ihre Strafen nicht absitzen, weil sie „verschwunden“ waren.

Anfang Februar 1986 tauchte Sedat Caner, einer von diesen verschwundenen „Verhörbeamten“ auf und gab der liberalen Wochenzeitschrift Nokta ein Interview über seine Folterpraxis. Er hatte in einer „Spezial-Verhörtruppe“ der Polizei von 1980-84 persönlich an der Folterung von ungefähr 200 Menschen teilgenommen, bis einer der Todesfälle öffentlich so bekannt wurde, daß ihm und zwei anderen Polizisten ein Scheinprozeß gemacht wurde.

Zum ersten Mal hat damit ein Folterer ausgepackt. Nach seinen Aussagen ist die Folter ein fester Bestandteil aller Verhöre und wird systematisch praktiziert. Sie wird auf Befehl der Behörde und nicht nach der Laune „einzelner Beamter“ in den Folterkammern jeder Stadt angewandt.

Zu den Folterpraktiken gehörten Elektroschocks, Vergewaltigungen, das Versenken bis zum Hals in Mistgruben sowie das Aufhängen an nach hinten gestreck-

ten Händen. All diese Aussagen wurden von Dutzenden von Gefolterten bestätigt, ohne daß die Staatsanwaltschaft bisher tätig wurde.

Der Folterer Sedat Caner, der über seine Mitarbeiter und Vorgesetzten ausgesagt und viele Namen genannt hat, ist einer der sein abscheuliches Handwerk im Polizeiapparat gelernt hat. Er wurde somit bewußt zum Folterer gemacht. Er hat auch andere dafür ausgebildet.

Aus Angst vor den Folgen seiner Aussagen, stellte er sich nach diesem Interview nicht der Polizei, sondern der Richterkammer der Türkei. Nach einer ärztlichen Untersuchung über seinen Gesundheitszustand, auf die er gedrängt hatte, wurde er dem Staatsanwalt übergeben. Alle Diffamierungsversuche des Ministerpräsidenten Özal, Sedat Caner sei ein Linker, ein Geisteskranker, das alles sei ein Machwerk der Kommunisten, werden durch die Aussagen des Folterers, das Beweismaterial, das er geliefert hat, und vor allem durch die Tatsache, daß er sich gestellt hat, widerlegt.

Im Gefolge der Enthüllungen sind 229 politische Gefangene in Adana in Hungerstreiks getreten, um gegen Folter, Unterdrückung und schlechte Lebensbedingungen zu protestieren. Eltern politischer Gefangener demonstrierten vor dem Amtsgebäude des Gouverneurs, wo sie mißhandelt und festgenommen wurden.

Die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) hat Mitte Februar d.J. nach einer Reise ihrer Vertreter durch Kurdistan weitere Anschuldigungen bestätigt. Demnach ist das Dorf Doganli, in dem im Juli 1985 der Lehrer Siddik Bilgin zu Tode gefoltert wurde, aus Furcht vor den möglicherweise wiederkommenden Soldaten verwaist. Ein Vorschlag der SHP, eine parlamentarische Untersuchungskommission für Folter und Foltervorwürfe zu bilden, wurde seitens der Regierung abgelehnt.

Wie sich die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei und Stellungnahmen wie z.B. „die Türkei befände sich in einem Rückkehrprozeß zur Demokratie“ (Bundeskanzler Kohl) oder die Haltung der bundesdeutschen Gerichte (die Angabe „gefoltert worden zu sein“, reiche nicht für eine Asylberechtigung aus, weil sie nicht zu beweisen sei und zudem Folterer in der Türkei ja bestraft würden) entwickeln werden, hängt auch von der internationalen Solidarität mit den Demokraten in der Türkei ab.

Buchtips: Mittelamerika und Nicaragua



Nicaragua - Dokumente einer Revolution

Erstmals in deutscher Sprache ist Anfang d.J. ein Dokumentenband zur Geschichte der nicaraguanischen Revolution erschienen.

Nicaragua - Dokumente einer Revolution, hg. von M. Letz, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1986, 296 S., 6 DM

enthält eine Auswahl von Reden, Schriften, Parteiprogrammen und Aufrufen aus den Jahren 1893-1985. Dazu gehören Dokumente der patriotischen Politiker José Santos Zelaya und Benjamin F. Zeledon aus den Jahren 1893-1912 sowie Briefe und Erklärungen Augusto Cesar Sandinos von 1927-34.

Aus der Zeit des Kampfes gegen die Somoza-Diktatur (1956-79) sind Texte von Einzelpersönlichkeiten der FSLN (Carlos Fonseca, Humberto Ortega und Ernesto Cardenal), Erklärungen, Aufrufe, programmatische Texte der FSLN (vom Mai 1977 und April 1979) sowie Plattformen und Aufrufe der verschiedenen Oppositionsbündnisse enthalten.

Der Schlußteil des Buches beinhaltet u.a. bedeutende Gesetzestexte aus der Zeit nach dem Sturz Somozas und schließt ab mit der Amtsantrittsrede von Präsident Daniel Ortega vom 10.1.1985. Eine Einführung von über 30 Seiten beleuchtet den historischen Hintergrund der jeweiligen Dokumente.

Krisenregin Zentralamerika, hg. vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Edition Nahua, Wuppertal 1985, 148 S., 16 DM

gibt in sieben Einzelbeiträgen von Autoren/innen wie F. Nuscheler, K.L. Hübener, M. Brzoska und H. Frenz, einen Überblick über die unterschiedlichen Aspekte der mittelamerikanischen Konflikte.

Dazu gehören Artikel über die US-Politik, die bundesdeutsche Entwicklungspolitik, über Militarisierung, Menschenrechte und Flüchtlinge, über die Rolle der Kirchen, die Politik gegenüber den Indianern, über Landreformen, „befreite Gebiete“ in El Salvador und über die Solidaritätsarbeit in Mittelamerika.

maßnahmen in Jordanien bestätigt, ja weit übertroffen“.

Von den zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen sind in Jordanien lebende Palästinenser und gebürtige Jordanier gleichermaßen betroffen. Nach Angaben der beiden Kölner Rechtsanwälte gibt es derzeit etwa 300 politische Gefangene, die in jordanischen Gefängnissen einsitzen. Außerdem werden Verhaftete zur Erzwingung von „Geständnissen“ systematisch gefoltert. Die VDJ bittet deshalb um Proteste an die Adresse des jordanischen Premierministers Ziad Al Refai, Postbox 80, Amman, Jordanien.

ai-Kampagne zum Asylrecht

Weiterhin versuchen ultrarechte Kräfte in der CDU das Asylrecht weitreichend abzubauen. Beispiel hierfür sind die jüngsten Vorschläge des Westberliner Innensenators Heinrich Lummer, das Recht auf Asyl aus dem Grundgesetz zu streichen und lediglich als „staatlichen Gnadenakt“ im Ausländergesetz zu regeln.

Einen wichtigen Gegenpol im Kampf um die Erhaltung eines verfassungsrechtlich verankerten und dem Wortlaut des Grundgesetzes gemäß zu handhabenden Anspruchs auf Asyl stellen die in einer Broschüre veröffentlichten Argumente und Forderungen von Amnesty International (ai). So weist ai darauf hin, daß die BRD nicht nur in der Verfassung, sondern auch durch die Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Verpflichtung eingegangen ist, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren. Die BRD habe dabei bewußt auf jede Einschränkung des Asylrechts verzichtet. ai fordert u.a., daß kein Flüchtling in einen Staat zurückgeschickt werden dürfe, in dem Folter und Todesstrafe drohe.

Auch solle die Bundesregierung ihre restriktive Haltung bei der Erteilung von Einreisevisa aufgeben, da es politisch Verfolgten in der Regel nicht möglich sei, auf legalem Weg einen Paß zu erhalten, der aber nach den geltenden Bestimmungen Voraussetzung für die Visaerteilung sei.

Vorschau auf 10. BUKO

Der diesjährige 10. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) findet vom 8.-11. Mai d.J. in Bremen statt. Er steht unter dem Motto: „Kein Che ist nicht in unserer Mitte“, Geschichte, Gegenwart und Perspektiven von Solidaritäts- und Dritte-Welt-Arbeit in der Bundesrepublik“.

Der BUKO, der bundesweite Zusammenschluß von Dritte-Welt-Gruppen, Solidaritätskomitees und Dritte-Welt-Läden, stellt fest, daß „sich in der Folge der Vietnam-Bewegung eine bunte Vielfalt“ von Gruppen gebildet habe, die jedoch „nicht zu einer breiten Massenbewegung mit politischer Durchsetzungskraft“ geführt habe. „Die heutige-Arbeit muß neu überdacht werden!“

Auf dem 10. BUKO soll deshalb u.a. in 15 Arbeitsgruppen über die Geschichte und Herangehensweise in früheren Phasen der Solidaritätsbewegung von Adenauer bis Kohl, von Algerien über Vietnam und Chile bis Südafrika diskutiert sowie Perspektiven für die zukünftige Arbeit erarbeitet werden.

Die Teilnahmegebühr beträgt 90 DM (70 DM bei Mitgliedsgruppen). Anmeldungen bis zum 10.4.1986 an: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

Südafrika-Aktionen

Am 16. Mai d.J. wird es erneut einen bundesweiten Aktionstag gegen die Geschäfte bundesdeutscher Banken mit Südafrika unter dem Motto „Kein Geld für Apartheid“ geben.

Anlaß ist die Aktionärsversammlung der besonders stark im Südafrika- und Namibia-Geschäft engagierten Dresdner Bank. Auf dieser Aktionärsversammlung werden „kritische Aktionäre“ die Apartheid-Geschäfte der Dresdner Bank zur Sprache bringen. Aber es soll auch bundesweit vor Ort - d.h. vor Bankfilialen - Aktionen geben. Flugblätter, Plakate, Buttons, Hintergrundmaterial ... gibt es bei: Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, c/o Ursula Epple, Siegesstr. 9, 8000 München 40.

Der Arbeitskreis sucht noch Leute, die Dresdner Bank-Aktien besitzen und bereit sind, die Antrags-, Stimm- und Rederechte dem Treuhänder der „kritischen Aktionäre“ zu übertragen (Kontaktadresse wie oben).

Zu 240 DM Geldstrafe auf Bewährung ist in Bremen ein Flugblatt-Verteiler verurteilt worden. In den Flugblättern war zu Blockaden vor den Eingängen Bremer Banken, die im Apartheid-Geschäft aktiv sind, aufgerufen worden (siehe: AIB 1-2/1986, S. 59). Für das Gericht war das ein Fall von „Nötigung“.

Anti-Apartheid-Nachrichten

Ende Februar d.J. ist die Nullnummer der Anti-Apartheid-Nachrichten (AAN), eines Informationsblatts der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), erschienen. „Alle Leser/innen“ so der AAB-Vorstand, „sind herzlich zur Begutachtung der AAN eingeladen, von denen zunächst einige 'Nullnummern' erscheinen sollen. Hauptziel der AAN soll sein, für die Aktivist(innen) der Solidaritätsbewegung zum Südlischen Afrika Anregungen zum Handeln zu geben. Dazu werden Aktionsbeispiele aus dem In- und Ausland aufgeführt und Gruppen vorgestellt.“

Über eine regelmäßige Herausgabe der AAN wird auf der diesjährigen AAB-Mitgliederversammlung, die vom 18.-29. April 1986 in Bonn stattfinden wird, endgültig entschieden. Exemplare des viersseitigen Blattes können bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 bestellt werden.

Anti-Apartheid Nachrichten Nr. 0/86



Kritik Kampagnen
Beitrag Reformperiode

ANC verstärkt Offensive

Die Biko-Kampagne hat die Kampagne verstärkt, welche diese Kampagne gegen die Apartheid in Südafrika... (text continues with details of the ANC's offensive against apartheid, mentioning Biko and the struggle for freedom).

Anschlag auf PUTCO

Ein Anschlag auf die... (text continues with details of an attack on PUTCO, a South African organization).

Gewerkschaft für Landarbeiter

Die... (text continues with details of a new union for farm workers in South Africa).

Menschenrechte in Jordanien

Vom 2.-8. Februar d.J. hielten sich die beiden Kölner Rechtsanwälte U. Wagner und P. Simon im Auftrag der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) in Jordanien auf. Zweck ihrer Reise war es, an Ort und Stelle Informationen über die Situation politisch Verfolgter zu sammeln.

Die beiden Rechtsanwälte sprachen in Amman mit Familienangehörigen politisch Inhaftierter sowie mit hochrangigen jordanischen Politikern und Oppositionskräften. Die Gespräche „haben“, so die beiden VDJ-Vertreter, „unser Befürchtungen über politische Verfolgungs-

Tschad

Am 10. Februar d.J. begannen nach mehr als 2 Jahren Waffenruhe erneut militärische Auseinandersetzungen zwischen den Truppen der Regierung Hissène Habré und der von Libyen gestützten Übergangsregierung der Nationalen Einheit des Tschad (GUNT) unter Goukouni Oueddei, die den Norden des Tschad bis zum 16. Breitengrad kontrolliert. Streitkräfte der GUNT hatten am 16. Breitengrad erfolglos mehrere Stützpunkte der Regierungstruppen angegriffen.

Nachdem die Regierung Habré Libyen beschuldigt hatte, die Angriffe durchgeführt zu haben, beschleunigten Frankreich und die USA ihre Waffenlieferungen. Auf einen Angriff französischer Kampfflugzeuge am 16.2.1986 auf eine Flugpiste im Norden des Landes folgte tags darauf die Bombardierung des Flughafens der Hauptstadt N'Djamena durch ein libysches Flugzeug. Daraufhin entsandte Frankreich 750 Soldaten und vier Kampfflugzeuge in den Tschad.

Die GUNT, die im August 1985 ihre Einheit wieder hergestellt hatte, hatte im Januar d.J. einen Friedensplan vorgelegt und Verhandlungen im Rahmen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) vorgeschlagen, die jedoch von der Habré-Regierung abgelehnt wurden. Im Februar 1986 hatte G. Oueddei erklärt: „Wenn es der OAU in diesem Jahr nicht gelingen sollte, die nationale Versöhnung im Tschad zu vermitteln, dann wird die militärische Lösung der letzte Ausweg sein.“

Äthiopien-Somalia

Am 13. Februar d.J. erklärte der somalische Präsident Mohammed Siad Barre beim Abschluß eines Italienbesuchs, daß sein Land und Äthiopien eine Kommission gebildet hätten, die Wege zu einer friedlichen Lösung der Differenzen zwischen beiden Ländern erarbeiten soll.

Barre und der Staatschef Äthiopiens, Mengistu Haile Mariam, waren erstmals seit 10 Jahren bei einem Gipfel von sechs ostafrikanischen Staatshäuptern (Äthiopien, Djibouti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda) Mitte Januar d.J. in Djibouti wieder zusammengetroffen. Bei diesem Treffen, auf dem ein Abkommen zur gemeinsamen Bekämpfung der Dürre und zur Entwicklung geschlossen wurde, hatten die beiden Staatshäupter die Bildung der Kommission vereinbart.

Somalia hatte 1977 einen Krieg gegen Äthiopien mit dem Ziel begonnen, die von Somalis bewohnte Ostprovinz Ogaden zu annektieren. Seitdem war es immer wieder zu Konflikten gekommen, da Somalia Rebellen im Ogaden unterstützte und im äthiopisch-somalischen Grenzgebiet oppositionelle somalische Kräfte operieren. Siad Barre erklärte jetzt, Somalia sei des „jahrhundertelangen Kämpfens müde“.

Nahost

In einer Fernsehansprache vom 19.2.1986 erklärte Jordaniens König Hussein, die jordanische Regierung sehe sich „außer Stande, die politische Koordination mit der PLO-Führung fortzusetzen“. Der Anlaß: Bei dem vorausgegangenen Amman-Besuch Yassir Arafats, des Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation, hatte dieser den Bedingungen der Reagan-Administration für die Auf-

nahme mehrseitiger Nahost-Friedensgespräche die Zustimmung versagt.

Verlangt hatte sie zuletzt, daß die PLO die UN-Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973) und somit implizit das Existenzrecht Israels anerkenne. Als Gegenleistung wollte Washington zwar die Teilnahme der PLO an einer Verhandlungsrunde hinnehmen, nicht aber Arafats Forderung nach Anerkennung des „palästinensischen Selbstbestimmungsrechts“ und des Alleinvertretungsrechts der PLO stattgeben.

US-Vizeaußenminister Murphy erklärte, für Washington sei damit die Einbeziehung der PLO in Nahost-Verhandlungen endgültig passé. Mittelsmann Hussein forderte in einem Al-Siassa (Kuwait)-Interview vom 2.3.1986 eine Überprüfung der Entschließung des Arabischen Gipfels von Rabat (1974), in welcher man die PLO erstmals als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt hatte. Nach dem Scheitern der Amman-Initiative, d.h. des Abkommens Hussein-Arafat vom Februar 1985 (siehe AIB 4 und 7/1985), warte er nun auf eine neue PLO-Führung.

Von Abwarten nichts wissen wollte Israels Verteidigungsminister Rabin. Er halte das Scheitern der Liaison Jordanien-PLO „für eine historische Chance. Als Verteidigungsminister rufe ich die Führer der Einwohner der besetzten Gebiete (Westjordanland und Gaza-Streifen) auf, sich von der PLO zu befreien“. Man müsse 5, 8 Persönlichkeiten finden, die mit Hussein gemeinsam in Separatverhandlungen mit Israel über eine Art Autonomie einträten. Premierminister Peres kündigte vorbereitende Gespräche mit „gemäßigten“ Palästinensern vom Format des im Dezember 1985 von den Besatzern eingesetzten Bürgermeisters von Nablus, Zafir al-Masri, an.

Masri, Vertreter der palästinensischen Bourgeoisie der Westbank und Vertrauter König Husseins, war am 2. März d.J. von G. Habbaschs Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) erschossen worden, um Nachahmer abzuschrecken. Die von Israel für die Bürgermeisterämter von Ramallah, Jennin und el-Bireh bereits auserkorenen „gemäßigten“ Kollaborateure N. Zaro, F. Fahmawi und J. Tarifi zogen eilends ihre Zusage zurück. Die Besatzer werden es schwer haben, Ersatz zu finden.

Ägypten

Am Abend des 25. Februar d.J. begann eine Meuterei von 17.000 Bereitschaftspolizisten bei Kairo. Auch in einigen anderen Städten kam es zu Unruhen.

Die Gefechte zwischen der Bereitschaftspolizei und Armee-Einheiten dauerten noch mehrere Tage an, wobei nach Oppositionsangaben ca. 150 Menschen ums Leben kamen. Wie groß die Regierung die Gefahr einschätzte, daß sich die Unruhen ausbreiten, wird daran deutlich, daß sie am 26.2.1986 eine Ausgangssperre von 16-6.00 Uhr über Kairo verhängte.

Auslöser der Meuterei der Bereitschaftspolizei soll das Gerücht einer Dienstzeitverlängerung gewesen sein. Aber die Gründe liegen tiefer. Die von Anwar el-Sadat eingeleitete und vom jetzigen Präsidenten Hosni Mubarak fortgesetzte Politik der „Infithah“ (Öffnung) führte zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Großteils der Bevölkerung – sogar des Kleinbürgertums.

Begünstigt wurden von dieser Politik die Kompradorenbourgeoisie und das transnationale

Kapital. Folge ist u.a. eine Auslandsschuld von 32,5 Mrd Dollar, deren Bedienung 35% der Exporterlöse im Haushaltsjahr 1984/85 verschlang.

Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) über einen 1,5-Mrd-Dollar-Kredit stehen an. Das „IMF-Sanierungsprogramm“ dürfte die Außenabhängigkeit noch verstärken und die soziale Lage noch verschlimmern. Die Auslandsschulden geben den USA einen weiteren Hebel in die Hand, die ägyptische Regierung auf dem wenig populären US- und Israel-freundlichen Kurs zu halten. Sollte der relativ liberale Mubarak diese Politik nicht durchsetzen können, steht der US-Freund und Verteidigungsminister Abu Ghazala wohl schon bereit, den rechten Kurs durchzuknüppeln.

Libanon

Mitte Februar d.J. bekräftigte Präsident Amin Gemayel seine Weigerung, das von den Führern der größten Milizen in Damaskus vereinbarte Friedensabkommen (siehe AIB 3/1986) anzuerkennen. Inmitten der Sammlungsbemühungen der Oppositionskräfte, die von der Front der Nationalen Allianz (Linke, Amal) bis zu Teilen des christlichen Lagers (Frangieh, Hobeika-Flügel der Phalange) reichen, sorgten die Ultras der schiitisch-fundamentalistischen Hezbollah (Partei Gottes) für Entlastung. Zunächst lieferten sie durch die Entführung von zwei israelischen Soldaten am 17. Februar d.J. Israel den Vorwand, zu einer einwöchigen „Suchaktion“ tief auf südlibanesisches Territorium vorzudringen. Mit rund 1.500 Mann besetzte die israelische Armee rund 20 Orte, wobei 3.000 Libanesen verhaftet, teils gefoltert und 150 festgenommen wurden. Bei Feuergefechten mit der Guerilla der Nationalen Widerstandsfront, den schwersten seit dem israelischen Rückzug vom Juni 1985, zählte man 21 Tote, darunter zwei israelische Soldaten.

In dieser Situation, da die Libanesische Kommunistische Partei (PCL) und die anderen Gruppierungen der Allianzfront eine Mobilmachung im Süden einleiteten, wurde am 19.2.1986 in Westbeirut das PCL-Zentralkomiteemitglied Khalil Naous von Unbekannten erschossen. Kurz darauf griffen Hezbollah-Milizionäre Kämpfer der Allianzfront an und entführten 44 PCL-Funktionäre. Einer der Entführten, das PCL-Zentralkomiteemitglied Suhail Tawilch, wurde ermordet aufgefunden und wies Spuren schwerster Folterungen auf. Die anderen Verschleppten kamen nach iranischer Vermittlung eines Waffenstillstands am 26. Februar d.J. frei.

Iran-Irak

Zeitgerecht zum siebten Jahrestag der Machtübernahme Ajatollah Khomeinis begannen die iranischen Truppen am 9. Februar d.J. ihre neue Offensive „Morgenröte 8“ (Wal Fadjr). Sie verlief entlang dem Südschnitt der Front bis auf das westliche Ufer des Schatt al-Arab, des Zusammenflusses von Euphrat und Tigris, wobei die irakische Hafenstadt Fa'o erobert wurde.

Der zweite Teil des Angriffs richtete sich auf Basra, die zweitgrößte Stadt des Irak.

Nach Angaben der iranischen Presseagentur IRNA sind die iranischen Truppen unmittelbar an die kuwaitische Grenze (sie ist knapp 30 km vom Schatt al-Arab entfernt) herangerückt.



Trotzdem demonstrierten am 3.3.1986 wieder Tausende gegen die Einsetzung eines Anhängers Duvaliers als Bürgermeister von Port-au-Prince.

Die Regierung lehnt auch weiterhin die Rückkehr der meisten Exilierten mit dem Argument ab, sie wolle keine Leute, die Unruhen anzetteln wollen. Die Behauptung des Ex-Diktators Duvalier, er habe die jetzige Regierung selbst ausgewählt, scheint somit nicht aus der Luft gegriffen.

Grenada

US-Präsident Ronald Reagan nutzte am 20. Februar d.J. eine Stippvisite auf der 1983 eroberten Karibikinsel Grenada, um die Werbetrömmel für ähnliche Aktionen zu rühren. Reagan, der u.a. von Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Außenminister George Shultz begleitet wurde, sprach auf einem von ihm anberaumten „Minigipfel“ mit dem grenadischen Ministerpräsidenten Herbert Blaize und den Regierungschefs von acht anderen englischsprachigen Inselstaaten der Karibik, die die Invasion unterstützt hatten, über „Sicherheitsfragen“ und sicherte ihnen weitere US-Hilfe zu.

Auf einer eigens für ihn organisierten Jubelveranstaltung erklärte Reagan, die USA müßten auch dem nikaraguanischen Volk helfen, um „sich selbst von der kommunistischen Tyrannei zu befreien“. Wieder in Washington, beantragte er beim Kongreß eine Hilfe von 100 Mio Dollar für die nikaraguanischen Contras.

Die Jubelfeiern für den „Erlöser nach Gott“ und „Nationalhelden“ Reagan, gegen die Anhänger der Patriotischen Bewegung Maurice Bishop (MBPM) protestierten, konnten nur schlecht über die sich verschlechternde Wirtschaftslage Grenadas hinwegtäuschen. Trotz 74 Mio Dollar Wirtschaftshilfe liegt die Arbeitslosigkeit wieder bei 40%, wie vor der Revolution. Am 25.2.1986 trat die Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes erstmals in den Streik, um höhere Löhne durchzusetzen.

El Salvador

Am 4. März d.J. hat sich der salvadorianische Präsident Napoleon Duarte in einem Brief an das nikaraguanische Staatsoberhaupt Daniel Ortega bereiterklärt, mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti/Demokratische-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) Verhandlungen aufzunehmen, falls Nicaragua das gleiche mit den Contras täte.

Da die Contras jedoch von der US-Regierung gegründet und auch ausgehalten werden, hat Nicaragua stets Verhandlungen mit Washington verlangt und jegliche von den USA geforderte Gespräche mit den Contras abgelehnt. Somit entpuppt sich das Angebot Duartes als ein Scheinmanöver, um der verstärkt vorgetragenen Forderung nach einem Dialog in El Salvador zu begegnen und gleichzeitig die Politik der USA und der Contras zu unterstützen.

Die Forderung nach einer Verhandlungslösung, die nicht nur Mitte Februar d.J. erneut von der FMLN/FDR, sondern auch am 23.2.1986 von der Katholischen Kirche vorgebracht wurde, hat Duarte in Zugzwang gebracht. Der Druck auf ihn wurde zusätzlich noch durch die Bildung der Nationalen Einheit der Salvadorianischen Werktätigen (UNTS) am 8. Februar d.J. verstärkt.

Der neue Verband, dem über 100 Gewerkschaften und Bauernorganisationen mit mehr als 300.000 Mitgliedern, darunter die christdemokratische Demokratische Volksunion (UPD) angehören, fordert eine Rücknahme der Austeritätsmaßnahmen vom 21.1.1986, die u.a. Preis- und Steuererhöhungen beinhalten, eine Anpassung der Gehälter an die Inflation der letzten 6 Jahre, eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der FMLN/FDR und die Wiedererlangung der nationalen Souveränität. Mit der größten Demonstration seit 6 Jahren am 22. Februar d.J., an der 60.000 Menschen teilnahmen, unterstrich die UNTS ihre Forderungen.

Südkorea

Am 20. Februar d.J. ging die Polizei auf Anordnung Präsident Chun Doo Hwans gegen die dem Rat für die Förderung der Demokratie und der Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKDP) angehörenden oder ihr nahestehenden Oppositionskräfte vor.

Über 250 Oppositionelle, darunter Kim Dae Jung und Kim Young Sam – beide Vorsitzende des Rates –, wurden unter Hausarrest gestellt. Eine Zusammenkunft der erweiterten Führung der NKDP wurde durch ein starkes Polizeiaufgebot verhindert. Zudem durchsuchten Sicherheitskräfte die Hauptquartiere der NKDP und des Rates nach Unterschriftenlisten.

Anlaß für diese Maßnahmen war die Forderung der Opposition nach einer Verfassungsänderung, die bereits für 1988 direkte Wahlen zur Präsidentschaft vorsehen würde. Zu diesem Zweck will die Opposition 10 Mio Unterschriften sammeln. Die Regierung hat das Unterschriftensammeln für illegal erklärt und mit Freiheitsstrafen gedroht. In den für 1988 vorgesehenen Wahlen soll nach geltendem Recht der Präsident von einem Wahlmännergremium bestimmt werden.

Aufgrund des starken Drucks der Oppositionskräfte, aber auch wegen der Mißbilligung des Verbots von Petitionen durch die US-Regierung lenkte Chun ein. Die Hausarreste wurden weitgehend aufgehoben. Außerdem schlug der Präsident bei einem Treffen mit Oppositionspolitikern am 24. Februar d.J. eine Verfassungsreform für 1989, also nach den Wahlen, vor. Dies wird jedoch von der NKDP und dem Rat mit der Begründung abgelehnt, Chun habe kein Recht, sich über den Zeitraum nach 1988 hinaus zu äußern.

Indien

Durch einen von Oppositionsparteien, Gewerkschaften und Bürgervereinigungen ausgerufenen Generalstreik wurde in 17 der 22 Unionsstaaten Indiens und in 4 von 7 Bundesterritorien am 26. Februar d.J. das öffentliche Leben weitgehend lahmgelegt. Im ganzen Land kam es zu Demonstrationen. Über 7.000 Streikposten und Demonstranten wurden festgenommen.

Mit dem Generalstreik wollten die Organisationen gegen die von der Regierung Rajiv Gandhi angeordneten Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, Benzin und andere Erdölprodukte protestieren und die Regierung zur Zurücknahme dieser Maßnahmen zwingen. In Delhi verließen oppositionelle Abgeordnete das Oberhaus des Parlaments und schlossen sich einer in der Nähe stattfindenden Protestkundgebung an.

Bedroht sind damit nicht nur die Straße entlang dem Schatt al-Arab nach Süden, sondern auch die Verbindungslinien von Basra südwestlich zu den Grenzgebieten Kuwait-Irak und zwischen dem im Küstenabschnitt errichteten iranischen Brückkopf und dem anderen Grenzort nach Kuwait, Umm Qasr, wo sich Ölanlagen befinden. Der Irak konnte jedoch vorerst einen weiteren Vormarsch stoppen. Die beiden Seiten werfen sich gegenseitig den Einsatz von chemischen Waffen vor.

Der iranische Präsident Khamenei forderte unterdessen die kuwaitische Regierung auf, von ihren guten Beziehungen zum Irak abzugehen. Falls sie den Irak weiterhin unterstütze und ihm die Halbinsel Bubiyan bereitstelle, die in der Nähe Faos liegt, sähe sich Teheran gezwungen, „Verteidigungs“maßnahmen gegenüber Kuwait zu ergreifen.

Haiti

Nach der Abreise des Diktators Jean-Claude Duvalier ins französische Exil und dem Machtantritt des 5köpfigen Nationalen Regierungsrates unter General Henri Namphy am 7. Februar d.J. ist kein Ende der Massenaktionen in Haiti abzusehen (siehe AIB 3/1986, S. 4ff.). Da Regierung und Regierungsrat bis auf wenige Ausnahmen aus Anhängern des Diktators bestehen, kam es bereits am 12.2.1986 in der Hauptstadt Port-au-Prince zu einer Demonstration von 50.000 Menschen und wurde der Schulboykott fortgesetzt.

Die Demonstranten fordern die Ablösung aller Duvalieranhänger, die Ausschreibung von Wahlen, und Gerichtsverfahren gegen die Mitglieder der Terrormiliz „Tontons Macoutes“. Die Regierung hat diese zwar aufgelöst, lehnt aber die Inhaftierung und Bestrafung ihrer Führer sowie Verantwortlicher anderer Repressionskräfte ab. Ja sie rief gar zur Versöhnung mit diesen „Brüdern und Schwestern“ auf. Am 23.2.1986 ließ sie den Polizeichef Albert Pierre ausreisen. Der Abflug des Führers der Geheimpolizei, Luc Desir, und anderer Duvalieristen wurde am 25.2.1986 durch Demonstranten verhindert.

Nachdem es in mehreren Städten zu Demonstrationen gekommen war – allein in La Cayes nahmen 100.000 Menschen teil –, verbot die Regierung jede weiteren Protestaktionen.

D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pohl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

James Matthews
Schattentage
Roman aus Südafrika
Weltkreis Verlag
144 Seiten, 9,80 DM

K.P. Wolf
Tage, die wie Wunden brennen
Roman aus Nicaragua
Weltkreis Verlag
140 Seiten, 14,80 DM